

Forschung

Politik - Strategie - Management

Europäische Wissenschaftspolitik

- Zum Prozess der Entwicklung und Verabschiedung von Horizon 2020
- *FO-Gespräch mit Helga Nowotny über europäische Wissenschaftspolitik*
- 200 Jahre Wissenschaftsfreiheit umsonst?
150 Jahre Verfassungsgeschichte vergessen?
Die neue EU-Wissenschaftspolitik nimmt
partiell eine höchst seltsame Richtung
- *Fo-Gespräch mit Jutta Allmendinger, Dagmar Simon und Julia Stamm über den EU-weiten Kongress in Vilnius „Horizons for Social Sciences and Humanities“, Voraussetzungen und Folgen*
- Strategien und Herausforderungen der Forschungsprofilbildung aus Sicht der Universitäten: Hochschulleitungen im Spannungsfeld von externen Ansprüchen und internen Handlungsmöglichkeiten
- Alexander von Humboldt oder: Wissenschaft, Philosophie und Kunst im Dialog
- weitere Fakten und Stellungnahmen (6 Kurztexte)

3+4
2013

Herausgeberkreis

Jutta Allmendinger, Prof. Ph. D., Präsidentin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH Berlin

Dorothee Dzwonnek, Ass. jur., Generalsekretärin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn, ehem. Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz

Bernd Ebersold, Dr. rer. pol., ehem. Geschäftsführer Jacobs-Foundation, Zürich, früher stellv. GenSchr. MPG

Jürgen Enders, Prof. Dr. rer. pol., Professor of Higher Education, Southampton Education School, University of Southampton/U.K., ehem. Leiter des Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS), Universität Twente, Enschede (NL)

Hans-Gerhard Husung, Sts a.D., Dr. phil., Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), Bonn

Reinhard Hüttel, Prof. Dr. rer. nat., Dr. h. c., Präsident acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Vorstandsvorsitzender des GeoForschungsZentrums Potsdam, Brandenburgische Technische Universität Cottbus, ehemaliger Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates

Wilhelm Krull, Dr. phil., Generalsekretär der Volkswagenstiftung, Hannover; Vorsitzender des Aufsichtsrates des österreichischen Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF)

Stefan Kuhlmann, Prof. Dr. rer. pol., University of Twente, Chair Foundations of Science, Technology and Society, School of Management and Governance, Enschede (NL)

Christiane Neumann, Ass. Jur., Generalsekretärin der Leibniz-Gemeinschaft, Berlin

Christian Scherf, Ass. jur., *Verwaltungsdirektor*, Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, Hamburg

Michael Stampfer, Dr. jur., GenSchr. WWTF Wien - Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, Wien

Wolff-Dietrich Webler, Prof. Dr. rer. soc., Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB), Professor of Higher Education, Faculty of Psychology, University of Bergen, Norway

Johann-Dietrich Wörner, Prof. Dr.-Ing., Dr. h. c. mult., Vorstandsvorsitzender des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), ehem. Präsident der TU Darmstadt

Hinweise für die Autoren

In dieser Zeitschrift werden i.d.R. nur Originalbeiträge publiziert. Sie werden doppelt begutachtet. Publikationsentscheidungen ergehen i.d.R. binnen 6 Wochen. Die Autor/innen versichern, den Beitrag bis zu einer Publikationsentscheidung der Herausgeber (für maximal 3 Monate) keinem anderen Medium zur Veröffentlichung anzubieten. Beiträge werden nur dann angenommen, wenn die Autor/innen den Gegenstand nicht in vergleichbarer Weise in einem anderen Medium behandeln. Senden Sie bitte zwei Exemplare des Manuskripts in Papierform sowie einmal in Dateiform (kann als Daten-CD der

Papierform beigelegt oder per E-Mail zugeschickt werden) an die Redaktion (Adresse siehe Impressum).

Wichtige Vorgaben zu Textformatierungen und beigefügten Fotos, Zeichnungen sowie Abbildungen erhalten Sie in den „Autorenhinweisen“ auf unserer Verlags-Homepage: „www.universitaetsverlagwebler.de“.

Ausführliche Informationen zu den in diesem Heft aufgeführten Verlagsprodukten erhalten Sie ebenfalls auf der zuvor genannten Verlags-Homepage.

Impressum

Verlag, Redaktion, Abonnementsverwaltung:

UVW UniversitätsVerlagWebler
Der Fachverlag für Hochschulthemen
Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld
Tel.: 0521 - 92 36 10-12, Fax: 0521 - 92 36 10-22,
E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Satz: UVW, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Anzeigen:

Die Zeitschrift „Forschung“ veröffentlicht Verlagsanzeigen, Ausschreibungen und Stellenanzeigen. Aufträge sind an den Verlag zu richten.

Erscheinungsweise: 4mal jährlich

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13.12.2013

Grafik:

Variation eines Entwurfes von Ute Weber Grafik Design, München. Gesetzt in der Linotype Syntax Regular.

Druck:

Sievert Druck & Service GmbH,
Potsdamer Str. 190, 33719 Bielefeld

Abonnement/Bezugspreis:

Jahresabonnement: 88 Euro zzgl. Versandkosten
Einzelpreis: 22 Euro zzgl. Versandkosten
Abobestellungen und die Bestellungen von Einzelheften sind unterschrieben per Post, E-Mail oder Fax an den Verlag zu richten. Das Jahresabonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Jahresende gekündigt wird.

Copyright: UVW UniversitätsVerlagWebler

Die mit Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Auffassung der Herausgeber bzw. Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte/Rezenzions-exemplare wird keine Verpflichtung zur Veröffentlichung/Besprechung übernommen. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird und ausreichendes Rückporto beigelegt ist. Die Urheberrechte der hier veröffentlichten Artikel, Fotos und Anzeigen bleiben bei der Redaktion. Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Forschung

Politik - Strategie - Management

Einführung des geschäftsführenden Herausgebers

61

Forschungsentwicklung/-politik

Zum Prozess der Entwicklung und Verabschiedung
von Horizon 2020

Zusammenfassung von öffentlichen Erklärungen
und Presse-Erklärungen des BMBF

64

Fo-Gespräch mit Helga Nowotny,
Präsidentin des European Research Council (ERC)

70

Wolff-Dietrich Webler

200 Jahre Wissenschaftsfreiheit umsonst?
150 Jahre Verfassungsgeschichte vergessen?
Die neue EU-Wissenschaftspolitik nimmt partiell eine
höchst seltsame Richtung

79

Helga Nowotny

Shifting horizons for Europe's social sciences
and humanities

82

Fo-Gespräch mit Jutta Allmendinger,
Dagmar Simon und Julia Stamm

84

Vilnius Declaration – Horizons for
Social Sciences and Humanities

91

Jutta Allmendinger, Julia Stamm & Sally Wyatt
Laying the Ground for True Interdisciplinarity –
Engaging the Social Sciences and Humanities across
Horizon 2020

92

Factsheet Horizon 2020 budget

95

Helga Nowotny

Don't just complain, take the lead!
Social Sciences and Humanities must look
to integrate into Horizon 2020 targets.

98

Full text of letter sent to the EU Commissioner
for Research and Innovation

100

Jutta Allmendinger

Mehr Geld für Identitäten und Kulturen –
EU-Förderung für Geistes- und Sozialwissenschaften

101

Andreas Baumert & Beate A. Schücking
Strategien und Herausforderungen der
Forschungsprofilbildung aus Sicht der
Universitäten: Hochschulleitungen im Spannungsfeld
von externen Ansprüchen und internen
Handlungsmöglichkeiten

102

Forschung über Forschung

Dietrich v. Engelhardt

Alexander von Humboldt
oder: Wissenschaft, Philosophie und Kunst
im Dialog

110

Seitenblick auf die Schwesterzeitschriften

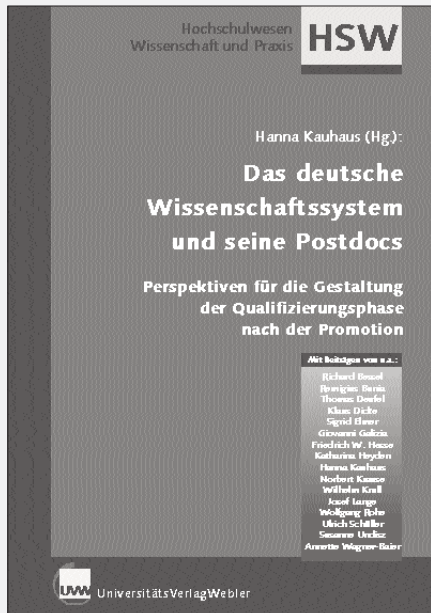
Hauptbeiträge der aktuellen Hefte
HSW, HM, P-OE, ZBS und QiW

IV

Hanna Kauhaus (Hg.):

Das deutsche Wissenschaftssystem und seine Postdocs.

Perspektiven für die Gestaltung der Qualifizierungsphase nach der Promotion



Dokumentation des Symposiums der Graduierten-Akademie der Friedrich-Schiller-Universität Jena 2012

Die Situation des promovierten wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland ist von gravierenden Unstimmigkeiten gekennzeichnet – darüber herrscht weitgehend Einigkeit. Doch wie sind diese Unstimmigkeiten zu beurteilen: Handelt es sich um Interessenkonflikte zwischen Universitäten und Nachwuchswissenschaftlern, oder haben sich Rahmenbedingungen entwickelt, die Nachteile für alle Beteiligten mit sich bringen? Und: Welche Handlungsoptionen haben die verschiedenen Akteure im Wissenschaftssystem, um die Rahmenbedingungen der Postdoc-Phase zu verbessern?

Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse des gleichnamigen Symposiums, das die Graduierten-Akademie der Friedrich-Schiller-Universität Jena im November 2012 veranstaltete. Vertreter der Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsförderer, Landes- und Bundespolitik, Wirtschaft, Hochschulforschung und Postdocs brachten ihre Sichtweisen ein und arbeiteten gemeinsam an Perspektiven zur Gestaltung der Postdoc-Phase.

Reihe: Hochschulwesen Wissenschaft und Praxis

Bielefeld 2013,

ISBN 13: 978-3-937026-88-6,

127 Seiten, 24.80€

Erhältlich im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – nicht überall im Versandbuchhandel (z.B. nicht bei Amazon).

Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Philipp Pohlenz & Antje Oppermann (Hg.):

Exzellenz – Pakt – Lehre

Rückblicke auf die 13. Jahrestagung des Arbeitskreises Evaluation und Qualitätssicherung

Unter dem Titel „Exzellenz – Pakt – Lehre“ veranstaltete der Arbeitskreis Qualitätsmanagement und Evaluation der Berliner und Brandenburger Hochschulen seine 13. Jahrestagung in Berlin (24./25. Mai 2012). Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Projekte, die in den jüngsten Förderprogrammen zur Steigerung der Qualität in Lehre und Studium initiiert wurden. Neben dem Bund-Länder Programm „Qualitätspakt Lehre“ ist hier insbesondere der Wettbewerb „Exzellente Lehre“ von Stifterverband und Kultusministerkonferenz zu nennen. Die Tagung stellte die Projektideen einer breiten Öffentlichkeit aus dem deutschsprachigen Hochschulwesen und der Hochschulpolitik vor. Der Tagungsband gibt darauf aufbauend Einblick in ausgewählte Vorhaben. Die thematische Vielfalt der dargestellten Projekte reicht von der Gestaltung der Studieneingangsphase über E-Learning-Initiativen bis zu Projekten im Bereich der „Bologna-sensiblen“ Curriculumentwicklung. Durch die Diskussion erster Erfahrungen sollen bewusst Anregungen zur Nachahmung in anderen Hochschulen gegeben werden.

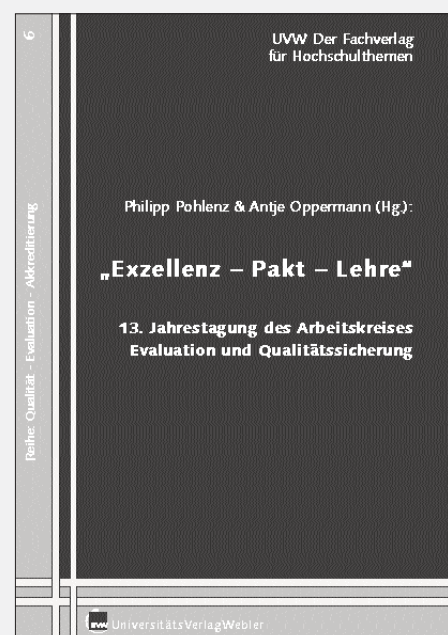
Bielefeld 2013, ISBN 13: 978-3-937026-84-8,

200 Seiten, 34.90€

Erhältlich im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – nicht überall im Versandbuchhandel (z.B. nicht bei Amazon).

Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe: Qualität - Evaluation - Akkreditierung



In den Anfangsjahren der EU-Forschungsrahmenpläne war die damit verbundene Förderung für viele deutsche Wissenschaftler/innen noch nicht so wichtig; weil die nationale Förderung in Deutschland noch auskömmlicher schien. Das hat sich aber gründlich geändert. Informationsveranstaltungen zu Horizon 2020, dem neuen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, sind fast alle ausgebucht.

Die vorliegende Ausgabe ist weitgehend dem Themenschwerpunkt „Europäische Forschungspolitik“ gewidmet. Zur Einführung dient der Artikel **Zum Prozess der Entwicklung und Verabschiedung von Horizon 2020**, dem neuen Forschungsrahmenplan der EU für die Jahre 2014 bis 2020. Nach Verabschiedung am 3. Dezember 2013 wurden von Seiten des BMBF noch einmal die Ziele unterstrichen, nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Europa zu schaffen und so die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das sind allein Wirtschaftsziele. Gefördert wird von der Grundlagenforschung bis zur Vorbereitung marktfähiger Produkte und Dienstleistungen. Zielgruppen des Programms sind Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen (insbesondere auch kleine und mittlere Betriebe) sowie innovationsrelevante Akteure im weitesten Sinne.¹

Der hier in die Ausgabe einführende Text geht in seiner Gliederung von **Allgemeinen Strukturen des Gesetzgebungsverfahrens** aus, der zu Horizon 2020 führt, gefolgt vom **Zeitplan**, in dem alles abläuft, dazu einem **Verzeichnis der Stellungnahmen** des Staates, der Wissenschaftsorganisationen und Wirtschaftsverbände in Deutschland, das zur Vertiefung einlädt. Ein Hinweis auf Initiativen, die zur leichteren Vorbereitung von Förderanträgen durch **Informations- und Kick-Off-Veranstaltungen und Weiterbildungsseminare** beitragen, schließt den Überblick ab. Neben einigen Kerninformationen wird dort zumindest in seinen Dimensionen erkennbar, in welchem Ausmaß die Rahmenprogramme dann Aktivitäten in der nationalen Politik, in der Wirtschaft, in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Gang setzen.

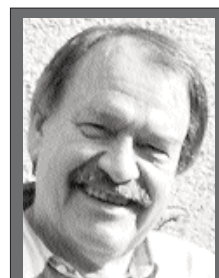
Seite 64

Ein ausführliches **FO-Gespräch mit Helga Nowotny**, der Präsidentin des European Research Council (ERC) schließt sich an. Die Zeitschrift Forschung war daran interessiert, kompetente Einschätzungen der bisherigen Arbeit des ERC und Bewertungen der europäischen Forschungspolitik mitten aus dem Geschehen heraus zu erhalten. Daher wandte sie sich an Helga Nowotny. Mit ihrer in unterschiedlichen Funktionen in der EU Forschungspolitik in vielen Jahren gesammelten Erfahrung gab es dazu kaum eine geeignetere Gesprächspartnerin. Gleichzeitig gehört sie zu den wenigen Personen in Europa, die als Wissenschaftsforscherin es gewohnt sind, von einer Meta-Ebene analytisch auf diese Prozesse des Handelns zu schauen. Wir sind ihr sehr dankbar, dass sie sich trotz ihrer Belastung auch noch in den letzten Wochen ihrer auslaufenden Amtszeit zu dem umfangreichen Dialog bereit erklärt hat. Er stellt daher teilweise auch Bilanz und Rückblick dar.

Von den Motiven und Zielen europäischer Forschungspolitik über die Arbeit des ERC und Fragen seiner Unabhängigkeit wendet sich das Gespräch vor allem einer

Einschätzung diverser Seiten des neuen Forschungsrahmenplans Horizon 2020 zu und endet bei dem bemerkenswerten Kongress im Herbst 2013 in Vilnius „Horizons for Social Sciences and Humanities“, auf den im zweiten Teil dieser Ausgabe ausführlich eingegangen wird.

Seite 70



Wolff-Dietrich Webler

Im Frühjahr und Sommer 2013 hat der US-Kongress Beschlüsse gefasst, mit denen die staatliche Forschungsförderung in den USA auf bestimmten Gebieten auf politisch genehme Forschungsprojekte beschränkt werden soll. Etwa zeitgleich gibt es im Zusammenhang mit Horizon 2020 Anzeichen einer stärkeren Einflussnahme der EU-Politik auf Detailthemen der Forschungsförderung – wenn auch nicht ähnlich alarmierend wie in den USA. Die USA und die EU auf einem solchen Kurs? Daraufhin hat *Wolff-Dietrich Webler* mit dem Titel **200 Jahre Wissenschaftsfreiheit vergebens? 150 Jahre Verfassungsgeschichte vergessen? – Die neue EU-Wissenschaftspolitik nimmt partiell eine höchst seltsame Richtung** einen Artikel geschrieben, der die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft unterstreicht, aber vor direkter Einflussnahme der Politik warnt.

Seite 79

Anschließend folgt wieder ein kurzer Artikel von *Helga Nowotny* mit dem Titel **Shifting horizons for Europe's social sciences and humanities**. Der Text – zunächst beim „Guardian“ erschienen, also für eine breite Öffentlichkeit bestimmt – ist besonders an manche Politiker und die europäische Öffentlichkeit mit ihren erheblichen Vorurteilen gegenüber den „Social Sciences and Humanities (SSH)“ gerichtet. Die Autorin hält ein engagiertes Plädoyer für den Wert dieser Wissenschaften.

Seite 82

Während im ersten Teil die europäische Forschungspolitik im Mittelpunkt stand, geht es im zweiten Teil dieser Ausgabe besonders um diese SSH und zunächst um den **Kongress in Vilnius „Horizons for Social Sciences and Humanities“**, der im September 2013 stattfand.² Eingeleitet wird dies durch einen umfangreichen Dialog – ein **„Fo-Gespräch“ mit Jutta Allmendinger**, Mitglied des **„Steering Committee“** und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), mit **Dagmar Simon**, der Leiterin der Forschungsgruppe **„Wissenschaftspolitik“** am WZB sowie **Julia Stamm**, der Beauftragten für **Internationale Angelegenheiten** und **Leiterin des Präsidialstabs des WZB**. In diesem Dialog geht es vor allem um die Politik der EU gegenüber den SSH, um die Beweggründe für den großen Kongress in Vilnius, über dessen Verlauf und die absehbaren Folgen.

Seite 84

Dem folgt die **Dokumentation der Vilnius-Deklaration**, der Abschlusserklärung des Kongresses, in der vor allem die gleichberechtigte Behandlung der SSH in der europäischen Förderpolitik angemahnt wird. Es geht um

¹ Quelle: <http://www.bmbf.de/de/959.php>, Aufruf am 06.12.2013

² Zur Webseite des Kongresses: <http://horizons.mrni.eu>, 06.12.2013

die parallele Förderung sozialwissenschaftlicher Ansätze als solche: „valued, researched and taught in their own right“ um deren interdisziplinäre Verknüpfung sowie die Kooperation mit allen jeweils betroffenen gesellschaftlichen Kräften.

Seite 91

In den nun folgenden Dokumenten – nach dem Kongress in Vilnius entstanden – zeigt sich immer mehr, dass diejenigen, die sich für die Förderung einer zeitgemäßen Forschung einsetzen, die die technische und wirtschaftliche Entwicklung mit der gesellschaftlichen Entwicklung verzahnt, erhebliche Hindernisse auf zwei Seiten vorfinden und somit auf zwei Feldern agieren müssen:

- A) Nach innen, in die Sozial- und Geisteswissenschaften hinein.³ Die hier liegenden Aufgaben erscheinen als die größten in dem Prozess. Das reicht von wenig verbreiteten Kenntnissen über die Entscheidungsverfahren der Wissenschaftsförderung auf EU-Ebene bis zur Bereitschaft und Initiative, mit den anderen Wissenschaften ein vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen, wechselseitige Vorurteile zu überwinden und praktisch zu kooperieren. Dazu gehören aber auch die Zusammensetzung der Gutachter-Gruppen, Auswahlkriterien und Anwendungsverfahren sowie Vorkehrungen, dass es tatsächlich zur Zusammenarbeit über Disziplinengrenzen hinweg kommt. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in nächster Zeit die Verwaltungsabläufe, in denen viele faktische Entscheidungen fallen.
- B) Agieren auch nach außen, um auf die Art und Weise der Umsetzung der Ziele und Programme Einfluss zu nehmen. Und dort zeichnen sich immer deutlicher erhebliche Hindernisse ab. In und nach Vilnius wird klar, dass die Teilziele, Auswahl- und Entscheidungsverfahren für die nächsten zwei Jahre bereits entschieden sind. Trotz deutlich geänderter Programmatik laufen sie ungerührt nach völlig unveränderten personellen und bürokratischen Prozessen ab – und das heißt auch mit den gleichen bisherigen Vertretern von Ministerien der Mitgliedsstaaten, die die bisherigen Programme nach ihren Wertigkeiten bestimmt haben – und nicht mit dem Interesse, die SSH in solche Prozesse zu integrieren. In den Programm-Komitees hängt jetzt alles von der Offenheit dieser Vertreter für die SSH ab. Wenn sich auf dieser Ebene nichts ändert, sind die innovativen Teile des Programms gefährdet.

Jutta Allmendinger, Julia Stamm und Sally Wyatt ziehen in einem Policy Brief „**Laying the ground for True Interdisciplinarity – Engaging the Social Sciences and Humanities across Horizon 2020**“ zunächst Bilanz nach dem Vilnius-Kongress. Sie wenden sich dann den nächsten Schritten zu und entwickeln Vorschläge, wie die SSH zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen können. Besorgt von der Grundstimmung innerhalb der SSH mahnen sie alle beteiligten Seiten, das Angebot und die darin liegenden Chancen zur Interdisziplinarität gleichermaßen anzunehmen.

Seite 92

Inzwischen ist die **Finanzplanung für Horizon 2020** weiter fortgeschritten. Die Fakten werden hier in einem

„**fact sheet**“ dokumentiert, den die *Europäische Kommission* veröffentlicht hat. Natürlich bedürfen die Zahlen der Interpretation. Das leisten die weiteren, hier zusammengezogenen Dokumente, zumindest was die Integration der SSH angeht.

Seite 95

Auch wenn das Potential der Geistes- und Sozialwissenschaften vorhanden ist, sich nutzbringend in die gesellschaftliche Entwicklung einzubringen, ja auch ungerufen einzumischen – sind zunächst Kolleg/innen gesucht, die bereit sind, diese Chance zu ergreifen. In dem Artikel **Don't just complain, take the lead! Social Sciences and Humanities must look to integrate into Horizon 2020 targets** ruft *Helga Nowotny* die Geistes- und Sozialwissenschaftler in Europa dazu auf, nicht immer nur zu reagieren und die Situation zu beklagen, sondern initiativ zu werden und Entwicklungen mit neuen Forschungsfragen aktiv zu steuern. Dazu müssten sie bereit sein „to become research policy entrepreneurs“ und sich aktiv an der weiteren Ausgestaltung der EU-Arbeitsprogramme beteiligen.

Seite 98

Wie notwendig das ist, zeigen zwei weitere Dokumente. Die *European Alliance for the Social Sciences and Humanities* hat am 6. November 2013 einen offenen Brief „**Towards Europe 2020: integrating the Social Sciences and Humanities**“ an die EU-Kommissarin für Forschung und Innovation geschickt. Darin drücken die Unterzeichneten ihre äußerste Besorgnis über die bekanntgewordenen ersten Schritte zur Umsetzung der Ziele bzgl. SSH aus. Diese ersten Schritte machen den Eindruck, als ob die befürchtete Aushöhlung der Förderung von SSH-Projekten in vollem Umfang eintreffen würde.

Seite 100

In die gleiche Richtung argumentiert *Jutta Allmendinger* unter dem Titel **Mehr Geld für Identitäten und Kulturen – EU-Förderung für Geistes- und Sozialwissenschaften**. Trotz der Willensbekundung der EU-Kommission, SSH mit Forschungsthemen wie z.B. Armut, Beschäftigung und Wettbewerb oder als Verbund mit anderen Disziplinen zu fördern, droht verdeckt eine massive Kürzung des Förderetats für die SSH durch Hereinnahme von sachfremden Technologiethematen und einer Reihe von Querschnittsprogrammen. Die Autorin warnt vor Etikettenschwindel.

Seite 101

Mit dem nächsten Aufsatz kehren wir von der europäischen Bühne zurück zu deutschen Verhältnissen, die aber selbst ganz im Zeichen der Drittmittelinwerbung stehen. Seit Wettbewerb zwischen den Hochschulen als Ganzes herrscht, unterliegen sie einigen Regeln des Marktes. Um auf einem Markt konkurrieren zu können, müssen Hochschulen sich als Ganze ein Profil geben, Schwerpunkte und „Alleinstellungsmerkmale“ ausbilden – also kurioserweise Gleichheit zugunsten der Vergleichbarkeit im Wettbewerb ablegen. Dieses von der Hochschulleitung ausgehende Vorgehen entspricht nur sehr begrenzt auch den Interessen der einzelnen Professoren.

³ Quelle: Thomas König: „Time for the research agenda to account for its societal context“ vom 17. 10.2013. <http://euroscientist.com/2013/10/time-for-the-research-agenda-to-account-for-its-societal-context/>

Hier sind Konflikte programmiert. In dem Aufsatz von *Andreas Baumert & Beate A. Schücking: Strategien und Herausforderungen der Forschungsprofilbildung aus Sicht der Universitäten: Hochschulleitungen im Spannungsfeld von externen Ansprüchen und internen Handlungsmöglichkeiten* werden die Probleme sichtbar, die sich einer Hochschulleitung stellen. **Seite 102**

Im Zusammenhang mit der neuen EU-Forschungsförderung wird interdisziplinäre Arbeit noch dringender als schon bisher. Da verspricht es zusätzliche Anregung, sich mit einer Phase des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jh. historisch zu beschäftigen, in der die Trennung der Disziplinen und ihre mögliche Überwindung bereits Thema war. In diese Zeit noch hereinragend, hatte das enzyklopädische Bildungsideal zwar

Disziplinengrenzen nie einebnen, aber im Denken und Handeln überwinden und die Inhalte eng verknüpfen wollen. Mit der dynamisch wachsenden Forschung und der damit verbundenen Spezialisierung – die im 19. Jh. viele Disziplinen erst entstehen ließ – und dem Ende dieser Bildungsvorstellung verschärfte sich das Problem zusehends. *Dietrich von Engelhardt* verhilft den Leser/innen mit seinem erhellenden Aufsatz über **Alexander von Humboldt oder: Wissenschaft, Philosophie und Kunst im Dialog** zu neuen Einsichten über die Gebrüder Humboldt und über die von beiden – ganz im Sinne des traditionellen Bildungsideals – umfangreich praktizierte Interdisziplinarität. **Seite 110**

W.W.

In eigener Sache

**Sts a.D. Dr. Hans-Gerhard Husung,
Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz,
tritt in den Herausgeberkreis der Zeitschrift Forschung ein.**

Wir begrüßen Hans-Gerhard Husung im Herausgeberkreis und freuen uns sehr darüber, dass er diese Zeitschrift in Zukunft mitgestalten wird. Er kommt als Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), Bonn zu uns. In der GWK werden für Bund und Länder gemeinsame Fragen des Wissenschaftssystems, der Forschungsförderung und der Koordination nationaler, europäischer und internationaler wissenschafts- und forschungspolitischer Strategien behandelt.

Mit Hans-Gerhard Husung gewinnt die Zeitschrift einen hervorragenden Kenner der deutschen Hochschul- und Wissenschaftsszene. Er bringt als ehemaliger Staatssekretär besondere Erfahrungen aus der Innensicht der Hochschul- und Wissenschaftspolitik mit. Der Herausgeberkreis soll in seiner Zusammensetzung sowohl die Seite der einschlägigen Forschung und Entwicklung (Wissenschaftsforschung als Metaebene), als auch der reflektierten Praxis im Feld von Forschungspolitik, -strategie und -management widerspiegeln. In ihren Beiträgen repräsentiert die Zeitschrift „Forschung“ sowohl individuelle Projekte, als auch Perspektiven der Leitungsebene der großen Forschungs(förder-)organisationen (auch der außeruniversitären Forschung).

Hans-Gerhard Husung (Jg. 1950) hat Wissenschaftspolitik sozusagen von der Pike auf gelernt. Nach einem Studium, das Anteile aus Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie, Philosophie und Pädagogik kombinierte (Technische Universität Braunschweig, LMU-München und Universität Bielefeld, 1969-1975) und dem Staatsexamen 1975 in Geschichte, Politikwissenschaft und Pädagogik folgte 1978 die Promotion. Eine erste Station brachte ihn als Persönlicher Assistent des Rektors der Technischen Universität Braunschweig (1978-1979) bereits mit Praxiseindrücken aus Wissenschaftsmanagement und Wissenschaftspolitik zusammen, bevor er noch einmal 6 Jahre als Research Fellow am Deutschen Historischen Institut London (1979-1985) in die wissen-



© TU-Berlin, Pressestelle/Dahl

schaftliche Forschung eintauchte. Dann hatte die Neigung zu Wissenschaftsmanagement und Wissenschaftspolitik gesiegt. Die nächsten 15 Jahre beschäftigten ihn Aufgaben als Persönlicher Referent des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, München (1985-1990), Leiter des Referats „Hochschulplanung“ der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Köln (1990-1995) sowie Leiter des Referats „Lehre, Studium, wissenschaftlicher Nachwuchs“ der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Köln (1995-2000). Von 2000 bis 2003 übernahm er das Amt des Präsidenten der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, war vorübergehend mit Strategieprojekten der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Hamburg beschäftigt (2003-2004) und ging dann für 7 Jahre als Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung nach Berlin (2004-2006 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, 2006-2010 Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berlin). Seit dem 01.02.2011 hat er das Amt des Generalsekretärs der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), Bonn übernommen.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Verlag und Herausgeberkreis der Zeitschrift Forschung

Zum Prozess der Entwicklung und Verabschiedung von Horizon 2020

Zusammenfassung von öffentlichen Erklärungen und Presse-Erklärungen des BMBF

Nicht allen Leserinnen und Lesern sind die Strukturen und Prozesse vertraut, in denen die EU ein solches Rahmenprogramm entwickelt und verabschiedet und wie die Kenntnis davon dann national in einer Art Antragsberatung weiter verbreitet wird. Daher werden diese Vorgänge hier transparent gemacht.

1. Allgemeine Strukturen des Gesetzgebungsverfahrens

Die Beratung und Verabschiedung eines Forschungsrahmenplans der EU erfolgt im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (vormals „Kodezisionsverfahren“), wie es im Vertrag von Lissabon festgelegt ist. Daran sind die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Europäische Rat beteiligt. Die Kommission macht einen Vorschlag, zu dem das Parlament in einer ersten Lesung einen Standpunkt formuliert. Anschließend sucht der Rat innerhalb von drei Monaten eine gemeinsame Position. Das Parlament hat nun maximal drei weitere Monate Zeit für Änderungsvorschläge (zweite Lesung), zu denen die Kommission Stellung bezieht. Sollte noch keine Einigung zu Stande gekommen sein, hat ein Vermittlungsausschuss die Möglichkeit, innerhalb von sechs Wochen einen Konsens zu finden. Dieser muss dann innerhalb von weiteren sechs Wochen von Parlament und Rat angenommen werden.¹

Die Bundesregierung führt eine laufende nationale Konsultation durch, die bisher in zwei Leitlinienpapieren mündete. Dies sind ein strukturell orientiertes vom 26. März 2010 und ein Leitlinienpapier mit thematischen Schwerpunkten vom 17. Juni 2011. Am 19. April 2011 veröffentlichte die Bundesregierung ihre Stellungnahme zum Grünbuch, denn die Europäische Kommission startete nach der Zwischenevaluierung des laufenden 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (12. November 2010) eine Grünbuch-Konsultation (Februar bis Mai 2011). Diese wurde mit einem High-Level Event am 10. Juni 2011 vorläufig abgeschlossen. Kurz danach folgte der Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (29. Juni 2011), der sämtliche Haushaltsgelder der EU verteilt. Am 30. November 2011 schlug die Kommission das Paket „Horizont 2020“ vor, das seitdem verhandelt wird. Seine Verabschiedung inklusive der Beteiligungsregeln wurde ursprünglich Mitte 2013 erwartet.²

2. Inhalte und Begründung von Horizon 2020

2.1 Der Vorschlag der EU-Kommission

„Am 30. November 2011 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für „Horizont 2020 – Das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020)“ veröffentlicht.

...

Die wichtigsten Punkte des Vorschlags, insbesondere im Vergleich zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (FRP) sind:

- In Horizont 2020 werden das bisherige Forschungsrahmenprogramm, die forschungsrelevanten Teile des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP), sowie das Europäische Technologieinstitut (EIT) zusammengefasst.
- Horizont 2020 wird drei Prioritäten umfassen:
 - i) Exzellente Wissenschaft; ii) industrielle Führungsrolle; iii) Gesellschaftliche Herausforderungen

...

Der Kommissionsvorschlag zu Horizont 2020 und die Beteiligungsregeln werden im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (früher Kodezisionsverfahren) vom Europäischen Parlament (EP) und dem Rat der Europäischen Union beraten und verabschiedet, das Spezifische Programm vom Rat nach Anhörung des EP (Konsultationsverfahren).

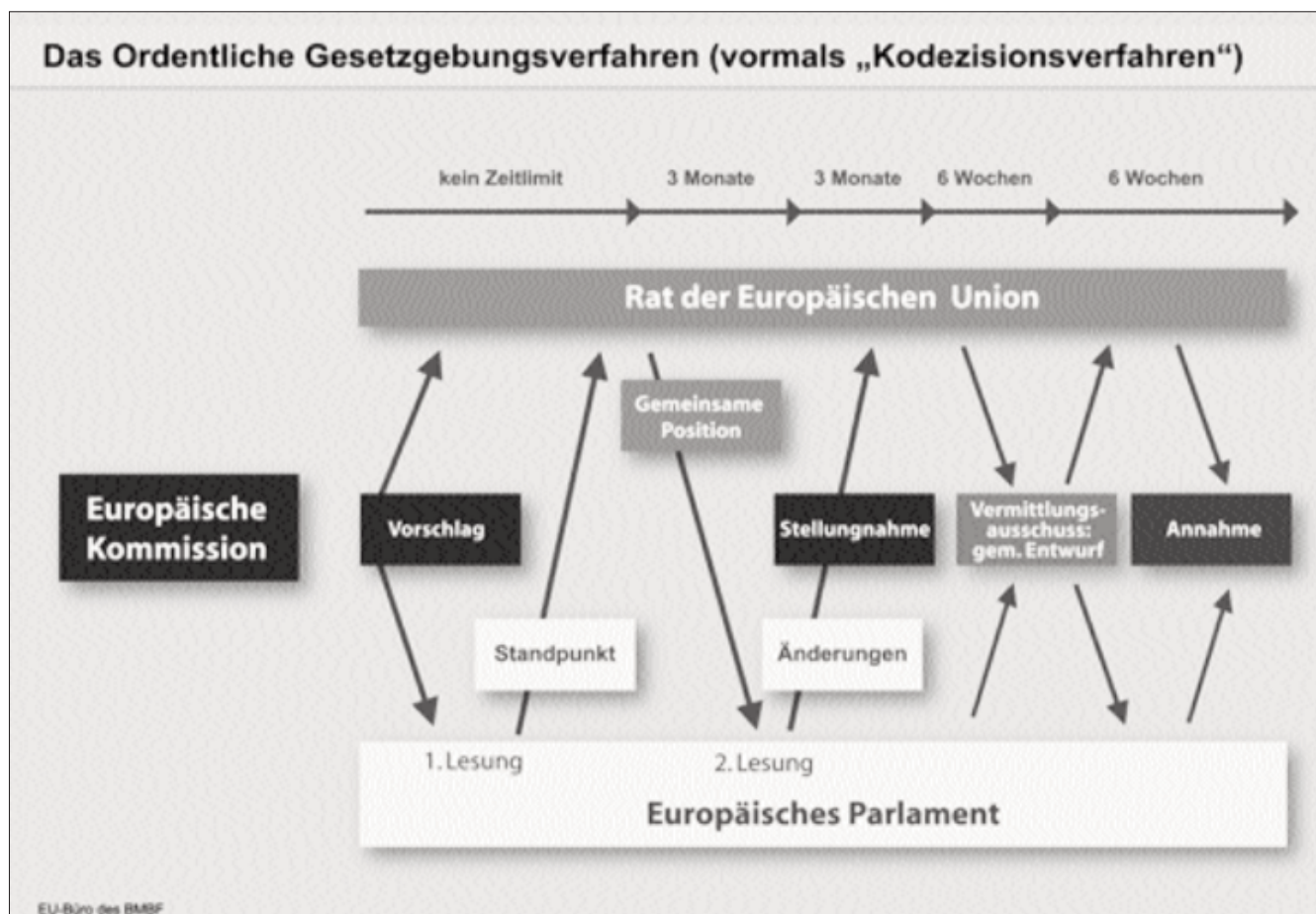
Die Gesetzgebungsphase wird etwa anderthalb Jahre in Anspruch nehmen, so dass Horizont 2020 voraussichtlich ab 2014 in Kraft treten kann. Erste Ausschreibungen könnten ggf. bereits in der zweiten Jahreshälfte 2013 veröffentlicht werden. So soll auch ein lückenloser Übergang vom 7. FRP, welches 2013 endet, zu Horizont 2020 sichergestellt werden.“³

Dieser Vorschlag der EU-Kommission zur Programmstruktur Horizont 2020 nahm nach den Beratungen seine endgültige Form an: Die Struktur von Horizont 2020 wird sich in drei Schwerpunkte und insgesamt sieben Teile gliedern und viele bewährte Programmbereiche aus dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm fortführen. Die Struktur basiert auf dem Kompromisspapier

¹ Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/zeitplan.htm>, Aufruf 02.12.2013

² Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/zeitplan.htm>, Aufruf 02.12.2013

³ Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/kommissionsvorschlag.htm> (BMBF), Aufruf 06.11.2013



des informellen Trilogs. Dieses muss nun durch die offiziellen Gesetzgebungsverfahren vom Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament bestätigt werden.

Horizont 2020 – das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation ab 2014 – soll folgendermaßen aussehen:

„**Wissenschaftsexzellenz**“ als wissenschaftlich getriebener Schwerpunkt besteht aus:

- Europäischer Forschungsrat (ERC): Vergibt individuelle Grants an exzellente Nachwuchs- und etablierte Wissenschaftler/innen mit bahnbrechenden Projektideen.
- Zukünftige und aufkommende Technologien – Future and Emerging Technologies (FET): Vergibt in drei Förderschemen Grants an Forschungsverbünde für die Erforschung neuartiger Ideen.
- Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen: Fördert die Mobilität von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern.
- Forschungsinfrastrukturen: Vernetzt vorhandene Forschungsinfrastrukturen, ermöglicht dadurch mehr transnationalen Zugang (die Nutzung der Einrichtung durch Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen Ländern) und treibt den Bau von Forschungseinrichtungen und -anlagen von gesamteuropäischem Interesse voran.

„**Führende Rolle der Industrie**“ als industriegetriebener Schwerpunkt besteht aus:

- Grundlegende und industrielle Technologien inkl. Schlüsseltechnologien: Fördergelder für Forschung und Innovation in Bereichen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie besonders relevant sind. (Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologie, Fortschrittliche Materialien, Biotechnologie, Fortschrittliche Produktionstechniken und Weltraum).
- Risikofinanzierung: Besteht aus Kreditfazilitäten und Beteiligungskapital, um Gelder für hochriskante Forschungs- und Innovationsvorhaben zu generieren, die sonst möglicherweise keine Investitionen anziehen könnten.
- Innovation in KMU: Gezielte Förderung von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) entlang der gesamten Innovationskette, inklusive Machbarkeitsstudien, Förderung von Forschung und Demonstration sowie Unterstützung der Follow-up-Phase.

„**Gesellschaftliche Herausforderungen**“ als politikgetriebener Schwerpunkt besteht aus sieben Herausforderungen. Hier sollen interdisziplinäre Lösungen für übergreifende Probleme gefunden werden, die Einzelstaaten alleine nicht lösen können. Die Herausforderungen sind:

- Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlergehen;
- Herausforderungen für die europäische Biowirtschaft: Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, marine, maritime und limnologische Forschung;

Programmstruktur Horizont 2020

i) Wissenschafts- exzellenz	ii) Führende Rolle der Industrie	iii) Gesellschaftliche Herausforderungen	Widening Participation
ERC	Grundlegende und industrielle Technologien	Gesundheit, Demographischer Wandel und Wohlbefinden	Wissenschaft mit und für die Gesell- schaft
FET	Risikofinanzierung	Europäische Bioökonomische Herausforderungen	
Marie Sklódowska Curie	Innovation in KMU	Energie	EIT
Forschungs- infrastrukturen		Verkehr	JRC (nicht nuklear)
		Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffe	
		Integrative, innovative und reflexive Gesellschaften	
		Sichere Gesellschaften	

Stand: Kompromisspapier des Trilems vom 27. Juni 2013

Quelle: Webseite des BMBF, <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/h2020-struktur.htm>

- Sichere, saubere und effiziente Energie;
- Intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr;
- Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffe;
- Europa in einer sich verändernden Welt: integrative, innovative und reflektierende Gesellschaften;
- Sichere Gesellschaften – Schutz der Freiheit und Sicherheit Europas und seiner Bürger⁴

Dieser Teil des Kommissionsvorschlags wird so kommentiert:

„Horizon 2020 reflects the policy priorities of the Europe 2020 strategy and addresses major concerns shared by citizens in Europe and elsewhere. A challenge-based approach will bring together resources and knowledge across different fields, technologies and disciplines, including social sciences and the humanities. This will cover activities from research to market with a new focus on innovation-related activities, such as piloting, demonstration, test-beds, and support for public procurement and market uptake. It will include establishing links with the activities of the European Innovation Partnerships (EIP).“⁵

Weitere Teile von Horizont 2020 sind⁶:

- Ausbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung (Widening Participation) für gezielte Maßnahmen zur Verfolgung kohäsionspolitischer Ziele;
- Wissenschaft mit und für die Gesellschaft als Fortführung des Programms „Wissenschaft in der Gesellschaft“ des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms, u.a. zur Steigerung der Akzeptanz von Wissenschaft;

- das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT), welches das Wissensdreieck (Akademische Bildung, Forschung und Innovation) verzahnt;
- Die nicht-nuklearen, direkten Maßnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC).

2.2 Weitere Begründungen zum Entwurf der Europäischen Kommission: Horizont 2020 – das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation – im Auszug

„Die Ausgaben werden schwerpunktmäßig auf Maßnahmen mit unmittelbarer Wachstums- und Beschäftigungswirkung ausgerichtet, indem bedeutende Investitionen in die Risikofinanzierung, KMU und großmaßstäbliche Pilot- und Demonstrationsprojekte für Schlüsseltechnologien getätigt werden.“ (30.11.2011, S. 7)

„5. EIN WEIT GEFASSTES, DURCHGÄNGIGES INNOVATIONSKONZEPT

In der Leitinitiative „Innovationsunion“ wird herausgestellt, wie wichtig es für Europa ist, ein ganz eigenes Innovationskonzept zu entwickeln, das auf seinen besonderen Werten aufbaut. „Horizont 2020“ verfolgt ein weitgefasstes Innovationskonzept, das nicht darauf beschränkt ist, neue Produkte auf den Markt zu bringen, sondern das auch Arbeitsabläufe, Systeme oder sonstige Konzepte erfasst, indem es u.a. die europäischen Stärken in Bezug auf Gestaltung, Kreativität und Dienstleistungen sowie die Bedeutung sozialer Innovation anerkennt. Die finanzielle Förderung dieser Tätigkeiten wird mit der Unterstützung der Forschung und technologischen Entwicklung verknüpft.“ (30.11.2011, S. 10)

„Bedeutende Innovationen ergeben sich häufig aus unvorhergesehenen Durchbrüchen oder der neuartigen Anwendung vorhandener oder neu entstehender Technologien. „Horizont 2020“ wird es den intelligentesten und kreativsten Köpfen Europas ermöglichen, die Grenzen des Wissens weiter auszudehnen, indem Bottom-up-Tätigkeiten wie der ERC und Maßnahmen zu künftigen und neu entstehenden Technologien, die Marie-Curie-Maßnahmen und das KMU-spezifische Instrument ausgebaut werden. Darüber hinaus werden bei den Themen der gesellschaftlichen Herausforderungen die inhaltlichen Beschreibungen in den Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen den Antragstellern – mehr noch als in der Vergangenheit – viel Spielraum lassen, um innovative Lösungen ihrer eigenen Wahl vorzuschlagen.“ (30.11.2011, S. 10)

„Im Themenbereich „Integrative, innovative und sichere Gesellschaften“ wird die europaweite Abstimmung politischer Vorgehensweisen unterstützt und den Mitgliedstaaten eine solide Faktengrundlage für die Umsetzung geeigneter Strategiekombinationen an die Hand gegeben. Neu wird sein, dass die Arbeitsprogramme Anga-

⁴ Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/h2020-struktur.htm>, Aufruf 02.12.2013

⁵ Quelle: http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index_en.cfm?pg=better-society, 06.11.2013

⁶ Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/h2020-struktur.htm>, Aufruf 02.12.2013

ben dazu enthalten, wie die Koordinierung mit der Forschungs- und Innovationsförderung auf nationaler Ebene gewährleistet wird. Dadurch werden sich die Programmausschüsse mit diesem Thema befassen." (30.11.2011, S. 15)

3. Zeitplan - der Weg zu „Horizon 2020“

- Juni 2010 – Adaptierung der „Europa 2020 Strategie“
- Oktober 2010 – Publikation der „Innovation Union“ als Leitinitiative der „Europa 2020 Strategie“
- Oktober 2010 – Kommunikation der Europäischen Kommission zur budgetären Ausstattung
- November 2010 Zwischenevaluierung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms
- Februar 2011 – Europäischer Rat „Innovation“
- Februar 2011 Antwort der Europäischen Kommission zur Zwischenevaluierung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms
- Februar 2011 – Publikation des Grünbuchs „Towards a common Strategic Framework“
- Juni 2011 – Präsentation des mehrjährigen Finanzrahmens
- 30. November 2011 – Entwurf für „Horizon 2020 – Framework Programme for Research and Innovation“⁷
- 05. Dezember 2011 – erste „Innovation Convention“
- 06. Dezember 2011 – Präsentation von „Horizon 2020“ gegenüber dem Rat für Wettbewerbsfähigkeit
- Diskussionsprozess mit dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament
- Anfang 2012 bis ca. Mitte 2013 – Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Kodezision)
- 17. Juli 2013 Horizon 2020-Kompromiss der EU-Mitgliedsstaaten (Ausschuss der Ständigen Vertreter), der Ratspräsidentschaft und Vertretern des Europäischen Parlaments im sogenannten Trilog
- 21. November 2013 – Billigung von Horizon 2020 durch das Europäische Parlament
- 3. Dezember 2013: Endgültiger Erlass des Rechtsaktes durch den Rat der Europäischen Union. Endgültiges Fördervolumen: 77 Mrd. €
- Umsetzung in Deutschland:
 - 28./29. Januar 2014: nationale Auftaktveranstaltung des BMBF zu Horizon 2020 in Berlin
 - Mehrere regionale und themensektorale Konferenzen (s.u. Ziff. 5)
 - Netzwerk Nationaler Kontaktstellen (NKS) der Bundesregierung für Horizon 2020 ab sofort mit Informationen und intensiver Beratung verfügbar.

Zum Kompromiss vom Juli 2013 wurde bekannt gegeben: Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich im Ausschuss der Ständigen Vertreter⁸ nach mehrmonatigen Verhandlungen im sogenannten Trilog am 17. Juli 2013 auf einen Kompromiss mit dem Europäischen Parlament zu „Horizon 2020“ verständigt. Ratspräsidentschaft und Vertreter des Europäischen Parlaments einigten sich über die Struktur, die Inhalte und die Budgetverteilung sowie die Beteiligungsregeln für das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Damit ist der Weg frei für die erste Lesung durch das Eu-

ropäische Parlament und für eine zügige Annahme der betreffenden Rechtstexte im Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, die voraussichtlich im Oktober 2013 stattfinden wird. Sollte das Parlament und im Anschluss daran der Ministerrat zustimmen, kann das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ ab 2014 mit einem Gesamtbudget von 70 Mrd. € starten. Mit den ersten Ausschreibungen kann bereits Ende 2013 gerechnet werden.

Für die 6. gesellschaftliche Herausforderung „Europe in a changing world: Inclusive, innovative and reflective societies“, die für Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaftler/innen besonders interessant ist, sind nach den aktuellen Planungen 1,7% des Gesamtbudgets von 70 Mrd. € für die Laufzeit von 2014-2020 vorgesehen.⁹

4. Positionspapiere und Stellungnahmen zu Horizont 2020 und zum Gemeinsamen Strategischen Rahmen für Forschung und Innovation („Grünbuchprozess“)

Sehr informativ ist auch, wer sich mit einer Stellungnahme zu Wort gemeldet hat:

- Position der Bundesregierung
- Beiträge von Regierungsstellen anderer Mitgliedstaaten und assoziierter Staaten
- Beiträge von Wissenschaftsorganisationen und einzelnen Forschungseinrichtungen
- Beiträge von Interessengruppen der Wirtschaft.¹⁰

4.1 Beiträge von Wissenschaftsorganisationen und einzelnen Forschungseinrichtungen¹¹

Deutsche:

- Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren zum CSF, Mai 2011
- Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG), Mai 2011
- Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, Mai 2011
- Wissenschaftsgemeinschaft Gottlieb Wilhelm Leibniz (WGL), Mai 2011
- Allianz der Wissenschaftsorganisationen, (AvH, DFG, FhG, HRK, MPG, Leopoldina, DAAD, HGF, WGL, WR), April 2011
- Max-Planck-Gesellschaft (MPG), April 2011
- Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (Acatech), April 2011
- Zentrum für Innovation und Technik (Zenit), April 2011
- Fraunhofer-Gesellschaft, (FhG), März 2011
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), März 2011

⁷ Quelle: <http://www.nks-swg.de/de/horizon2020.php>, Aufruf 26.11.2013

⁸ Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten ist für die Vorbereitung der Arbeit des Rates zuständig.

⁹ Quelle: <http://www.nks-swg.de/de/horizon2020.php>, Aufruf 26.11.2013

¹⁰ Zugänglich im Internet: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/position.htm> sowie http://www.akademienunion.de/wwstellungnahmen/EU_Forschung_2014_2020/Positionspapier_Akademienunion_EU-Forschungsrahmenprogramm.pdf

¹¹ Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/position-wissorga-forschungseinr.htm>, Aufruf 26.11.2013

- Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), 04.10.2010
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK), 06.01.2011
- Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Februar 2010

Nationale:

- University of Copenhagen (DK), 2011
- Italian National Agency for New Technologies, Energy and Sustainable Economic Development (ENEA), (IT), Juli 2010
- The Research Council of Norway (RCN), (NO), November 2010
- Swiss National Science Foundation (SNSF), (CH), 10.12.2010
- Welsh Higher Education Brussels (WHEB), (Wales/UK), Juni 2010

Europäische:

- Euroscience (A European Association for the Promotion of Science and Technology), 19. Mai 2011
- Eurodoc (European Council of Doctoral Candidates and Junior Researchers), April 2011
- Vier Hochschulrektorenkonferenzen (polnische, ungarische, österreichische und deutsche), März 2011
- EIROforum (a partnership of European Intergovernmental Research Organizations), Januar 2011
- European Conference of Transport Research Institutes (ECTRI), Februar 2011
- European Association of Research and Technology Organisations (EARTO), Januar 2011
- League of European Research Universities (LERU), May 2010
- European Heads of Research Councils (EUROHORCS), 30.04.2010
- Partnership for European Environmental Research (PEER), Oktober 2010

4.2 Beiträge von Interessengruppen der Wirtschaft¹²

Deutsche Beiträge:

- Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (BITKOM), 18.05.2011
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), (DE), März 2011
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), (DE), 23.07.2010

Nationale Beiträge:

- Industriellen Vereinigung (IV), (AT), März 2010

Europäische Beiträge:

- European Council for Automotive R&D (EUCAR), 22.04.2010
- Advisory Council for Aeronautics Research in Europe (ACARE), 06.12.2010
- European Round Table of Industrialists (ERT), Februar 2010
- Maison de l'Economie Européenne (UEAPME), 10.06.2010
- The European Engineering Industries Association (OR-GALIME), 03.11.2010

5. Auftakt- und Informationsveranstaltungen

5.1 Mit thematischen Schwerpunkten

Regional verteilt finden in ganz Deutschland Auftakt- und Informationsveranstaltungen mit thematischen Schwerpunkten statt (z.B. mit den Themenschwerpunkten Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Werkstoffe und Materialwissenschaften mit Schwerpunkt auf Glas, Keramik, Automobil, Energie & Umwelt, Nanotechnologie, Advanced Materials und Life Science, IKT/Luftfahrt/Raumfahrt, Lebenswissenschaften, Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften, usw.).

5.2 Horizon 2020 Kick-Off: Auftaktveranstaltungen¹³

Die Nationale Kontaktstelle Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften (NKS SWG) wird in Kooperation mit der Universität Hamburg, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Technischen Universität Dortmund und der Ludwig-Maximilians-Universität München insgesamt vier Informationsveranstaltungen zum Beginn von „Horizon 2020“ (2014-2020) durchführen.

Unter dem Titel „Horizon 2020 Kick-Off: Was bietet das neue EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation den Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften?“ werden Vertreter/innen der Europäischen Kommission die Struktur und Ziele von Horizon 2020, die für Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaftler/innen besonders interessante 6. gesellschaftliche Herausforderung „Europe in a changing world – Inclusive, innovative and reflective societies“ vorstellen sowie Fördermöglichkeiten in anderen Bereichen von Horizon 2020 aufzeigen.

Darüber hinaus erhalten die Teilnehmer/innen der Veranstaltungen Informationen zu den Förderthemen des ersten Arbeitsprogramms der 6. gesellschaftlichen Herausforderung, zu Neuerungen und Altbewährtem bei den Förderinstrumenten sowie Tipps zur Antragstellung. Ein Erfahrungsbericht eines im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm erfolgreichen Antragstellenden sowie Informationen zu Anbindungsmöglichkeiten zwischen dem nationalen Rahmenprogramm für Geistes-, Kultur und Sozialwissenschaften zu den EU-Programmen und dem Beratungsangeboten der EU-Referent/innen und der Nationalen Kontaktstellen runden das Programm ab.

Die Themen der Beiträge lauten:

- „Struktur und Ziele von Horizont 2020“
- „Horizon 2020 from the SSH Perspective: Embedding SSH, Societal Challenge 6, and the first Work Programmes“
- „Vorstellung der Förderinstrumente – Grundsätzliches und Neuerungen“
- „Tipps zur Antragstellung“
- „Aus Erfahrung lernen: Bericht eines erfolgreichen Antragstellenden aus dem 7. FRP“

¹² Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/position-interessengruppen-wirtschaft.htm>

¹³ Quelle: <http://www.nks-swg.de/de/1910.php>, Aufruf am 02.12.2013

- „Das nationale Rahmenprogramm für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften - Anbindungsmöglichkeiten zu EU-Programmen“
- „Das Beratungsangebot der EU-Referenten“.

6. Seminare und Veranstaltungen zu europäischen und internationalen Forschungsfördermöglichkeiten und speziell zu Horizon 2020

Es gibt verschiedene Seminarangebote zu den europäischen und internationalen Forschungsfördermöglichkeiten. Viele der Veranstaltungen (durchgeführt vom EU-Büro des BMBF) sind speziell für Forschende bzw. Antragstellerinnen und Antragsteller konzipiert und umfassen Themen wie

- Horizont 2020 für Einsteigerinnen und Einsteiger
- Horizont 2020 für Antragstellende

- Einstieg ins Projektmanagement
- Projektmanagement von EU-Forschungsprojekten
- Recht & Finanzen in EU-Projekten
- Projektinhalte erfolgreich kommunizieren
- Pressearbeit
- Englisch für die Antragstellung
- Interkulturelles Management
- Antragstellung (auch förderprogrammübergreifend).

Z.T. wenden sich die Angebote auch direkt an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für 'Horizont 2020 – Rahmenprogramm für Forschung und Innovation', wie z.B. EU-Referentinnen und -Referenten der Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Insgesamt setzen die Rahmenprogramme erhebliche Aktivitäten in der nationalen Politik, in der Wirtschaft, in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Gang, um Projekte erfolgreich beantragen und durchführen zu können.

Wolff-Dietrich Webler: Internationale Konzepte zur Förderung guter Lehre

Alle Versuche der Hochschulen, die Qualität der Lehre zu erhöhen (z.B. durch Lehrevaluation, Coaching, Programme zum Auf- und Ausbau der Lehrkompetenz) sind letztlich von der Wertschätzung abhängig, die die Lehre genießt – also von einer Kultur guter Lehre.

Der vorliegende Band besteht aus zwei Teilen:

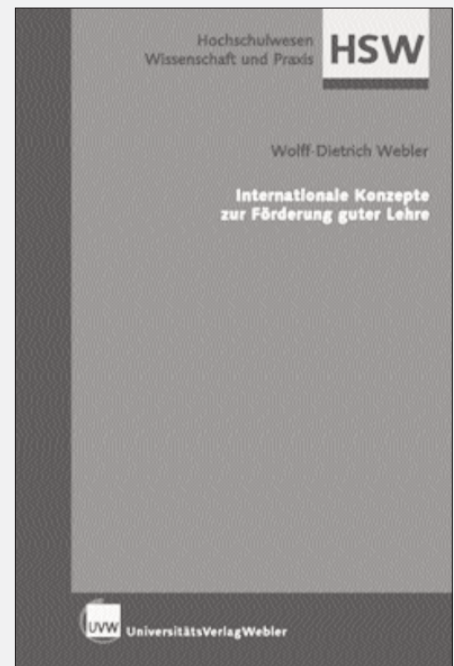
A) Er bietet nach Diskussion hinderlicher und förderlicher Rahmenbedingungen einen Überblick darüber, mit welchen Maßnahmen eine dauerhafte Wertschätzung und Kultur guter Lehre an den Hochschulen aufgebaut werden kann – m.a.W., wie eine Aufwertung von Lehrleistungen aussehen könnte, und

B) welche alternativen Möglichkeiten es gibt, die Maßnahmen aus A) organisatorisch, konzeptionell und wissenschaftlich-praktisch abzusichern. Hier bieten sich verschiedene Institutionalisierungsmöglichkeiten bei unterschiedlichen, gestuften Leistungserwartungen an. Dieser Frage wird aus zwei Richtungen nachgegangen:

1. Wenn bestimmte Leistungen erwartet werden, müssen dementsprechende Ressourcen und Institutionalisierungsformen bereit gestellt werden; diese Zusammenhänge werden dargestellt.
2. Wenn der Umfang bereitgestellter Ressourcen bereits festliegt – wieviele und welche Leistungen können dann realistisch von dieser Institutionalisierung erwartet werden? Dies kann durch eine Sachlage tatsächlich erzwungen sein (unüberwindliche Priorisierungen usw.); manchmal kann es sich aber auch um Alibimaßnahmen handeln (symbolische Politik). Dann soll dieser Zugang Alibi-Einrichtungen erschweren, die dann häufig mit unrealistischen Erwartungen überhäuft werden. Kann die Einrichtung (was absehbar war) dem nicht nachkommen, wird dies nicht selten gegen die Hochschuldidaktik als solche verwendet.

Beide Texte sind aus Gutachten hervorgegangen, die der Autor A) für die Universität Osnabrück und B) für das baden-württembergische Ministerium für Wissenschaft und Kunst erstellt hat.

Der Autor war – aus Leitungsfunktionen der Hochschulplanung und empirischen Hochschulforschung der Hochschulen des Landes Baden-Württemberg kommend – u.a. Aufbaubeauftragter für das Interdisziplinäre Zentrum für Hochschuldidaktik der Universität Bielefeld und später Sprecher des Programmbeirats des baden-württembergischen Wissenschaftsministeriums beim Aufbau des landesweiten Zentrums für Hochschuldidaktik.



ISBN 3-937026-73-8, Bielefeld 2011,
121 Seiten, 18.60 Euro

Erhältlich im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – nicht überall im Versandbuchhandel (z.B. nicht bei Amazon).
Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22



Fo-Gespräch mit Helga Nowotny, Präsidentin des European Research Council (ERC)

Forschung (Fo): Frau Nowotny, die *europäische Forschungspolitik* befindet sich in einer entscheidenden Phase ihrer Entwicklung. Wir freuen uns über die Gelegenheit, darüber mit Ihnen zu sprechen. Ausgehend von einer Einschätzung eben dieser *Forschungspolitik* soll sich das Gespräch dem European Research Council (ERC) zuwenden, um dann nach einem Vergleich der krisenhaften Situation von Teilen der staatlichen Wissenschaftspolitik in den USA mit dem vorgesehenen Förderprogramm Horizon 2020 als nächstes den bemerkenswerten Kongress in Vilnius zu betrachten und schließlich mit Ihrer Einschätzung der weiteren Perspektiven europäischer Wissenschaftspolitik zu enden.

Sie waren seit 2005 Vizepräsidentin des European Research Council (ERC) und haben 2010 das Amt der Präsidentin übernommen. Das schien mir schon seinerzeit eine besonders glückliche Konstellation, dass eine Wissenschaftsforscherin die Leitung des ERC übernahm. Denn Ihr *analytischer Blick* war gewohnt, sich auf die Meta-Ebene der Forschung zu richten. Aber hatten Sie auch schon einen *strategischen, einen europäischen Forschungspolitik gestaltenden Blick*? Was hat Sie besonders beschäftigt?

Helga Nowotny (H.N.): Ich war davor ja im EURAB, dem European Research Advisory Board, der die Kommission in strategischen Fragen beriet. Ich glaube damals schon verstanden zu haben, dass die europäische Forschungspolitik immer auch Spannungen mit jener der Mitgliedsländern einschloss, die noch dazu nie alle am selben Strang zogen. Deshalb haben wir im EURAB uns darauf verständigt, den ERC als wichtiges wissenschaftspolitisches Instrument zu unterstützen. Entscheidend war, dass wir die Kolleg/innen aus der Industrie, die ja die Hälfte des EURAB ausmachten, überzeugen konnten. Das war unser kleiner Beitrag um für die Einrichtung des ERC unser Gewicht in die Waagschale zu werfen. Was uns allen freilich nicht klar sein konnte war wie sich das Verhältnis mit der Kommission gestalten würde. Das Verhältnis zwischen Principal und Agent hat ja auf strategische Überlegungen großen Einfluss. Insofern als wir dieses Verhältnis erst einmal festlegen und testen mussten, befanden wir uns alle im Neuland – auch ich.

Ein Blick auf die europäische Forschung und Forschungspolitik

Fo: Lange Zeit galt die Gleichung Wissenschaftspolitik = Wirtschaftspolitik, so wie die EWG in den 1950er Jahren

einmal angefangen hatte. Hat sich wirklich ein nachhaltiger Wandel des Denkens vollzogen, oder hat man dort mit der Gründung des ERC nur ein sektorielles Zugeständnis gemacht?

H.N.: Es stimmt schon, es hat lange gedauert, bis sich der Gedanke durchgesetzt hat, dass die Ziele gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts nicht nur durch anwendungsorientierte, thematisch eng gefasste FuE-Programme, sondern unverzichtbar durch themenoffene Grundlagenforschung gefördert werden müssen. Die Idee eines ERC gibt es ja schon lange – schon in den späten 1950er Jahren. Aber erst 50 Jahre nach Gründung der EWG 1955 kam es dazu. Hat ein Wandel stattgefunden? Eher glaube ich, dass ein umfassenderes Verständnis von Innovationspolitik Fuß gefasst hat. In Europa weiß man schon länger, dass die europäischen Universitäten global nicht wettbewerbsfähig sind. Das war in den 1950ern noch egal, und in den 1980ern auch noch, aber um 2000 herum konnte niemand mehr die Augen davor verschliessen. Der ERC ist sicher auch als Reaktion darauf zu sehen.

Fo: Im Vergleich zwischen dem 7. Rahmenplan und dem Entwurf des Nachfolgers „Horizon 2020“ hat es nicht nur die Zusammenlegung von Programmen, sondern auch sonst erhebliche konzeptionelle Änderungen gegeben. Wie würden Sie die einordnen?

H.N.: Die Kommission hat mit „Horizon 2020“ zweifelsohne einen großen Wurf geplant. Es ist ein sehr ambitioniertes Programm, und das Herzstück der Innovationspolitik, das der Kommission spätestens mit der „Europa 2020“ Strategie so wichtig geworden ist. Kritiker sagen nun allerdings, dass schon öfters ein Rahmenprogramm mit Fanfaren angekündigt wurde, sich in der Substanz dann aber nicht allzu viel änderte. Und tatsächlich: von „Simplification“, einem Schlagwort aus der Frühphase von „Horizon 2020“, hört man heute nicht mehr allzu viel. Warten wir also einmal ab, ob die „Integration“ der Sozial- und Geisteswissenschaften, und bessere Kooperation mit den Strukturfonds, wirklich so realisiert wie angekündigt wird. Persönlich bin ich jedenfalls doch der Meinung, dass sich Dinge in die richtige Richtung entwickeln und dass man H2020 eine innere Kohärenz, zumindest auf programmatischer Ebene nicht absprechen kann.

Fo: Im Rahmen der Programmförderung innerhalb der EU werden Themenfelder und Förderlinien bestimmt.

Für die Unabhängigkeit der Wissenschaft stellt sich dann die Frage, wo diese Inhalte herkommen; aus „der Wirtschaft“, „der Gesellschaft“ (wie bei Rundfunkräten), vom Staat? Gibt es in der europäischen Forschungsförderung so etwas wie einen unabhängigen Sachverständigenrat, der der EU-Kommission dann solche Themenfelder und Förderlinien empfehlen könnte? Sind hier auch die Nationalen Akademien der Wissenschaften aktiv? Oder spezifische Beiräte?

H.N.: Das ERC Scientific Council ist gesetzlich ermächtigt völlig autonom Strategie und Begutachtungsverfahren festzusetzen. Die Kommission hat diese Autonomie immer respektiert. Beim restlichen „Horizon 2020“ Programm gibt es so genannten „Advisory Boards“, in denen Experten auf die Ausgestaltung einzelner Instrumente und Fördermaßnahmen Einfluss haben. Die Zusammensetzung dieser Boards ist einerseits offen – wer immer sich für qualifiziert hält, kann sich registrieren, doch die Auswahl trifft die Kommission.

Zur Erstellung der jährlichen Arbeitsprogramme kommen dann Programmkomitees zusammen. Das sind die von jedem Mitgliedsstaat entsandten Expert/innen, meistens Ministerialbeamte. Diese haben in ihrem Heimatland oft eine informell zusammengestellte Gruppe von Wissenschaftlern, mit denen sie zu einem im Arbeitsprogramm entwickelten Förderinstrument Rücksprache halten können.

Also, es gibt Verfahren, die es der Wissenschaftscommunity durchaus ermöglichen Einfluss zu geplanten Förderinstrumenten zu nehmen. Aber das findet nicht systematisch und nicht in einem offenen Verfahren statt.

Fo: Die Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch eine entsprechende Forschungs- und Innovationspolitik hatte von Anfang an Priorität. Sie war seit 2000 explizit in der so genannten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung niedergelegt – seit 2010 abgelöst von der Strategie „Europa 2020“. Die Namenswechsel waren jeweils mit einer Änderung der Rahmenbedingungen verbunden – seit Ende 2009 neu fundiert im Vertrag von Lissabon. Insbesondere die Leitinitiative „*Innovationsunion*“ will Forschungsergebnisse direkter in innovative Produkte und Dienstleistungen umsetzen. Die europäische Union will also eine Innovationsunion werden. Wenn sie es erst werden will – was fehlt ihr noch?

H.N.: Gute Frage. Wenn es eine Antwort auf diese Frage gäbe, dann würden alle Staaten nach dieser Formel für Innovation, Wachstum und Arbeitsplätze sorgen. Für „Innovation“ wird gern die Kurzformel verwendet: Der Weg von der Forschung zum Markt. Nur: einen Königsweg dafür gibt es nicht. Der Weg zur Innovation ist komplex und vielfältig und abhängig von vielerlei Rahmenbedingungen. Es gibt zwar Unmengen von Fallstudien, aber keine Theorie der Innovation – sie ist wie die Grundlagenforschung ungewiss im Endergebnis. An Versuch und Irrtum führt kein Weg vorbei. Auch deshalb, so meine These, hat die Europäische Kommission ihr innovationspolitisches Portfolio hin zur Grundlagenforschung geöffnet – ja, vielleicht sogar öffnen müssen.

Fo: Im Europäischen Forschungsraum (EFR) soll die Freizügigkeit für Forscherinnen und Forscher gesteigert und die nationale Forschungsförderung enger koordiniert werden. Dies soll auf fünf Feldern besonders enger Zusammenarbeit geschehen – den so genannten EFR-Initiativen. Worin bestehen sie und warum ist das so ein wichtiger Schritt? Hatte das nicht funktioniert?

H.N.: Der EFR ist auch ein sehr ambitioniertes Unterfangen der Kommission. Es stößt auf viele Widerstände, weil es zum Großteil an den Mitgliedsstaaten liegt, die Umsetzung sicherzustellen. Das ist ein fundamentaler Unterschied zu einem Instrument wie „Horizon 2020“, wo die gesetzten Ziele über die Finanzierung von Forschung und Innovation angestrebt werden. Anfang der 2000er wurde EFR mit großem Trara präsentiert, die Umsetzung hat jedoch auf sich warten lassen. Jetzt wurde der EFR reaktiviert: Die Kommission scheint sich nun vor allem auf das Europäische Semester zu konzentrieren und dieses als Hebel verwenden zu wollen, um einige Standards des EFR realisieren zu können.

Fo: Wie würden Sie speziell aus dem Blickwinkel der Wissenschaftsforscherin die europäische Forschungspolitik der letzten Jahre einschätzen?

H.N.: Wir sehen, dass „Innovation“ – was immer nun im Detail darunter zu verstehen ist, denn die Bedeutungen dieses Begriffs variieren stark – fast schon zu einem Mantra der Politik geworden ist. Innovation soll die mit der Krise einhergehenden, wirtschaftlichen Probleme lösen. Das ist natürlich insofern bedenklich, als Innovation nicht auf Knopfdruck hergestellt werden kann. Trotzdem – wie sonst lässt sich Wirtschaftswachstum erreichen?

ERC

Fo: Als Sie 2010 das Amt der ERC-Präsidentin übernahmen, was hatten Sie sich im Rahmen der Möglichkeiten Ihres Amtes vorgenommen, was schien Ihnen dringlich zu tun?

H.N.: Vor allem ging es darum, die ambitionierten Ziele des ERC umzusetzen und den ERC als junge Institution nachhaltig abzusichern. Also sicherzustellen, dass der ERC auch im nächsten Rahmenprogramm nicht nur vorhanden sein wird – das war zu dem Zeitpunkt kaum mehr die Frage –, sondern, dass er ausreichend dotiert und seine Unabhängigkeit weiterhin gewährleistet wird. Beides ist geglückt, vor allem deshalb, weil im Laufe des Jahres 2010 auch an der Spitze der Generaldirektion Forschung andere Personen zum Zug kamen, die dem ERC geneigt waren.

Fo: Der ERC hat erhebliches Gewicht in der Forschungsförderung gewonnen. Wie hoch war denn die Bewilligungsquote für die Anträge? Fehlte es an adäquaten Fördermöglichkeiten und musste man deshalb finanziell nachbessern? Wie schätzen Sie das ein?

H.N.: Seit Beginn seiner Arbeit hat der ERC fast 4.000 Forscher/innen und ihre Pionierforschungsprojekte für

eine Förderung ausgewählt. Wie seiner Außendarstellung und externen Bewertung zu entnehmen ist, folgt er einem neugiergeleiteten oder „bottom-up“ Ansatz, der es Wissenschaftler/innen erlaubt, neue Fragestellungen in allen Themenfeldern über alle Disziplinen hinweg zu entwickeln, also ohne vorentschiedene Prioritäten. Der ERC ist zum Maßstab der Wettbewerbsfähigkeit nationaler Forschungssysteme geworden. Er ergänzt bestehende europäische und nationale Förderprogramme. Sein Ziel ist zunächst einmal – wie immer wieder betont – wissenschaftliche Exzellenz in Europa anzuregen. Das geschieht durch Wettbewerb um Fördergelder zwischen kreativen Spitzenforscher/innen jeder Nationalität und jeden Alters, die bereit sind in Europa zu arbeiten.

Während des 7. Rahmenprogramms von 2007–2013 verfügte der ERC über einen Gesamtetat von 7,5 Mrd. €. Für das Nachfolgeprogramm Horizon 2020 hat die Europäische Kommission im November 2011 eine Steigerung auf über 13 Mrd. € vorgesehen.¹ Nach den neuesten Zahlen steigt das ERC-Budget von 7,1 Mrd. auf 13,4 Mrd. Das entspricht fast einer Verdoppelung. Damit hat der ERC 17 Prozent des Gesamtbudgets erreicht. Das sind große Leistungen, aber man musste sich offensichtlich erst an die Größenverhältnisse in Europa (mit der wachsenden Zahl der EU-Mitglieder) gewöhnen. Andererseits: in Relation zu dem was in den Mitgliedstaaten insgesamt für F&I ausgegeben wird, relativ bescheiden.

Fo: Wie immer wieder betont wird – weil es in anderen Feldern anders aussieht – folgt die vom ERC finanzierte Grundlagenforschung keinen extern vorgegebenen Zielsetzungen. Entscheidend seien die 25 multidisziplinär zusammengesetzten Panels, die eine Idee für wissenschaftlich exzellent befinden müssen, damit sie gefördert wird. So werde die Breite und Offenheit gewahrt, um neues Wissen zu gewinnen. Ist das der zentrale Gewinn für die Forschungspolitik, der mit der Gründung des ERC nach solchen Prinzipien erzielt wurde?

H.N.: Der zentrale Gewinn für die Forschungspolitik ist, dass der ERC Grundlagenforschung ausschließlich nach dem Kriterium wissenschaftlicher Exzellenz in einem Ausmaß und zugleich so kompetitiv finanziert, dass Europa auf der globalen Landkarte der Spitzenforschung keinen weißen Fleck mehr darstellt. Ein weiterer Gewinn ist, dass der ERC das einfachste und zugleich eleganteste Benchmark-System für den innereuropäischen Vergleich von Forschungsstandorten darstellt. Heute kann sich jede Universität, jede Forschungsorganisation mit anderen in der Anzahl der eingeworbenen ERC Grants vergleichen. Das hat es davor nicht gegeben. Der ERC hat den europäischen Forschungswettbewerb erst richtig eröffnet.

Fo: Der ERC hat seine Förderung ausdifferenziert, sodass auch die Förderziele klarer hervortreten. Da unsere Leser das nicht so schnell überschauen, seien sie hier zunächst aufgezählt: Um „Pionierforschung“ zu stützen, fördert der ERC differenzierte Zielgruppen themenoffen über alle Wissenschaften hinweg vornehmlich in vier Förderlinien: *Starting Grants* für junge Forscher/innen, die ein unabhängiges, exzellentes Forschungsteam aufbauen oder konsolidieren wollen mit einem Fördervolumen

(mit darüber hinausgehenden Ausnahmen) bis 1,5 Mio. € für maximal 5 Jahre; *Consolidation Grants* für etwas ältere junge Wissenschaftler/innen mit einem Fördervolumen bis zu 2,75 Mio. €. Es folgen *Advanced Grants* für – wie der Ausschreibungstext formuliert – erfahrene, exzellente Forschende, die in ihrem Forschungsfeld bereits etabliert sind; sie sollten in den vergangenen zehn Jahren wissenschaftliche Spitzenleistungen erbracht haben. Schließlich gibt es „*ERC Synergy Grants*“ für die sich Gruppen von zwei bis maximal vier herausragenden Wissenschaftler/innen (Principal Investigator) und ggf. ihre Teams bewerben können. Hier wird i.d.R. interdisziplinäre Forschung erwartet.

In solchen Förderprogrammen stellt sich oft die forschungspolitische, also Forschung gestaltende Frage, ob hier einem bereits bestehenden Bedarf nachgekommen wird oder Ziele und erwünschte Arbeitsformen der Forschung erst mit den Förderbedingungen erzeugt werden. Von der Ausgestaltung der Programme geht ja eine erhebliche Steuerungswirkung aus. Was steht aus Ihrer Sicht im Vordergrund und wer sind die Instanzen, die solche Entscheidungen treffen?

H.N.: Also zunächst ging es darum, einen Bedarf zu stillen. Schauen Sie sich einmal an, wie viele Anträge es beim ersten Starting Grant Call 2007 gab: mehr als 9.000! Inzwischen hat der ERC sicher seine eigene Klientel gegründet; und das ist ja auch gut so. Denn so wie die europäischen Unis sich vergleichen, vergleichen sich auch die in Europa verteilten Spitzenforscher/innen. Da es bei ERC Anträgen nie auf die Nationalität der Antragsteller ankommt, sondern nur darauf, dass das Projekt in einer Host Institution eines EU-Staates oder einem assoziierten Staat durchgeführt wird, hat der ERC auch das Potential, Spitzenkräfte von außerhalb Europas anzuziehen. Das wird noch zu wenig genutzt, ich sage das ganz offen. Aber wir sind hier auf einem guten Weg.

Fo: Mit Ihren Amtszeiten überschauen Sie die ganze bisherige Geschichte des ERC und haben dessen Weg maßgeblich mit gestaltet. Wo war aus Ihrer Sicht der ERC erfolgreich, wo sollten Dinge modifiziert, wo weiter entwickelt und ausgebaut werden? Welche Aufgaben stehen vor der nächsten Amtsinhaberin?

H.N.: Wie ich anderenorts schon geantwortet habe: Was wir erreicht haben, ist das Prinzip der wissenschaftlichen Exzellenz als das einzige für die Vergabe von ERC Grants zu verankern. Und wir haben dem wissenschaftlichen Nachwuchs Priorität eingeräumt. Am Anfang wurden zwei Drittel Advanced Grants für etablierte Forscher/innen vergeben, heute gehen zwei Drittel an den Nachwuchs mit den Starting und Consolidator Grants. Ich denke, daran wird auch mein Nachfolger nicht viel ändern. Die Herausforderung wird es nun sein, den Erfolg zu konsolidieren. Das ist, wenn Sie so wollen, ungleich schwerer als das, was wir in der ersten Generation des Scientific Council gemacht haben. Denn wir konnten recht unbekümmert nach unseren Vorstellungen den ERC aufbauen. Der Erfolg hat uns zweifelsohne recht ge-

¹ <http://sc.bns.it/view/item.php?id=152218>, 17.11.2013

geben. Das muss nun aber verteidigt werden; das hohe Maß an Qualität und Effizienz muss beibehalten werden, und vor allem muss der ERC seinen Mut bewahren, neues, unkonventionelles in die Welt zu setzen und auszuprobieren.

Fo: Die Fortsetzung der Grundlagenforschung in die Verwertung hinein ist ein wichtiges Thema geworden. Das Motiv leuchtet sofort ein – die DFG ist ja ansatzweise in eine ähnliche Richtung gegangen – aber setzt diese intendierte Sensibilisierung ein? Ich begegne immer wieder Kolleg/innen, die an dieser Richtung nicht sonderlich interessiert sind.

H.N.: Der ERC hat ein „Proof of Concept“-Förderschema entwickelt und ab 2011 eingesetzt, mit dem Projektideen in Innovationen überführt werden können. Gefördert werden z.B. Marktforschung, technische Validierung, die Klärung von Fragen des geistigen Eigentums oder die Analyse von Geschäftschancen. Der ERC ist daran interessiert, aus den ERC-Projekten entstehende Ideen in ihrem Potential für potentielle Anwendungen zu prüfen. Insofern wird ein solches Projekt auf der Basis eines ERC Starting Grant oder ERC Advanced Grant vorausgesetzt. Knapp über 30% der Anträge wurden bisher gefördert. Der ERC will damit unter Grundlagenforscher/innen ein größeres Bewusstsein für Innovationen schaffen. Wenn man so will: wir gehen davon aus, dass Innovation keine lineare Entwicklung ist, sondern auch bei der Grundlagenforschung quasi am Wege liegen kann. Liegen kann, aber nicht muss – es ist kein ERC-Grantee verpflichtet, sich in diese Richtung Gedanken zu machen. Es zeigt sich aber doch, dass es nicht so wenige sind, die Grundlagenforschung nicht isoliert betrachten. Und diesen eröffnet der ERC durch eine Zusatzfinanzierung bis maximal 150.000 Euro die Möglichkeit, auch kleine Produkte – auch eine Idee, wenn sie von Nutzen werden könne – auf den Markt zu bringen.

Fo: Sie betonen immer wieder, dass die Bedeutung von Technologien unterschätzt werde, die quasi beiläufig entwickelt werden und sich als anderweitig nutzbar entpuppen. Sie nannten als Beispiel einen Neurowissenschaftler, dem ein Proof-of-Concept-Grant gegeben wurde. Er untersucht die Verbindung von der Nase über den Geruchssinn zum Gehirn. Ihm kam die Idee, dass Menschen, die völlig gelähmt sind, immer noch über den Atem mit der Welt verbunden sind. Er baute ein Instrument, mit dem solche Patienten über den Atem mittels Computer mit ihrer Umwelt kommunizieren können. Ökonomisch gesehen ist es ein Flop, weil es zu wenige Patienten dafür gibt – eine rein industriegelenkte Forschung würde so etwas nicht entwickeln. Müsste das nicht für die Humanität gegen die Profitorientierung stärker ausgebaut werden – Stichwort Pharmaindustrie?

H.N.: Sicher, ich sehe das sehr ähnlich.

Fo: Die Förderleistungen des ERC für die Grundlagenforschung beziehen sich auf alle Bereiche der Wissenschaft. Der Anteil der SSH darin ist erheblich. Hier hat anscheinend eine Neubewertung auf europäischer Ebene statt-

gefunden, denn allein der Anteil der SSH im Gesamtbudget des ERC soll sich – wie im neuen Programm geplant – auf 2 Mrd. € verdoppeln. Können Sie diese Relationen kommentieren?

H.N.: Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften wurden bisher rund 600 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 1 Mrd. € allein im laufenden Rahmenprogramm gefördert. Das macht 17% des ERC-Budgets aus – ein Anteil, der höher oder gleich hoch ist im Vergleich mit mehreren Nationalen Forschungsförderagenturen europäischer Staaten. Zum Vergleich: Die tschechische Wissenschaftsstiftung (GACR) mit 16%, die DFG mit 15%, der österreichische Wissenschaftsfonds (FWF) mit 17% liegen hinter dem Schweizer Nationalfonds (SNF) mit 25% oder der französischen Nationalen Forschungsagentur mit 21%. Das hält sich auf europäischer Ebene ja durchaus in Grenzen – liegt lediglich knapp im Mittelfeld.

Fo: Der ERC arbeitet jetzt 5 Jahre (seit 2007) und wird als großer Erfolg gefeiert – nicht zuletzt von der Expertenkommission in ihrem letzten Bericht über die Zwischenevaluation von 2012. Sehen sie die Gründe genau so oder würden Sie den Erfolg noch etwas anders begründen?

H.N.: In dem Bericht wurde festgestellt, dass es dem ERC gelungen ist, Spitzenforschung auf Weltklasseniveau anzuziehen und zu finanzieren, und dass der ERC eine neue und originelle Interpretation der „European added value“ repräsentiere. Tatsächlich sind diese beiden Aspekte die herausragenden Leistungen, die der ERC geschafft hat. Wobei zweiteres, also der European added value, etwas ist, womit in der Form zunächst ja niemand gerechnet hat: erst durch den Wettbewerb der einzelnen Forscher/innen und dem Reputationsgewinn der daraus für die erfolgreichen Grantees entstanden ist, wurde auch ein Wettbewerb zwischen den Forschungsinstitutionen möglich. Wie vorher erwähnt, der benchmarking-Effekt der ERC Grants ermöglicht es erstmals, dass sich die Universitäten über nationale Grenzen hinweg vergleichen – hier hat der ERC zweifellos viel zur Realisierung des Europäischen Forschungsraums beigetragen, ohne dass dies als solches beabsichtigt war.

USA

Fo: Wir haben im Moment gute Vergleichsmöglichkeiten zwischen der Förderung der Sozialwissenschaften (insbesondere der Politikwissenschaft) in den USA und in Europa im Vorfeld von Horizon 2020. Sie haben an mehreren Stellen geschrieben, die Sozialwissenschaften befänden sich in den USA „under attack“. Wie ordnen Sie die dortigen Vorgänge ein? Meine eigene Sicht wird hier in der Ausgabe der „Forschung“ in einem Artikel veröffentlicht, der Ihnen vorliegt. Unterscheiden wir uns da – und wenn ja, inwiefern?

H.N.: Zu Ihrem Text gibt es mehreres anzumerken, und ich hoffe wir kommen darauf noch zu sprechen. In Bezug

auf die USA denke ich, dass die „Freiheit der Wissenschaft“ ziemlich gut über die letzten Jahrzehnte hinweg verankert war. Wenn der Kongress nun wissenschaftsfeindliche Beschlüsse fasst, so ist das problematisch; man muss aber doch die Kirche im Dorf lassen. In den USA wird weitaus mehr Geld aus privater Hand in die Grundlagenforschung gesteckt, als das in Europa der Fall ist; selbst Deutschland mit seinen großen Stiftungen kann da nicht mithalten. Das heißt, staatliche Forschungsförderung ist in den USA nur ein Topf neben anderen. Viele Forschungsbereiche sind fast vollständig von einzelnen Stiftungen abhängig. Ist das „Freiheit“? In Humboldts Verständnis, nein. Aber wo viele Geldquellen sind, sind auch viele Möglichkeiten; und es bricht das problematische Verhältnis zwischen Staat und Wissenschaft, das nebenbei auch Humboldt nur mit schönen Sätzen kaschieren konnte.

Horizon 2020

Fo: Ist der ERC in irgendeiner systematischen Weise an der Entwicklung der EU-Forschungsprogramme beteiligt?

H.N.: Nein. Wir erstellen unser Arbeitsprogramm im ERC Scientific Council völlig selbstständig, und das ist alles.

Fo: Wie erwähnt, soll das 7. Rahmenprogramm nun ab 2014 durch den Nachfolger „Horizon 2020“ abgelöst werden. Das Programm wird drei Prioritäten umfassen, mit denen drei Säulen europäischer Forschung und Innovation gefördert werden sollen:

- Exzellente Wissenschaftsbasis für Spitzenforschung mit rein wissenschaftlich motivierter Themenwahl (in den Händen des ERC),
- Industrielle Führerschaft für die Bedürfnisse der Wirtschaft zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und
- Gesellschaftliche Herausforderungen, die von der Politik zum Wohl der Menschheit identifiziert werden.²

„Horizont 2020“ wird dafür 70 Mrd. € für sieben Jahre umfassen.³ Wie kommentieren Sie diese Drei-Gliederung? Da sich auch im Bereich des ERC in Form der Förderlinie „Future and Emerging Technologies (FET)“ – auf die wir gleich zurückkommen – ein höchst industrierelevantes Fördergebiet befindet, ist die industrierelevante Forschung nach wie vor das alles prägende Element der europäischen Forschungspolitik. Wirkt das dritte Fördergebiet nicht wie ein soziales Feigenblatt?

H.N.: Solche Prioritäten werden von Kommissionsbeamten nach politischen Vorgaben und historisch gewachsenen, administrativen Strukturen entwickelt. Über die letzten 20 Jahre ist Forschung an vielen Ecken der Kommission zum Thema geworden; es macht Sinn, nun ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren. Da sehe ich Horizon 2020 schon als eine positive Entwicklung. Das gilt auch für die Einteilung. Man kann nicht von einem Feigenblatt reden, wenn die dritte Säule fast 40% des Budgets von Horizon 2020 ausmacht. Die „Societal Challenges“ haben ein Budgetvolumen von mehr als 28 Milliarden Euro!

Fo: In der Formulierung des dritten Feldes „Gesellschaftliche Herausforderungen, die von der Politik zum Wohl der Menschheit identifiziert werden“ sehe ich die Gefahr einer Einmischung der staatlichen Politik in die Benennung und Abgrenzung wissenschaftlicher Themenfelder. Dies habe ich ja in dem gesonderten Artikel kommentiert. Wie sehen Sie denn die möglichen Folgen dieser Formulierung?

H.N.: Ich sehe diese Gefahr nicht. Spätestens seit den 1970er Jahren hat die Politik immer wieder versucht, Wissenschaft zu steuern. Hat das die Produktivität von Wissenschaft gehemmt? Doch wohl eher nicht! Und davor? Wissenschaftler/innen sind intelligente Menschen; aber sie sind keine Heiligen. Denken Sie an die Rassenforschung, die war ja ein von Wissenschaftlern wie Politikern gemeinsam mit Interessen besetztes Feld. Es gibt da ein erhellendes Buch von Nico Stehr und Reiner Grundmann, „Die Macht der Erkenntnis“. Da musste kein Politiker einen eigenen Forschungsförderungstopf aufsetzen, um die Wissenschaftler in diese Richtung zu lenken; diese kamen von selbst auf diese Ideen, von denen wir heute wissen, dass sie abstrus waren. Also, ich halte nicht viel von diesem bedingungslosen Freiheitsbegriff der Wissenschaft, der sich auf Humboldt bezieht. Wissenschaft soll autonom agieren können, ja; aber sie hat ja auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Und dieser Verantwortung sollte sie sich stellen, und zwar von Anfang an.

Fo: Einen von drei Schwerpunkten der Förderung erreicht zu haben, ist für den ERC ein schöner Erfolg. Aber fühlen Sie sich nicht wie auf einer Insel zweckfreier Grundlagenforschung in einem Meer kommerzorientierter Forschungsförderung?

H.N.: Der ERC fördert Pionierforschung; wir sind offen für Forschungsprojekte in den Bereichen der Ingenieurwissenschaften ebenso wie in den Kernfächern der Grundlagenforschung. Insofern sehe ich den ERC gut eingebettet in Horizon 2020. Da, wo wir uns unterscheiden, ist in der Art und Weise, wie beim ERC Entscheidungen getroffen werden.

Fo: Dem ERC ist für das erste Fördergebiet wieder ein (seit dem 6. Rahmenprogramm in seinen Grundzügen bestehendes und wieder modifiziertes) thematisch fixiertes Förderprogramm übertragen worden: Künftige und neu entstehende Technologien – „Future and Emerging Technologies (FET)“. Beschrieben wird es mit: „Förderung von exzellenzorientierter, visionärer und risikobehafteter Forschung zur langfristigen Umsetzung radikal neuer Technologiekonzepte, zum Teil ohne enge thematische Vorgabe. FET-Verbundprojekte sind zielorientiert, wissenschaftsgetrieben, revolutionär und interdisziplinär. FET ist komplementär zu Aktivitäten aus anderen Teilen von Horizon 2020 – wo möglich sollen Synergien genutzt werden.“ Weiter heißt es: „Die Förderlinien FET Open und Proactive sind für alle thematischen Be-

² Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/horizont2020.htm>

³ <http://www.nks-swg.de/de/horizon2020.php>

reiche von Horizon 2020 offen. Gefördert werden Verbundprojekte. Die Definition der Arbeitsprogramme erfolgt durch ein FET Advisory Board. 40% des Budgets für FET werden für FET Open vergeben. Vernetzungs- und Gemeinschaftsaktivitäten ergänzen die drei FET-Maßnahmen.⁴ Das klingt äußerst dynamisch und wir wissen, dass Wissenschaftler Meister in der Formulierung viel versprechender Anträge sind. Wird dann auch für die Versprechen geliefert, und wer stellt das fest?

H.N.: Ich kenne mich zu wenig aus bei FET. Dieses Programm gibt es ja schon recht lange, und ein Teil davon – FET Open – hat durchaus Ähnlichkeiten zu dem, was wir beim ERC machen. Ich weiss aus unzähligen Gesprächen mit Wissenschaftler/innen, dass FET Open sehr beliebt ist, eben weil es offen und bottom-up ist, ganz wie der ERC. Die anderen Programme von FET werden eher kritisch gesehen. Von den FET Flagship Initiatives scheinen sich einige in Brüssel besonders viel zu versprechen. Man wird sehen, ob das Versprechen gehalten werden kann. Jedenfalls wurde gezeigt, dass es auch in Europa einige wenige Megaprojekte geben kann.

Fo: Sie haben in diesem Sommer bei den Technologiegesprächen Alpbach die These vertreten, Produkte der Forschung hätten nur selten ökonomisch Erfolg. Das ist aber gerade die Erwartung der zweiten Säule im neuen Förderprogramm. Heißt das, die Erwartungen können nicht aufgehen? Die Aussage stützte sich anscheinend auf eine Studie der KMU-Forschung, in der 40 Projekte genau daraufhin untersucht worden waren. Danach hat wissenschaftliche Arbeit nur in Ausnahmefällen ökonomischen Erfolg. Dort ist auch die naheliegende Frage aufgeworfen worden, ob das unveränderbar sei oder welche Änderungen nötig seien. Sie haben dort geantwortet: In den USA gebe es ein innovationsbegieriges wirtschaftliches Umfeld. Davon habe Europa weniger, unser Markt sei enger. Es gebe weniger Risikokapital, was erklärt, warum man sich nicht leichtfertig Fehler leisten will, und wir hätten eine größere Regulierungsdichte. Wir müssten eine Kultur schaffen, die toleranter mit Fehlern umgeht. Sind das die Rahmenbedingungen, die in oder neben Horizon 2020 geschaffen worden sind oder werden müssten? Geschieht da genug?

H.N.: Die für Horizon 2020 zuständige Generaldirektion heisst ja nicht nur „Forschung“, sondern auch „Innovation“. Also die zweite Säule soll genau das bringen: Innovation bei Industrie und KMUs. Es stimmt schon, die Rahmenbedingungen sind entscheidend; das wissen wir auch aus der Innovationsforschung, wenn wir auch sonst nicht allzu viel wissen. Aber um Ihre Frage zu beantworten: Ich habe den Eindruck, dass in Europa nicht genug geschieht.

SSH

Fo: Wir kommen zur dritten Säule des Rahmenprogramms. Das Förderprogramm besteht aus sieben vordefinierten Herausforderungen und reicht von „health, demographic change and well-being“, „food security“, „secure, clean and efficient energy“, „smart, green and inte-

grated transport“, „climate action“, über „inclusive, innovative and reflective societies“ bis zu „secure societies“. Kann die Tatsache als Erfolg gefeiert werden, dass die SSH es mit der 3. Säule geschafft haben, zu einem „gleich berechtigten“ Teil unter den drei Säulen des Förderprogramms zu werden?

H.N.: Meines Erachtens, ja. Aber da teilen sich ja die Meinungen. Es ist eine verbreitete Angst unter meinen Kolleg/innen, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften zu kurz kommen. Ein Fehler, der von uns allen gemacht wurde – ich schließe mich da durchaus kritisch ein –, war, dass wir nicht genügend und nicht rechtzeitig darauf geachtet haben, welche Themen zu den „Herausforderungen“ gemacht werden. Da fehlt jetzt so etwas wie „Finanzkrise“, oder „Migration“. Nur, das sage ich auch gleich dazu: unter den Sozial- und Geisteswissenschaften herrscht die Ansicht, das eigene Thema sei das einzig relevante. Ich sehe bisher nicht, dass die Community strategisch in der Lage ist, sich auf ein Thema festzulegen, für das sie sich dann auf europäischer Ebene stark macht. Und, auch das sei gesagt: Wir haben die Vorlaufzeit von Horizon 2020 nicht ganz realisiert. Man hätte ein solches Thema schon vor drei Jahren in Brüssel lancieren müssen. Es entbehrt jedoch nicht ganz der Ironie, dass es gerade die Sozialwissenschaften sind, in deren Kompetenz die Kenntnis und systematische Untersuchung der europäischen Entscheidungsstrukturen fällt, die vom Ergebnis überrascht wurden.

Fo: Sie haben in der Debatte um den Stellenwert der SSH im Kontext europäischer Forschungsförderung eine Stellungnahme abgegeben. Ich darf Sie zitieren: „The image of social sciences and humanities is often obscured in public discourse, compared to the natural sciences. However, disciplines such as archaeology, sociology, literature, linguistics, demography or economics produce knowledge that explores our past, anchors our identities in the present and provides orientation for the future. They are thus crucial to prepare us for Europe's challenges in a fragile future“.

Mit Blick auf die kommende Förderung führen Sie fort: „Their integration under the „Societal Challenges“ pillar of the new EU research programme Horizon 2020 will result in more funding. In addition, the SH domain currently holds 17% of the overall ERC funding budget, and it will continue under Horizon 2020. This reflects the conviction of the ERC Scientific Council that Europe will greatly benefit from the insights, empirical discoveries and social innovations that will emerge from these vibrant research fields“.

Damit haben Sie die Bedeutung der SSH unterstrichen und sich sehr klar für sie eingesetzt. Wie beurteilen Sie denn die Ausgestaltung der „dritten Säule“ im Verhältnis zu den beiden anderen Säulen?

H.N.: Ich finde es sinnvoll, sich auf bestimmte Themen zu konzentrieren. Es ist nur so, dass die Auswahl der Themen transparenter verlaufen hätte können. Wie aber

⁴ <http://www.eubueno.de/fet.htm>

auch zuvor gesagt: Wir haben versäumt das rechtzeitig beeinflussen zu wollen.

Fo: Soweit mir erkennbar, ist die Bewertung des Förderprogramms durchaus geteilt. Sie schwankt zwischen „großer Erfolg“ – womit meistens die Expansion der Fördersummen und die Zusammenlegung der bisherigen getrennten Förderprogramme sowie eine Aufwertung der SSH gemeint sind – und Kritik – womit die der SSH im Detail zugeordnete Rolle gemeint ist. Bei letzterer gehen die Interpretationen deutlich auseinander. Einerseits wird – angefangen beim Kommissionsmitglied Máire Geoghegan-Quinn – erklärt, das Programm habe „...some innovative, new features“ – von denen eines, in seinen Worten darin besteht, „to work beyond the 'silos' of different disciplines“. Dies soll durch einen integrierten Ansatz geschehen, der vorher existierende „dedicated funding streams“ ersetzen soll. Was das dann genau heißen soll, ist erst noch zu bestimmen.

Frau Nowotny, Sie haben kommentiert, er vertrete die Anerkennung der Reziprozität technologischer Innovation und gesellschaftlichen Fortschritts. Dieser integrative Ansatz sei zu loben, stehe aber in scharfem Gegensatz zu den Ansichten vieler Politiker. Kritiker wenden dagegen ein, die SSH würden eher als „Schmiermittel“ für eine höhere Akzeptanz technischer Neuerungen in der Bevölkerung missbraucht.

Optimisten könnten zu dem Schluss kommen, hier würde sich allmählich eine Einsicht durchsetzen, die David John Frank und John W. Meyer, zwei amerikanische Soziologen, nicht allein für die SSH auf den Punkt gebracht haben: „the university is less about training people for jobs in the complex society, and more about establishing the ground rules for this society – the doctrines that local realities and actions can and should be seen in terms of universal principles“. ⁵ Auch eine solche Einschätzung würde eine Aufwertung der SSH rechtfertigen. Welche der beiden Bewertungen für Horizon 2020 – Erfolgsgeschichte oder erdrückende, unmitttelbare Wirtschaftsorientierung und inakzeptable Instrumentalisierung der SSH – scheint Ihnen selbst angemessen?

H.N.: Wie kann ich diese Frage beantworten, wenige Tage nachdem dieses milliarden schwere, mehrjährige Programm erst angefangen hat? Es kommt sehr stark darauf an, wie all das implementiert wird, wie es in konkrete Programme gegossen wird, welche Projekte damit dann finanziert werden – all das ist ja gerade mal nur in Umrissen erkennbar! Wir sollten uns in einigen Jahren nochmals darüber unterhalten, denn mich interessiert das, was Sie fragen, auch sehr. Aber ich kann keine Aussage dazu machen.

Fo: In der EU Debatte um SSH zeigt sich in Verbindung mit dem Horizon 2020 Programm ein Wandel. Offensichtlich soll der Einfluss der SSH auf die Behandlung der drängenden globalen Herausforderungen anerkannt werden. Auch geht es um die unstrittigen, ernst zu nehmenden Beiträge zur Erzeugung neuen Wissens. Dazu passen die Bemühungen auf EU-Ebene, die SSH mit den Naturwissenschaften als ebenbürtig zu behandeln.

Nach dem Verklingen solcher programmatischen Äußerungen ist die Wirklichkeit aber eine andere: Die jeweiligen Anteile am Budget und Textpassagen in den Begleittexten auf EU-Ebene lassen die Bearbeitung der „gesellschaftlichen Herausforderungen“ – noch dazu im Querschnitt zu den Projekten im Themenfeld „industrielle Führungsrolle“ – eher marginal erscheinen. Für die SSH sind in Horizon 2020 nur 1,7% des Programms vorgesehen. ⁶ Offensichtlich herrscht eine Vorstellung von „paper-and-pencil-Forschung“ im Feld der SSH vor, ohne die Kosten zu sehen, die eine sorgfältige empirische Sozialforschung an Arbeitszeit mit Pretest, Validierung der Instrumente usw. oder bei qualitativen Methoden z.B. bei der sorgfältigen Entwicklung und Führung größerer Zahlen von Interviews verursacht. Sehen Sie die Emanzipation der SSH im Vordergrund und halten Sie dies für eine positive Entwicklung – auch angesichts des quantitativen Rahmens?

H.N.: Es gibt ein weit verbreitetes Missverständnis der EU-geförderten Forschung, und das besteht darin zu glauben, dass die EU disziplinenorientierte Forschungsförderung macht. Das geschieht nicht bei den Naturwissenschaften und es gibt folgerichtig auch kein SSH-spezifisches Programm in Horizon 2020, allenfalls Themen, die den Sozial- und Geisteswissenschaften näher sind als andere. Es geht darum, dass die Kolleg/innen bereit sind, auf diese Themen einzugehen; aber auch selbst Projekte einzureichen und zu koordinieren. So ist mein Aufruf am Ende von Vilnius zu verstehen: „Take the lead!“

Fo: Das Programm bzw. seine weitere Operationalisierung bezogen auf die SSH wird von Ihnen mit gehöriger Skepsis betrachtet, wie Sie in einem anderen Text verraten haben. ⁷ Vor allem auf eine Passage möchte ich mich dabei beziehen: Sie betonen zwar, dass Sie das ambitionierte Ziel der Europäischen Kommission der Integration der SSH vollständig unterstützen. Aber dann verweisen Sie auf zwei gravierende Probleme:

a) Auf große Änderungen mit umfangreichen neuen Möglichkeiten, die auf die SSH im Fall der Integration zukommen, die aber – wenn sie nicht sorgfältig erkannt und beachtet werden – zu ernsthaften Gefahren werden können. Die Kommission hat die Integrationsbedingungen bisher alleine und als Einbahnstraße definiert. Dazu gehörte eine deutliche Kürzung des Haushaltsansatzes für die 6. soziale Herausforderung, die zentral für die SSH vorgesehen ist: „Europe in a changing world: Inclusive, innovative and reflective societies“. Dadurch ist dieses Budget bereits heute das kleinste unter den 6 „challenges“.

b) Dann betonen Sie (wie man im Deutschen sagt:) „aus gewöhnlich gut informierten Kreisen“ in Brüssel erfahren zu haben, dass mehrere „cross-funding“ Programme, wie COST, die nichts mit dem Ziel dieser Förderlinie zu

⁵ Frank, D.J./Meyer, J.W. (2007): „University Expansion and the Knowledge Society“. *Theory and Society* 36, pp. 287-311.

⁶ Quelle: <http://www.nks-swg.de/de/horizon2020.php>

⁷ „Don't just complain, take the lead! Social Sciences and Humanities must look to integrate into Horizon 2020 targets.“ (s. hier im Heft).

tun haben, den Haushaltsansatz laufend weiter belasten werden. Dadurch wird das „Silo“ wesentlich schmäler ausfallen als die früheren. Gleichzeitig hat die Kommission die wichtigste Frage noch nicht beantwortet – wie sie sich die Integration praktisch vorstellt.

Hat sich nach den Haushaltsberatungen zwischen EU-Kommission und Europa-Parlament Ihre Skepsis weiter verstärkt oder gibt es Anzeichen der Entwarnung?

H.N.: Ich bin schon skeptisch, aber nicht aus einem verschwörungstheoretischen Grund – dass die Kommission der SSH Böses will –, sondern weil ich sehe, dass die ambitionierten Absichten der politischen Führung in der Implementierung von Horizon 2020 verwässert werden können. Darauf müssen wir aufpassen.

Vilnius

Fo: Ausgelöst von Horizon 2020 und der Kritik an der Rolle der SSH darin, ist während der litauischen EU-Präsidentschaft im September 2013 ein Kongress in Vilnius mit dem Titel „Horizons for Social Sciences and Humanities“ zustande gekommen, in dessen Vorfeld und Verlauf (gerade im Vergleich USA/Europa) offensichtlich wissenschaftspolitisch etwas äußerst Bedeutsames passiert ist. Es geht über die SSH weit hinaus, weil es ganz grundsätzlich das Verhältnis von Politik und Wissenschaft betrifft. Sie waren Präsidentin des Steering Committee. Konnte das Verhältnis von Politik und Wissenschaft im Licht der oben genannten Kritik positiv beeinflusst werden?

H.N.: Ja, an der politischen Spitze schon, aber wie gesagt, die Crux wird sein, wie all das implementiert wird. Da gilt es weiterhin aufzupassen und wachsam zu sein.

Fo: Sie betonten in Ihrer Grußadresse auch, dass das neue Programm die volle Integration der SSH in die Lösung der großen Herausforderungen in Europa vorsieht. Die Lösungen sollen durch Forschung, Entwicklung und Innovation gefunden werden. Operationalisierende Schritte zur praktischen Umsetzung dieser ambitionierten Ziele müssten erst noch stattfinden – der Kongress sei gerade der richtige Ort dafür. Die Chance bestehe, gute Vorschläge zu entwickeln und direkt in Arbeitsprogramme einfließen zu lassen. Heißt das, dass dort eher eine Werkstatt stattfinden sollte als eine übliche Konferenz mit eindrucksvollen Reden? In welchem Maße ist das gelungen?

H.N.: Wir wollten am zweiten Tag konkret in Arbeitsgruppen besprechen, was es braucht, die Sozial- und Geisteswissenschaften in die sieben Herausforderungen zu integrieren, und was der Mehrwert ist, der durch eine solche Integration stattfindet. Das hat unterschiedlich gut funktioniert, aber es war insgesamt ein sehr positives, weil konkretes Verfahren. Allerdings, es hat sich schnell gezeigt, dass ein einmaliges Zusammenkommen nicht ausreicht. Entscheidend wird sein, ob es zu den einzelnen Herausforderungen kontinuierliche Arbeitsgruppen geben wird, in denen die Integration der Sozial- und Geisteswissenschaften weiterhin ein Thema sein wird.

Fo: Sie hatten betont, dass es auch mit Hilfe des Kongresses gelingen sollte, die europäischen SSH als eine Gruppe von Forschungsfeldern zu konsolidieren, die bei aller Vielfalt und auf unterschiedlichen Ansätzen basierend, Wissen und politische Antworten generieren, die für die Zukunft der europäischen Gesellschaften höchst relevant sind. War der Kongress in Vilnius in diesem Sinne erfolgreich – und wenn ja, woran machen Sie das fest?

H.N.: Vilnius war nur ein erster Schritt. Ich glaube schon, dass es so etwas wie eine gemeinsame Identitätsbildung gegeben hat. Aber es ist zu früh, dafür konkrete Hinweise zu sehen.

Fo: Ihre Amtszeit wird mit diesem Jahresende 2013 zuende gehen; das macht etwas freier von Rücksichten des Amtes als ERC-Präsidentin – auch neigen betroffene Personen in einer solchen Phase zu Bilanzen und Selbstreflexion. Dieser Hintergrund erlaubt Ihnen noch einmal explizit einen Blick auf die Meta-Ebene europäischer Forschung und Forschungspolitik.

Wo liegen die Erfolge? – Was hat dieser Politik gefehlt? Ist diese Lücke, dieses Defizit durch die Gründung des ERC vollständig geschlossen worden?

Sie haben in einem anderen Gespräch gesagt, noch nicht erreicht sei ein struktureller Effekt in ganz Europa. Damit alle Länder gleich gut sind, müssten vor allem die Universitätsstrukturen weiter reformiert werden. Das gehe Ihnen zu langsam. Welche Reformen haben Sie damit gemeint? Könnten Sie das etwas ausführen?

H.N.: Der ERC ist eine Erfolgsgeschichte, doch das allein kann noch nicht den Erfolg der gesamten europäischen Forschungspolitik ausmachen. Die Beziehung zwischen Mitgliedstaaten und dem was die Kommission tut, tun sollte oder tun könnte, bleibt ein spannendes, aber auch spannungsgeladenes Thema. Wir sehen allerdings auch, dass verstärkt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise einige Länder in Europa an den Rand des Forschungsgeschehens gedrängt werden. Der wissenschaftliche Nachwuchs in diesen Ländern sieht für sich dann keine Zukunftschancen mehr und verlässt das Land. Das wiederum verringert noch mehr deren Absorptionsfähigkeit, also das Wissen und die Fähigkeit das, was anderswo in der Forschung, aber auch durch Innovation an Neuem hervorgebracht wird, entsprechend zu nutzen. Es gibt zwar, besonders für die neuen Mitgliedstaaten, aber nicht nur für diese, die Strukturfonds, die längerfristig einen gewissen Ausgleich schaffen sollten. Da die Verwendung der Strukturfonds jedoch den einzelnen Ländern obliegt, ist das Ergebnis für die Forschung und deren Förderung eher minimal. Die Lage der Universitäten in vielen dieser Länder ist lediglich ein Abbild der insgesamt für die Forschung, Bildung und Innovation eher tristen Verhältnisse. Anstrengungen müssen also vor allem in diesen Ländern selbst unternommen werden. Der Anstoß muss von innen kommen. Alles was wir dazu beitragen können bleibt daher ‚soft power‘ – also sanfte, informelle Maßnahmen, deren Wirkung eine Änderung herbei zu führen trotzdem nicht unterschätzt werden sollte.

Fo: Frau Nowotny, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen in den kommenden Jahren noch viele Wirkungsmöglichkeiten!

Das Gespräch auf Seiten der Zeitschrift Forschung führte Wolff-Dietrich Webler.

Leichter Zugang für Sie zur Expertise!

Bei 6 Zeitschriften im Themenfeld Wissenschaft und Hochschulen, die der UVW herausbringt, sammelt sich in kürzester Zeit eine erhebliche Expertise an.

Wir veröffentlichen 110 bis 120 Aufsätze pro Jahr. Da verlieren Leserinnen und Leser bei der Fülle schon mal leicht den Überblick. Wer weiß noch, was der Jahrgang 2010 in der Zeitschrift „Hochschulmanagement (HM)“ für Themen bereit hielt? Seit Gründung hat die Zeitschrift „Qualität in der Wissenschaft (QiW)“ bisher rd. 120 Artikel publiziert – sorgfältig (i.d.R. doppelt) begutachtet. Ähnlich auch die anderen.

Daher bieten wir die Artikel aller unserer Zeitschriften, die älter als zwei Jahre sind, *kostenlos* zum Herunterladen an.

Auf unserer Website finden Sie sie, wie unten angegeben.

Das Hochschulwesen (HSW)

<http://hochschulwesen.info/inhaltsverzeichnisse.html>

Forschung. Politik – Strategie – Management (FO)

<http://www.universitaetsverlagwebler.de/Forschung.html>

Zeitschrift für Beratung und Studium (ZBS)

<http://www.universitaetsverlagwebler.de/ZBS.html>

Qualität in der Wissenschaft (QiW)

<http://www.universitaetsverlagwebler.de/QiW.html>

Hochschulmanagement (HM)

<http://www.universitaetsverlagwebler.de/HM.html>

Personal- und Organisationsentwicklung in Einrichtungen der Lehre und Forschung (P-OE)

<http://www.universitaetsverlagwebler.de/P-OE.html>

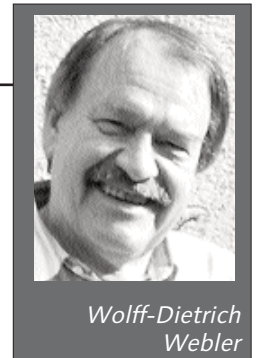
Unser Gesamtangebot an Heften, Büchern und Zeitschriften
finden Sie unter

<http://www.universitaetsverlagwebler.de>

Wolff-Dietrich Webler

200 Jahre Wissenschaftsfreiheit umsonst? 150 Jahre Verfassungsgeschichte vergessen?

Die neue EU-Wissenschaftspolitik nimmt partiell eine höchst seltsame Richtung

Wolff-Dietrich
Webler

1. Problematische Entwicklungen in der Wissenschaftsförderung der USA

In der Wissenschaftspolitik schrecken z.Z. sowohl Nachrichten aus den USA, als auch der EU auf. In den USA hat der Kongress am 21. März 2013 einen von Republikanern initiierten Gesetzentwurf passieren lassen, der verlangt, dass politikwissenschaftliche Forschung von der US National Science Foundation (NSF) nur dann gefördert werden darf, wenn sie entweder der nationalen Sicherheit oder ökonomischen Interessen dient.¹ Das politische Klima wird als sehr restriktiv beschrieben. Bei den 11-stündigen Beratungen über die „2013 omnibus spending bill“ hatte sich der republikanische US-Senator Tom Coburn (Oklahoma) dafür ausgesprochen, die Förderung der Politikwissenschaft „ganz loszuwerden“ (getting rid of political science funding altogether). Als das nicht gelang, wurden auf seinen Vorschlag die Förderbedingungen eingeschränkt, um die NSF abzuhalten from „wasting federal resources on political science projects, unless the NSF Director certifies projects are vital to national security or the economic interest of the country“. Die NSF wusste zunächst nicht, wie sie diese neuen Bedingungen operationalisieren und objektiviert in ihre Gutachterverfahren zur Vergabe ihres Jahres-Budgets von 10 Millionen US-Dollar integrieren sollte. Deshalb hat sie weitere Förderzusagen im Sommer 2013 zunächst ganz gestoppt. Mit dieser Entscheidung wird eine der Existenzgrundlagen (main financial lifelines) der politikwissenschaftlichen Forschung in den USA beseitigt.

Ein solcher Parlamentsbeschluss geht in seiner Bedeutung über die Politikwissenschaft weit hinaus, weil er ganz grundsätzlich das Verhältnis von Politik und Wissenschaft, von Staat und Wissenschaft betrifft. Schon zeigt eine Meldung, dass die Beschlüsse weiter reichen. Sie beginnt mit dem oben zitierten Sachverhalt. Aber dann folgt die Erweiterung: „The National Science Foundation (NSF) is prohibited from funding political science, except for grants identified by its director as „promoting national security or the economic interests of the United States.“ The High Quality Research Act is being drafted with the aim of guarding against „questionable projects“ at NSF. A bill was proposed that would exclude health economics research at the National Institutes of Health (NIH). Such developments provide cause for concern.“² Der US-amerikanische Kongress scheint ja mit seinen utilitaristischen und zensorischen Forderungen Wissenschaft kontrollieren zu wollen und in „erwünscht“ und „unerwünscht“ aufzuteilen. Wissenschaftshistorisch fällt

er damit ins 18. Jh. zurück (wobei Teile der US-Hochschulen sich doch so viel auf das Humboldtsche Erbe zugute halten, das ihre besten Universitäten in der 2. Hälfte des 19. Jh. und zu Beginn des 20. Jh. geprägt hat).

2. Wissenschaftsfreiheit

In einschlägigen Debatten wird sich gerne auf die Staatsvorstellungen Wilhelm von Humboldts bezogen – darauf, dass sich der Staat aus der direkten Steuerung und Kontrolle der Wissenschaft zurück ziehen solle und lediglich eine Rolle als Mäzen der Wissenschaft einnimmt (seinerzeit immer unter der Voraussetzung, dass der Staat über seine Berufungspolitik für ein staatsloyales Kollegium gesorgt hatte). Hier lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Bis zum Beginn des 19. Jh. – genau bis zum Amtsantritt Wilhelm von Humboldts als preußischer Geheimer Staatsrat und Direktor der Sektion für Kultus und Unterricht im Ministerium des Inneren 1809 – war die Förderung der Wissenschaften von einem erheblichen Utilitarismus und den jeweiligen politischen Interessen der jeweiligen Träger gekennzeichnet. Das wäre voraussichtlich auch überwiegend so geblieben, wenn nach der vernichtenden Niederlage Preußens (und seiner Verbündeten) 1806 gegen Napoleon Preußen sich nicht durch die Stein-Hardenberg'schen Reformen von Grund auf erneuert hätte. Das brachte auch Wilhelm von Humboldt in sein Amt. Er vertrat schon 1792 und legte seinem Handeln nach 1809 eine Staatsauffassung zugrunde,³ die in Kurzform lautete: Der Staat ist Kulturstaat, und als solcher tritt er als Mäzen einer unabhängigen Wissenschaft auf – in der Überzeugung, dass der Staat letztlich davon mehr profitiere als durch direkte Lenkung. So hatte er in seiner 1792 verfassten, erst später im vollständigen Text veröffentlichten Abhandlung „Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ geschrieben (immer mit dem jetzigen Handeln der EU-Kommission zu vergleichen): „Der wahre Zweck des Menschen, nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welche die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt, ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem

¹ Nature News vom 02. August 2013

² Quelle: <http://www.sciencemag.org/content/341/6147/719.summary>

³ Wilhelm von Humboldt: Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen. (Geschrieben 1792; der vollständige Text wurde erst posthum, 1851, aus dem Nachlass publiziert) Digitalisat und Volltext im Deutschen Textarchiv. Aber er hat diese Sicht naheliegender Weise bei zahlreichen Gelegenheiten vertreten.

Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerläßliche Bedingung. [...] Gerade die aus der Vereinigung Mehrerer entstehende Mannigfaltigkeit ist das höchste Gut, welches die Gesellschaft gibt, und diese Mannigfaltigkeit geht gewiß immer in dem Grade der Einmischung des Staates verloren. Es sind nicht mehr eigentlich die Mitglieder einer Nation, die mit sich in Gemeinschaft leben, sondern einzelne Untertanen, welche mit dem Staat, d. h. dem Geiste, welcher in seiner Regierung herrscht, in Verhältnis kommen, und zwar in ein Verhältnis, in welchem schon die überlegene Macht des Staats das freie Spiel der Kräfte hemmt. Gleichförmige Ursachen haben gleichförmige Wirkungen. Je mehr also der Staat mitwirkt, desto ähnlicher ist nicht bloß alles Wirkende, sondern auch alles Gewirkte. [...] Wer aber für andere so räsoniert, den hat man, und nicht mit Unrecht, in Verdacht, daß er die Menschheit mißkennt und aus Menschen Maschinen machen will."

Diese Freiheit der Wissenschaft wurde in der Verfassungsgeschichte weltweit erstmalig in der sog. Paulskirchenverfassung 1848 in Frankfurt am Main niedergelegt und erreichte Gültigkeit wiederum weltweit erstmalig in der Weimarer Verfassung von 1918.⁴

3. Und die EU-Forschungsförderung?

So dramatisch wie in den USA ist die Lage in der EU nicht. Aber die Vorgänge dort wecken größte Aufmerksamkeit für Vorgänge in der EU. Bei „Horizon 2020 – The EU Framework Programme for Research and Innovation“ handelt es sich nicht um irgendeines von mehreren parallelen Förderprogrammen, sondern um das zentrale Forschungsförderprogramm der EU. Darin sollen erstmals mehrere andere Programme integriert werden, so dass daneben kaum noch gleichartige Fördermöglichkeiten bestehen.

In der Gegenwart steht auf der Webseite des BMBF „Horizont 2020“ ein Text, der zumindest eine Reihe der oben erörterten Fragen aufwirft:

„Ab 2014 wird Horizont 2020, das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, sich an das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (FRP) anschließen. Horizont 2020 wird alle forschungs- und innovationsrelevanten Förderprogramme der Europäischen Kommission zusammenführen.“ ...

Mit einem vorgeschlagenen Budget von 80 Milliarden Euro für sieben Jahre soll „Horizont 2020“ die europäische Forschung und Innovation aus drei Blickwinkeln fördern:

- Exzellente Wissenschaftsbasis für Spitzenforschung mit rein wissenschaftlich motivierter Themenwahl,
- Industrielle Führerschaft für die Bedürfnisse der Wirtschaft zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und
- Gesellschaftliche Herausforderungen, die von der Politik zum Wohl der Menschheit identifiziert werden.

Außerdem werden die Förderinstrumente und Rahmenbedingungen an die neuen Bedürfnisse angepasst.⁵ Also handelt es sich in beiden Fällen – den USA und der EU – um einen gravierenden Vorgang staatlicher Lenkung von Forschung durch Programmförderung und

Themenauswahl durch die Politik. Hier kommt es entscheidend auf die Ausgestaltung an, sonst wird die Doppelfrage aufgeworfen:

200 Jahre Wissenschaftsfreiheit umsonst? 150 Jahre Verfassungsgeschichte vergessen?

Um die Wissenschaftsfreiheit zu bewahren und dem Wohl der Menschheit zu dienen, muss *der erste „Blickwinkel“* so stark finanziell ausgestattet sein, dass individuelle Projekte auch von der Förderquote her eine Chance haben, die Förderung zu erreichen. Dieser Punkt in Horizon 2020 klingt gegenwärtig wie eine Garantie, dass solche US-Vorgänge, wie oben skizziert, in der EU ausgeschlossen sind. Trotzdem wird auch dazu etwas anzumerken sein.

Der zweite „Blickwinkel“ spiegelt die unumwundene Absicht, die Wirtschaft zu unterstützen – wogegen wenig einzuwenden ist, denn eine florierende Wirtschaft nützt allen – wenn auch unterschiedlich viel. Wachsende Steuereinnahmen können allerdings auch nicht über den permanenten Systemfehler hinwegtäuschen, dass öffentliche Steuermittel zu einem hohen Anteil in private Gewinne Weniger investiert werden.

Der dritte „Blickwinkel“ jedoch löst – besonders auf dem Hintergrund der Vorgänge in den USA – größte Aufmerksamkeit aus: „Gesellschaftliche Herausforderungen, die von der Politik zum Wohl der Menschheit identifiziert werden“. Zwei Aspekte sind in diesem Zusammenhang problematisch, aber als Probleme lösbar: Einerseits handelt es sich um eine thematisch definierte Programmförderung. Und andererseits wählt die Politik die Themenfelder aus. Dies ist – je nach Ausgestaltung – der gravierendste Punkt. Gleich vorab: Die Rolle „der Politik“ im dritten „Blickwinkel“ muss bei einem derart umfangreichen, bedeutungsvollen Programm mit seiner Steuerungswirkung für erhebliche Teile der Wissenschaft schon aus Gründen demokratischer Legitimation auf die Vertretung dieser Gesellschaft übertragen werden, also das Parlament und seine Ausschüsse, nicht auf die Ministerien (die aber im parlamentarischen Verfahren durch Vorlagen u.ä. durchaus mitwirken) – das ganze angeleitet durch die Empfehlungen eines unabhängigen Sachverständigenrates. Solange das nicht gewährleistet ist, sollten die Entwicklungen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Die Programmförderung, also die Forschungsförderung „zum Wohl der Menschheit“ auf besondere Themenfelder zu lenken, ist zunächst einmal zu begrüßen, wenn der traditionelle Weg, die Summe neugiergeleiteter, individuell betriebener Wissenschaft die gewünschten und gesellschaftlich notwendigen Effekte nicht erreicht. Sie kann jedoch deshalb problematisch sein, weil Programmförderung unter bestimmten Umständen die Wissenschaftsfreiheit einschränken oder faktisch sogar beseitigen kann. Als in den 1970er Jahren in Deutschland

⁴ Bis zum Jahr 20010 erreichte sie erst in 16 der EU-Mitgliedsstaaten Verfassungsrang, kann also keineswegs als selbstverständlich gelten. Um so wichtiger ist es, auf Entwicklungen auf diesem Feld politisch sensibel zu reagieren.

⁵ Quelle: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/horizont2020.htm>, Aufruf am 04.11.2013; bewilligt wurden 70 Mrd. €.

die Programmförderung verstärkt eingeführt wurde, war sie als Bruch der Wissenschaftsfreiheit gedeutet und heftig kritisiert worden. Auf dem Hintergrund der Tatsache allerdings, dass Wissenschaft dem Wohl der Menschen verpflichtet ist (nicht unbedingt bestimmten Staaten oder bestimmten Gesellschaften), besteht offensichtlich ein Koordinationsbedürfnis zwischen der Freiheit und der Verpflichtung. In Deutschland wurde das auf zwei Wegen gelöst:

1.) durch Einrichtung bzw. Beibehaltung der Förderung von Einzelvorhaben außerhalb der Förderprogramme allein nach innerwissenschaftlichen Kriterien (das nicht zufällig so genannte „Normalverfahren“ der DFG) wobei seine Funktionsfähigkeit als Normalverfahren auch eine Frage des real verfügbaren Fördervolumens (letztlich der Förderquote) ist, also – nicht zuletzt aufgrund dieser Kritik – ausreichender Möglichkeiten, Einzelvorhaben auch durchzuführen. Die in den Händen des ERC liegenden Verfahren und ihre Entscheidungswege gewährleisten dies gegenwärtig.

2.) Die Themenfindung für die Programme fand zunächst nicht durch die Politik, sondern durch die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates statt (ähnlich dem seit 1963 bestehenden Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), dessen Aufgabe es war, gesellschaftlich notwendige, aber wissenschaftlich vernachlässigte Themenfelder zu identifizieren und zur Förderung im Wege der Programmförderung zu empfehlen. Für den Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung galten Regeln, die sich auf die Wissenschaft: übertragen lassen. Der gesetzliche Auftrag in dem entsprechenden Errichtungsgesetz lautete:⁶

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

Die Mitglieder mussten für größtmögliche Unabhängigkeit besondere Merkmale erfüllen:

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch

dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

Bei der Themenbreite der Wissenschaften insgesamt ist ein solches Beratungsgremium sicherlich auf Untergliederungen angewiesen, aber das sind lösbare Details.

4. Fazit

Die Komplementarität zwischen der Individualförderung selbst gewählter Forschungsthemen und der Programmförderung scheint geeignet, die Wissenschaftsfreiheit zu wahren und die Spannung zwischen Freiheit und Verantwortung in der Balance zu halten. Allerdings muss die Themenwahl auch in der Programmförderung durch Experten fundiert und demokratisch legitimiert sein, um die Wissenschaftsfreiheit nicht zu verletzen. Die Vorgänge in den USA zeigen – und lassen für die EU vermuten – dass die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit besonders sorgfältig beobachtet und ggfls. entschlossen verteidigt werden muss. Sie ist immer neu gefährdet.

⁶ Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SachvRatG) v. 14.08.1963; Quelle: <http://www.gesetze-im-internet.de/sachvratg/BJNR006850963.html>

■ **Wolff-Dietrich Webler**, Prof. Prof. h.c. Dr., ehem. Professor of Higher Education, University of Bergen/Norway, Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB), E-Mail: webler@iwbb.de

im Verlagsprogramm erhältlich:

Reihe
Hochschulmanagement:
Praxisanregungen

**Christina Reinhardt/Renate Kerbst/Max Dorando (Hg.):
Coaching und Beratung an Hochschulen**

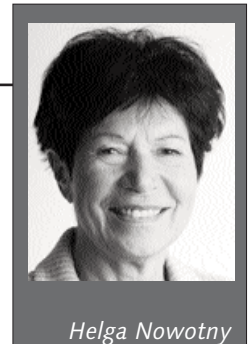
ISBN 3-937026-48-7, Bielefeld 2006, 144 Seiten, 19.80 Euro

Erhältlich im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – nicht überall im Versandbuchhandel (z.B. nicht bei Amazon).
Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Helga Nowotny

Shifting horizons for Europe's social sciences and humanities

In the US, the social sciences and humanities are under attack. In Europe, they have a brighter future



Helga Nowotny

In March this year, the US Congress voted to eliminate most funding for political science from the budget of the National Science Foundation (NSF), unless it can be proved that each grant benefits national security or economic interests. Since then, a leaked draft of the new US High Quality Research Act, has sparked controversy across the research community that Congress is trying to interfere with the scientific grant process. These incidents highlight the dangers of political influence over funding decisions, and the particular vulnerability of the social sciences and humanities.

It is always tempting for policymakers to focus on short-term economic impact, but most would agree that it is the role of government to fund basic research. Paradoxically, it was the US that established this policy, by setting up the National Science Foundation after the second world war. Its success was based on keeping out political interference. This was widely emulated in Europe. In the UK, the Haldane Principle stipulates that while government sets the overall science budget, funding decisions are left to experts, who decide autonomously. Other countries in Europe have similar provisions. History has shown that, under the right conditions, bottom-up, curiosity-driven basic research in the natural sciences leads to breakthroughs, including new technologies, markets and even jobs.

The public image of the social sciences and humanities is, however, far more confused. They are often cast as deficient, for not leading to discoveries as spectacular as the internet, the laser, GPS or new therapeutics. Such utilitarian reasoning is short-sighted and rests on a fallacy. The social sciences and humanities produce knowledge and insights about our societies and our past, our complex relations to each other and to our environment. They are crucial to building, understanding and improving those institutions that are the backbone of democracy. They enrich our understanding of how modern economies function or, as during the recent financial crisis, how and why they fail. They critically reflect on the consequences of industrialisation, urbanisation and population growth. They provide the intellectual power to respond to some of the most pressing challenges facing our world.

In a recent op-ed in the New York Times, Nicholas Christakis mocked the social sciences for their lack of institutional innovation. We don't have to fully buy his argument: the institutionalisation of research is often ar-

bitrary across all fields of academia, including the natural sciences. But his article points to a broader issue: we in the social sciences and humanities are now used to the self-perception of being inherently fragmented. There is no doubt that scholarly diversity is an asset in itself; but only if it builds on common ground. We have somehow lost sight of this common ground, this mutual understanding.

What do I mean by „common ground“? Let me offer as an example the work of the European Research Council (ERC), which I lead. The ERC funds, solely on the basis of excellence, the best research projects in all fields of research. The ERC's 25 evaluation panels, each of which is interdisciplinary, make the ultimate funding decisions. These panels are composed of internationally renowned scientists and scholars, who are explicitly asked to disregard academic boundaries and to concentrate on finding the best proposals, no matter which discipline they may „belong“ to. As a result, in its short life, the ERC has become the flagship of excellence in the European research area, and provides a unique forum for scholars and scientists to get to know and work in and with complementary fields.

In the ERC, projects in the social sciences and humanities are treated exactly like those in our other domains: physics and engineering, and life sciences. Around 17% of the ERC's total budget goes to the social sciences and humanities. These funds are directed towards a wide array of cutting-edge projects; from economics, public policy, psychology and linguistics, to history, archaeology and art-based research. The UK currently holds the number one position in funding terms within the social sciences and humanities domain, from our pan-European ERC competitions.

Under its new EU research programme, Horizon 2020, the importance of the social sciences and humanities has been formally recognised. Horizon 2020 has a number of innovative features – one of which is „to work beyond the 'silos' of different disciplines“, in the words of EU Commissioner Máire Geoghegan-Quinn. More than €28bn is being allocated to tackle societal challenges, including energy efficiency, climate change, health, ageing, security, privacy issues and digitisation.

It is obvious that the social science and humanities have a lot to contribute to each of these agendas, and the EU's integrative approach is laudable. It recognises the reciprocity of technological innovation and societal ad-

vancement: the more we strive for scientific and technological innovation, the more social innovation is needed. Science and democracy are never completely free of tension, but the social sciences and humanities can help to further mutual understanding on both sides. What's more, these fields are the lynchpin for public engagement with science.

The Horizon 2020 programme reflects a strikingly different approach to developments across the Atlantic. In the United States, the social sciences and humanities are under attack. In Europe, we are committed to integrating the natural sciences, engineering, and social sciences and humanities, aiming to foster better, more valuable research.

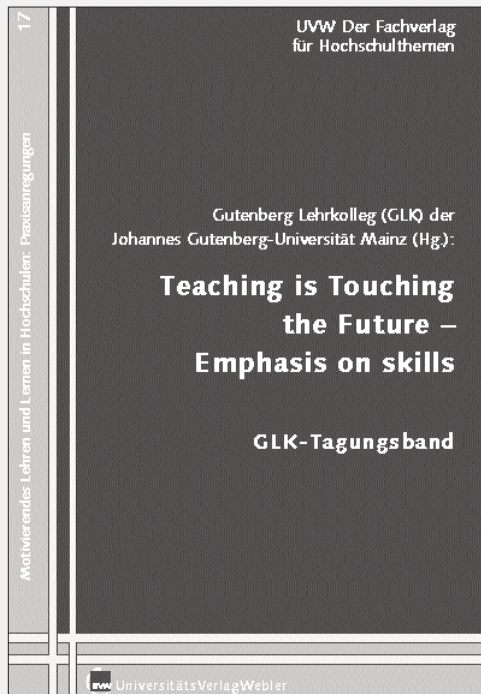
Lithuania, which currently holds the EU presidency, is hosting an important conference on Monday and Tues-

day about „Horizons for Social Sciences and Humanities“. This meeting in Vilnius will be a next step in defining the ecosystem in which the social sciences and humanities can flourish – for the benefit of Europe as a whole, and for all its citizens.

■ **Helga Nowotny**, president of the European Research Council and professor emerita of social studies of science at ETH Zurich (Swiss Federal Institute of Technology).

demnächst im UVW erhältlich :

**Gutenberg Lehrkolleg der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hg.):
Teaching is Touching the Future – Emphasis on Skills
GLK-Tagungsband**



Am 29. und 30. November 2012 veranstaltete das Gutenberg Lehrkolleg der Johannes Gutenberg-Universität Mainz die internationale Tagung „Teaching is Touching the Future – Emphasis on Skills“.

Im Rahmen dieser Tagung wurde die Neuorientierung der akademischen Lehr- und Lernformen an deutschen Hochschulen diskutiert, bei der die Lernerzentrierung in den Fokus rückt.

Mit Vorträgen und Postern wurden Forschungsergebnisse und Umsetzungsbeispiele zum „shift from teaching to learning“ vorgestellt und fachspezifisch wie fachübergreifend erörtert.

Der vorliegende Sammelband beinhaltet die Tagungsbeiträge in schriftlicher Form. Zu Themen wie Kompetenzmessung/-modellierung, Kompetenzen der Lehrenden, Kompetenzorientiertes Prüfen oder Vermittlung von Schlüsselqualifikationen/überfachliche Kompetenzentwicklung werden verschiedene Ansätze einer Kompetenzorientierung im Kontext von Studien- und Lehrveranstaltungsplanung präsentiert.

Auch werden neue Herausforderungen deutlich, die sich durch die notwendige Abstimmung von Lernzielen, Lehr- und Lernmethoden sowie Prüfungsformen ergeben.

Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen

Bielefeld 2013, ISBN 13: 978-3-937026-85-5, 435 Seiten

Erhältlich nur im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – nicht im Versandbuchhandel (z.B. Amazon).

Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Fo-Gespräch mit Jutta Allmendinger, Dagmar Simon und Julia Stamm

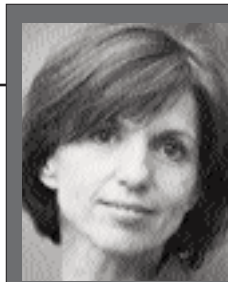
Zur Konferenz in Vilnius über die europäische Tagung zu den Perspektiven der Sozial- und Geisteswissenschaften (SSH) in der europäischen Förderpolitik

Die europäische Wissenschaftspolitik musste sich bis zur Gründung des European Research Council (ERC) den Vorwurf gefallen lassen, relativ einseitig Industrieforschung zu finanzieren. Sie versetzt außerdem die Sozial-, aber vor allem die Geisteswissenschaften immer wieder in Aufruhr. Ich erinnere an die Art, wie der European Reference Index for the Humanities (ERIH) aufgebaut werden sollte, die auf Seiten der EU doch einigen Sachverstand vermissen ließ. 2009 haben ja dann 56 überwiegend geisteswissenschaftliche Zeitschriften in einer aufsehenerregenden Erklärung gegen die Art des Aufbaus des ERIH protestiert. (Gleichzeitig war es ein eindrucksvolles Beispiel der Organisationsfähigkeit dieses Sektors). Nun hat ein neues, schwieriges Kapitel begonnen.

Der zugrunde liegende Konflikt und seine wissenschaftspolitische Bedeutung

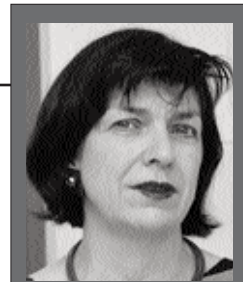
Forschung (Fo): Wir haben einen neuen, womöglich deutlich gravierenderen Fall in der europäischen Wissenschaftspolitik vor uns. Es geht um die Stellung der Sozial- und Geisteswissenschaften in der Förderpolitik der EU. In den Verlautbarungen der EU-Kommission im Zusammenhang mit Forschung und Innovation wird der Verdacht genährt, die gesamte Art der Förderung der SSH (bis auf eine Förderung im Umkreis „Exzellente Wissenschaft“, deren Förderpraxis vom ERC gesteuert wird) instrumentalisieren die SSH und reduziere sie auf eine Funktion als legitimierendes und integrierendes „Schmiermittel“ für die effektivere und effizientere Erzeugung von industrierelevanten Erkenntnissen und marktfähigen Produkten. Mehrere Textpassagen legen eine solche Auslegung nahe. Die überwiegende Widmung der Mittel für die Unterstützung der Wirtschaft nährt bei einigen Skeptikern sogar den Eindruck, in der EU breche die alte Gleichung Wissenschaftspolitik = Wirtschaftspolitik bzw. direkte Wirtschaftsförderung aus der Frühzeit der EWG wieder durch. Ist da etwas dran?

Dagmar Simon: Eigentlich hat diese Gleichung nie ihre Gültigkeit verloren. Sie wurde lediglich um einige Elemente ergänzt, um die Legitimation der Europäischen Kommission zu erhöhen. Die F&T-Politik der 1980er Jahre mit den Programmen ESPRIT, BRITE und schließlich den Forschungsrahmenprogrammen hatte ihren Ur-

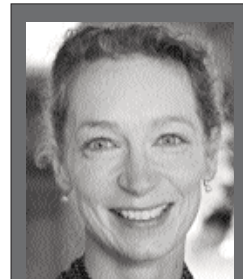


Jutta Allmendinger

Foto: David Ausserhofer



Dagmar Simon



Julia Stamm

sprung in der industriellen Unternehmensförderung; man sprach von so genannten *technology-push*-Modellen, um die zweite Technologische Lücke zu füllen. Sukzessive reagierten die Forschungsrahmenprogramme dann auf jeweils spezifische Herausforderungen der Europäischen Union. So führte die EU-Erweiterung dazu, dass in den Rahmenprogrammen immer mindestens drei Partner aus drei unterschiedlichen EU Staaten zusammengebracht werden mussten – im günstigsten Fall Partner aus strukturschwachen Ländern, um deren öffentliche Forschung und private Entwicklung zu fördern. Die Unterstützung von Geistes- und Sozialwissenschaften könnte in dieser Lesart auch als Antwort auf die Governance-Krise der EU-Kommission von 2000 gedeutet werden.

Fo: Kritisiert wird, dass die SSH nicht als solche gefördert werden. Soweit ich gesehen habe, bezieht sich keine der zahlreichen nationalen und europäischen Stellungnahmen im Vorfeld des Kongresses auf die Rolle der Sozial- und Geisteswissenschaften – bis auf die Stellungnahme der Union der deutschen Akademien der Wissenschaft, die vor einer Verkürzung des Denkens und dem Kurzschluss gewarnt hat, Forschungsförderung allein mit Erwartungen an unmittelbaren Nutzen zu verbinden und die Rolle der Grundlagenforschung als Fundament der Anwendung zu unterschätzen.

Dagmar Simon: Richtig. Aber selbst die Akademiekritik ist in dreierlei Hinsicht zu kurz gedacht. Erstens kann man nicht einfach sagen, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften als solche weniger anwendungs- oder Transfer-affin sind, das deckt sich nicht mit der Realität. In den Geistes- und Sozialwissenschaften finden wir sehr unterschiedliche Erkenntnisinteressen und Forschungsorientierungen. Zweitens liegt ein lineares Innovationsverständnis vor, das längst überholt ist: Es gibt keine

klare Abfolge Grundlagenforschung, Anwendung, Applikation und gesellschaftliche Diffusion. Rekursive Prozesse überwiegen. Grundlagenforscher und Praktiker arbeiten zu unterschiedlichen Zeitpunkten eines Erkenntnis- und Umsetzungsprozesses zusammen. Und natürlich stellt sich ganz grundlegend auch die Frage, weshalb eine rein erkenntnisorientierte Forschung nicht auch ihre Berechtigung haben sollte. Der ERC hatte dieses Problem intelligent gelöst und den Begriff der Grundlagenforschung – Grundlagen für Anwendung – einfach getilgt und durch frontier research ersetzt. Wer den Pionieren in der Erkundung der noch nicht erschlossenen Grenzbereichen folgt, bleibt erst einmal funktional unspezifisch. Bei Horizon 2020 wird dieses Problem dagegen nicht gelöst – auch nicht dadurch, dass SSH nun ihren eigenen kleinen Topf bekommen. Ich sehe das als einen Akt weiterer Instrumentalisierung.

Fo: In der Vilnius-Abschlussdeklaration ist für mich auf diesem Hintergrund auffallend, dass dort gleich in der Präambel ausdrücklich betont wird: „The effective integration of SSH requires that they are valued, researched and taught in their own right as well as in partnership with other disciplinary approaches.“ Ist diese Gefahr der Instrumentalisierung aus Ihrer Sicht zutreffend? Woran macht sich bei Ihnen ein evtl. Verdacht fest?

Jutta Allmendinger: Die Wortwahl verdeutlicht ein Problem. Man muss offenbar betonen, dass man SSH zu schätzen hat, dass SSH eigene Forschungsfragen hat, die es wert sind, auch weitergegeben zu werden. Man kann das ja so lesen: „Hier ist meine Oma. Die hört und sieht zwar nicht mehr gut, will aber dennoch geschätzt werden. Bitte, integriert sie doch.“ Könnte man sich einen solchen protektiv-paternalistischen Satz für STEM vorstellen?

Fo: Im Entwurf des Förderprogramms „Horizon 2020 – Das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020)“ sind als Felder der Forschungsförderung 7 Herausforderungen genannt („Challenges“). Die 6. bezieht sich direkt auf den Gegenstand der Sozial- und Geisteswissenschaften und lautet: „Europe in a changing world – inclusive, innovative and reflective societies“. Für alle 7 Herausforderungen gilt, dass es zu Vernetzungen unter den und mit den SSH kommen muss. Bei der dazu erforderlichen interdisziplinären Zusammenarbeit sehen Sie ernste Schwierigkeiten.

Jutta Allmendinger: Das ist richtig. Im Moment wird ja eher nebeneinander her geforscht. Dabei wissen wir alle, dass viele Durchbrüche erst dann erfolgen, wenn sich die Disziplinen ernsthaft miteinander beschäftigen und Grundkenntnisse des jeweils anderen Fachs erwerben. Hierfür geben wir weder ausreichenden Raum noch Zeit. Die Graduiertenausbildung ist monodisziplinär. Um in der Wissenschaft zu überleben, braucht man Publikationen in hoch eingestuftten Zeitschriften. Auch diese sind monodisziplinär. Nach der Dissertation ist es nicht anders. Wenn man Interdisziplinarität bei so wichtigen Ausschreibungen fordert, geht man den zweiten Schritt vor dem ersten. Das finde ich falsch. Ich bezweifle

auch, dass sich dadurch etwas an unserer Grundkultur ändert.

Fo: Mit der Einladung der EU-Kommission an die SSH, sich in die anderen Disziplinen einzubringen, stellt sich – vielleicht von der Kommission unbeabsichtigt – für mich auch die Frage der Einflussnahme auf die gesellschaftliche Verantwortung der Natur- und Technikwissenschaftler als wichtige Querverbindung.

Dagmar Simon: Dies ist von der EU-Kommission gewiss nicht unbeabsichtigt. Die sozialwissenschaftliche Begleitforschung wurde stärker als in nationalen Settings, relativ früh in die Rahmenprogramme mit eingeschrieben. Auch ihre Ausrichtung an sozioökonomischen und technologischen Herausforderungen ist hierbei nichts Neues. Bereits im dritten Rahmenprogramm wurden die neuen Fragen der IKT, Energie, Werkstofftechnologien, Biotechnologien und Umweltschutz durch sozialwissenschaftliche Forschungen begleitet. Im Rahmenprogramm zog sich das Thema Umwelt und Lebensqualität wie ein roter Faden durch alle Programme. Im fünften Rahmenprogramm sollte nicht mehr disziplinen- sondern problemorientiert geforscht werden, und im sechsten Rahmenprogramm gab es eine Rückbesinnung auf exzellente und selbstbestimmte Wissenschaft. Meines Erachtens ist angesichts der gewaltigen gesellschaftlichen Herausforderungen eine gemeinsame Verantwortung der Natur- und Technikwissenschaften und der SSH für Forschungsvorhaben keine abwegige Idee. Abwegig ist nur die Art der Umsetzung.

Fo: Um diesen Einfluss geltend zu machen und dieses Vorhaben auf den Weg zu bringen, brauchen wir auch die Bereitschaft zu interdisziplinärer Zusammenarbeit im Verbund mit anderen Disziplinen innerhalb der SSH und der Natur- und Technikwissenschaften.

Jutta Allmendinger: Natürlich. Aber nochmals: Bereitschaft und Können sind zwei unterschiedliche Dinge. Wir haben doch keine Ahnung voneinander. In Deutschland gibt es einen einzigen Studiengang, in dem man Arts and Sciences belegen kann; er wird in Freiburg angeboten. In anderen europäischen Ländern ist die Lage auch nicht sehr viel besser. Wir müssen ein Studium generale einführen und auch in der Bachelor- und Postdocphase viel entschiedener interdisziplinär ansetzen.

Fo: Die Sozial- und Geisteswissenschaften werden also im Rahmen von Horizon 2020 eingeladen, sich in Querschnittsprojekten mit den übrigen Themengebieten des Förderprogramms zu befassen. Das ist nur zu begrüßen, wird allerdings innerhalb der Disziplinen neue Debatten um den Anwendungsbezug der SSH auslösen. Denn auch für die disziplinenpolitische Entwicklung innerhalb der SSH sind die Vorgänge um Horizon 2020 für das Selbstverständnis der Sozial- und Geisteswissenschaften von fundamentaler Bedeutung. Da brechen eine Menge alte Konflikte wieder auf (z.B. über die Grundlagen- vs. Anwendungsorientierung) aber sie werden sich voraussichtlich nicht mehr verdrängen lassen. (Ich erinnere mich lebhaft an die heftige Ablehnung, die die Forde-

rung im deutschen Hochschulrahmengesetz von 1976 (§ 7) bei manchen Geisteswissenschaften ausgelöst hatte, dass alle Studiengänge (zwar nicht auf einen Beruf, aber) auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten sollen – obwohl sich alle Absolvent/innen unstreitig davon ernähren müssen.) Mit welchen Reaktionen rechnen Sie bei dieser Ausrichtung der europäischen Förderprogramme?

Dagmar Simon: Die Förderausrichtung von Horizon 2020 ist vor allem als Teilantwort auf die Bewältigung der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise zu deuten. Sie verleiht Legitimation für mehr Anwendungsorientierung. Die Diskussionen über Grundlagen- und Anwendungsorientierung, Wissenstransfer etc. werden sowieso in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen geführt, was meines Erachtens auch notwendig ist, um nicht selber bestimmte Vorurteile immer wieder zu reproduzieren. Beispielsweise wissen wir aus verschiedenen Untersuchungen, dass Sozialwissenschaftler, die sich durchaus als Grundlagenforscher verstehen, viele Beratungsaufgaben in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wahrnehmen und diese unterschiedlichen Aufgaben gut miteinander in Einklang bringen können. Nur taucht dies im offiziellen Diskurs selten auf.

Fo: Die Soziologie hat ja auch eigene Erfahrungen. Sei es der wissenschaftstheoretisch ergiebige Streit um die Aktionsforschung in den 1970er und 1980er Jahren, sei es Mitte der 1970er Jahre der Konflikt zwischen der DGS und den im Beruf außerhalb von Hochschulen stehenden Soziologen, der mit der Gründung des eigenen Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen (BDS) endete. Ich habe das seinerzeit außerordentlich bedauert (und als Niederlage der Integrationskräfte empfunden), dass die DGS dieser wachsenden Gruppe keinen attraktiven Platz innerhalb der DGS anbieten wollte, weil es dem damaligen mehrheitlichen Wissenschaftsverständnis der DGS kein gutes Zeugnis ausstellte und den wissenschaftlichen und politischen Einfluss der Soziologie in Deutschland eher geschwächt als gestärkt hat. Ich weiß nicht, wie Sie als ehemalige Vorsitzende der DGS diesen Vorgang sehen, der allerdings lange vor Ihrer Amtszeit lag.

Jutta Allmendinger: Ich habe Ihr Bedauern immer geteilt, konnte da aber nichts mehr ändern. Wir könnten viel voneinander lernen und profitieren. Und die gesellschaftliche Reputation des Fachs gemeinsam erhöhen.

Fo: Trotz des begrüßenswerten Ansatzes auf Ebene der EU, die SSH einzuladen, sich in Querschnittsprojekten mit den übrigen Themengebieten des Förderprogramms zu befassen, besteht aber auf der anderen Seite der Verdacht, dass hier implizit externe Kritik an den SSH als *l'art pour l'art* geübt wird – als eine Gruppe von Wissenschaften, die sich selbstgenügsam um sich selbst dreht und ihre Mitverantwortung für die künftige Gestaltung der Gesellschaften (z.T. durch Analyse der Vergangenheit und Schlussfolgerungen für die Zukunft) angeblich aus den Augen verloren hat.

Dagmar Simon: Dieser Verdacht ist durchaus berechtigt und sollte der EU-Kommission kritisch entgegen gehalten werden. Gegen eine Beteiligung an Querschnittsprojekten spricht an und für sich nichts, es erinnert etwas an das „rent a social scientist“ in vergangenen Jahren; dann werden die an die technologisch ausgerichteten Projekte schneller bewilligt. Es spricht aber viel dagegen, die SSH auf diese Rolle zu reduzieren. Sie haben viel zur künftigen Gestaltung von Gesellschaften zu sagen, und zwar durchaus auch eigenständig und nicht nur als add-on. Es ist allerdings manchmal auch ein Problem, wie sich Sozial- und Geisteswissenschaften in der Öffentlichkeit präsentieren, dies lädt dann durchaus dazu ein, ihnen Selbstreferenzialität zu unterstellen.

Vorbereitung und Struktur des Kongresses

Fo: An dem o.g. Verdacht und dem für die Aufgabe – wenn ernstgenommen – viel zu kleinen Anteil am Gesamtbudget des Programms hat sich nach Vorlage des Entwurfs der EU-Kommission im November 2011 – wenn ich das richtig verfolgt habe – Kritik der Mitglieder der SSH in Europa entzündet. Sie hat letztlich dazu geführt, dass im September 2013 während der EU-Präsidenschaft Litauens in deren Hauptstadt Vilnius der Kongress zu den „Horizons for Social Sciences and Humanities“ stattgefunden hat. Wie die Anspielung im Kongresstitel zeigt („Horizons for...“), beschäftigte sich der Kongress mit den Implikationen des Entwurfs der Europäischen Kommission zu dem neuen Forschungsförderprogramm „Horizon 2020“ und verabschiedete eine „Vilnius Declaration“ (s. Extra-Text). Die Initiatoren und Gastgeber waren Kollegen aus der Mykolas Romeris Universität in Vilnius. Was genau war der Auslöser, der letztlich so viel in Bewegung gesetzt hat?

Julia Stamm: Die heftige öffentliche Kritik entzündete sich am ersten öffentlichen Entwurf von Horizon 2020. Einerseits vermisste man dort eine sprachlich ausgereifte Einbindung der Social Sciences und Humanities (SSH). Die Geisteswissenschaften wurden beispielsweise überhaupt nicht erwähnt und unter den Sozialwissenschaften subsumiert. Andererseits fürchtete man um die Themenführerschaft der SSH – durch die Abwesenheit einer eigenständigen Schiene für SSH und das gleichzeitige „Mainstreaming“ in den damals noch sechs avisierten „Societal Challenges“. Zwar versammelte die damalige sechste Herausforderung dem Titel nach klassische SSH-Themen, die jedoch mit den sehr technologisch und industriell fokussierten Sicherheitsfragen in einen Topf geworfen wurden. Es entstand also der Eindruck von Challenge sechs als einer Art willkürlich zusammengestellter Dropbox. Inzwischen wurden die security studies and technologies in eine eigene Challenge ausgelagert. Der Eindruck von Challenge sechs als einer Dropbox konnte dennoch bislang leider nicht ausgeräumt werden.

Die Vilnius-Konferenz geht auf eine Initiative von Ruta Petrauskaitė und Eugenijus Butkus zurück, die damals beide im Vorsitz des Litauischen Forschungsrats saßen. Litauen, das in der zweiten Jahreshälfte 2013 die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, pflegt eine ganz besondere Tradition zum Studium der eigenen Kultur und

Sprache und weiß um die Bedeutung – und um die Lösungspotentiale von Forschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Erste Gespräche über eine mögliche Konferenz im Rahmen der Präsidentschaft fanden bereits im Frühling 2012 statt, die Kontaktaufnahme zu Helga Nowotny erfolgte kurz darauf.

Fo: Der Kongress ist von rund 400 Teilnehmern aus Wissenschaft und Praxis besucht worden. Wer hat sich da angesprochen gefühlt und im Namen der SSH zusammengefunden? Wie kam die Zusammensetzung der Teilnehmer zustande?

Julia Stamm: Das Publikum war äußerst divers, resultierend aus einer weiten Verbreitung der Einladung zur Konferenz. Anwesend war VertreterInnen von Dachverbänden, Research Councils, Universitätsadministratoren, private Förderinstitutionen, EU-Förderprogramme und Schnittstellen, aber auch viele Forscherinnen und Forscher, die sich für Forschungsprojekte auf EU-Ebene interessieren. Die Mehrheit der anwesenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten einen SSH-Hintergrund, aber erfreulicherweise waren auch Vertreter anderer Wissenschaftsdisziplinen und interdisziplinärer Forschung vertreten.

Fo: Was hat derartig viele Teilnehmer/innen im Besonderen veranlasst, anzureisen? Wollte man sich mehr informieren (die klassische Tagungsattitude) oder eher etwas bewegen? Meinem Eindruck von der Motivation der Kongressteilnehmer/innen nach handelte es sich zu einem guten Teil um eine Arbeitskonferenz mit der Absicht, über eine angemessene Reaktion der Sozial- und Geisteswissenschaften auf die Pläne der EU-Kommission zur Wissenschaftsförderpolitik bis 2020 zu beraten und schon mal probeweise Beiträge der SSH zu den Feldern gesellschaftlicher Herausforderungen zu entwerfen. Ist das zutreffend oder was waren die Gründe der Teilnehmer/innen?

Julia Stamm: Viele wollten sich zunächst informieren. Steht es tatsächlich so schlecht um die Geistes- und Sozialwissenschaften in Horizon 2020? Gibt es noch Möglichkeiten, die Forschungsprogramme zu verändern? Und dann war es für die Community sicher auch wichtig zu sehen, ob und wo es bereits Aktivitäten gibt, wo noch Handlungsbedarf und -spielraum besteht. Verständlicherweise waren einige Teilnehmer enttäuscht, als sie verstanden, dass die ersten Arbeitsprogramme kaum noch umgeschrieben werden konnten, da diese kurz vor der Veröffentlichung stehen. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass das Engagement in Vorbereitung der nächsten Programme ab 2015 umso wichtiger ist. Hier braucht es gute Vorbereitung und starke Stimmen aus der Community.

Fo: Man hätte den Titel „Horizons for Social Sciences and Humanities“ auch so verstehen können, dass es nicht um den Beitrag dieser Disziplinen zur Entwicklung der europäischen Gesellschaften gegangen wäre, sondern um die auskömmliche Zukunft dieser Wissenschaften selbst – also gerade dasjenige isolatorische Verständnis, das den SSH häufig vorgeworfen wird.

Jutta Allmendinger: Diese Lesart ist mir fremd. Man muss schon sehen, dass die anderen challenges ja mit wesentlich größerer Intensität vorbereitet wurden. Schauen Sie nur die Anzahl der vorbereitenden Papiere an. Ich habe es als einen Art nachholenden Akt verstanden: Jetzt, wo das meiste eingetütet ist, widmen wir uns auch euch. Das macht es nicht besser, hat aber nur wenig mit einer aktiven Isolation der SSH zu tun.

Fo: Der Auslöser für den Kongress war das eine. Seine Ziele waren das andere. Welche strategischen Ziele wurden mit der Konferenz verfolgt?

Julia Stamm: Es waren in der Tat verschiedene Ziele, die von den Initiatoren und dem Steering Committee verfolgt wurden: Zunächst sollte sie als breite Plattform für das Aufeinandertreffen und den Austausch von unterschiedlichen Interessen und Personengruppen dienen und Sichtbarkeit auf hohem und pan-europäischem Level erzeugen. Dann wollte sie das Engagement von EU-Kommission und Policy-Verantwortlichen testen, man wollte sehen, was bloße Rhetorik und was tatsächliche Überzeugung und Aktion sind. Will man die aufgebrachte Community nur beruhigen, oder geht es tatsächlich um eine tief greifende Veränderung des problemorientierten Forschungsapparats, um die Förderung genuin interdisziplinärer Forschung? Und schließlich sollten die unterschiedlichen SSH-Communities an einen Tisch gebracht werden und eventuell auch für neue, noch unbetretene Wege öffnen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich bei „den SSH“ ja zunächst auch nur um ein wissenschaftspolitisches Konstrukt handelt und es „die eine“ Community gar nicht gibt. Umso wichtiger ist es hier, Gräben zu überwinden, Befindlichkeiten hinter sich zu lassen, Synergien zu entwickeln und mit einer starken Stimme gemeinsam aufzutreten.

Fo: Frau Allmendinger, Sie jetzt mal in eigener Sache befragt: die Zusammensetzung des Steering Committee – dem Sie angehört haben – mit seinen 16 Mitgliedern aus 12 Ländern unter Vorsitz von Helga Nowotny, der Präsidentin des Europäischen Forschungsrates, spiegelte eine eindrucksvolle wissenschaftliche Prominenz in den Persönlichkeiten, denn das war nicht nur eine bunte Vielfalt der Herkunftsländer, sondern exzellente wissenschaftliche Repräsentanz und breite internationale Erfahrung, die jedes Mitglied mitbrachte. Wie hat dieses Komitee gearbeitet und was war neu im Konzept des Kongresses?

Jutta Allmendinger: Die Konferenz war als Arbeitskonferenz angelegt, an deren Ende sicht- und greifbare Ergebnisse stehen sollten. Dies sind zum einen eine Deklaration, die sich vorrangig an policy makers richtet, und zum anderen ein Report, der eher an die administrative Ebene und die Forschungsgemeinschaften adressiert ist. Es ging von Anfang an darum, einen Unterschied zu machen, eine Veränderung herbeizuführen, die Politik abzuklopfen – und dies auf Grundlage unserer langjährigen Erfahrung in diesem Bereich. Im Vordergrund stand ja die Entwicklung einer neuen Forschungspolitik mit stark interdisziplinärer Prägung. Und dieses Anliegen ist nach Vilnius nur noch wichtiger geworden.

Fo: Der Kongress wurde in engem Kontakt mit dem Stab der EU-Kommission vorbereitet; das Vorhaben hat sich von seinen Zielen her als so wichtig und nützlich dargestellt, dass es sogar von der Kommission gefördert wurde und Mitglieder des Stabes in allen Sitzungen des Kongresses anwesend waren. Das hat sicherlich die Wirksamkeit in Richtung EU-Kommission erhöht. Aber war damit auch die nötige Unabhängigkeit gewahrt?

Jutta Allmendinger: An der Unabhängigkeit habe ich nie gezweifelt. Es stellt sich mir aber die Frage, ob die Mitglieder der Kommission tatsächlich eine ernste Debatte wollten. Teilweise hatte ich den Eindruck, dass alles schon längst geregelt war und man uns eben reden lässt.

Fo: Im Vorfeld wurden in Europa zwei Befragungen durchgeführt. Eine, die sich an Forschungsförderorganisationen richtete und eine an Wissenschaftler/innen. Was genau waren die Erwartungen, wie groß war das Echo und welche Schlüsse konnte das **Steering Committee** aus den Antworten ziehen?

Julia Stamm: Anders als bei herkömmlichen standardisierten Befragungen sollte durch einen bewusst sehr offen gehaltenen Fragenkatalog die Perspektiven der Communities erschlossen werden. Dabei ging es um die Beschreibung der eigenen Forschungslandschaft und um interdisziplinäre Anknüpfungspunkte. Es wurde danach gefragt, was das eigene Feld zu Horizon 2020 beitragen kann und welche Hürden antizipiert werden können. Ganz wesentlich war natürlich auch die Frage nach den Erfahrungen der Forschungsförderer mit interdisziplinärer Forschung unter Beteiligung von SSH. Am Ende des Konsultationsprozesses standen 306 verwertbare Antworten, die meisten davon sehr elaboriert. Interdisziplinarität war das wichtigste Querschnittsthema: Wie organisiert man sie, wer kann hier leitende Funktion übernehmen, wie kann man interdisziplinär forschen und publizieren, ohne seine im Universitätssystem immer noch disziplinär verankerte Karriere zu gefährden, wie werden interdisziplinäre Proposals bzw. deren Ergebnisse evaluiert, und vieles mehr. Ein weiteres wichtiges Thema beschäftigte sich mit der Frage, wie man seine kritische Expertise in einem sehr technologie-lösungsorientierten Klima beibehalten und diese sogar weiter ausbauen kann, z.B. um als Projektleiter ein interdisziplinäres Projekt abseits der „klassischen“ SSH zu steuern.

Beurteilung des Kongressverlaufs

Fo: Schon die Eröffnungssitzung zeigte mit ihrer Liste der Grußworte, dass ein solcher Kongress höher nicht angesiedelt werden kann. Die litauische Staatspräsidentin, Dalia Grybauskaitė, der Generaldirektor für Forschung und Innovation der Europäischen Kommission, Robert-Jan Smits, der litauische Minister für Erziehung und Wissenschaft, Dainius Pavalkis, der Rektor der gastgebenden Mykolas Romeris Universität, Alvydas Pumputis, der stellvertretende Vorsitzende des litauischen Forschungsrates, Ru-ta Petrauskaitė, moderiert von dem Vizepräsidenten des europäischen Forschungsrates, Eu-

genijus Butkus – das ist schon eine glanzvolle Liste. Ihre Grußworte sind im Internet zugänglich. Waren darunter nur Höflichkeiten und Achtungsbezeugungen oder gab es auch Aussagen, die den Kongress weiter beschäftigt haben? Zumindest wurde ja von diesen Personen den Ergebnissen von vornherein Gewicht verliehen.

Julia Stamm: An der Spitze der illustren Redner sollte Forschungskommissarin Geogeghan-Quinn genannt werden. Sie räumte wiederholt ein: „Wir werden anfangs sicher Fehler machen...“. Auch wenn sie hierbei den „benefit of the doubt“ einräumt, machte sie dennoch klar, dass die ersten Arbeitsprogramme nur der Startschuss sind. In der nächsten Zeit wird es darum gehen, sich aktiv in die Gestaltung der nächsten Arbeitsprogramme einzubringen. Dafür muss die SSH-Community (wenn wir diese Begrifflichkeit fortsetzen möchten), bereit sein, sich kritisch einzubringen, aber auch sich zusammenzufinden und neuartige Projekte einzureichen.

Fo: Sie selbst haben ja die für die SSH zentrale Sitzung zu „Europe in a changing world – inclusive, innovative and reflective societies“ moderiert. Was ist deren wesentliches Ergebnis?

Jutta Allmendinger: Die wichtigsten Ergebnisse haben wir in einem policy brief zusammengefasst. Alle waren sich darin einig, dass es nicht darum gehen kann, die SSH „einzubetten“. Dies aber ist die offizielle Wortwahl der Kommission, wenn sie von „embedding SSH“ spricht. Wenn man etwas einbettet, so wird es oft unsichtbar, viele Disziplinen werden dann marginalisiert. Das wollen wir nicht. Wir sind keine Hilfswissenschaften, sondern spielen eine aktive Rolle in der Beantwortung zentraler gesellschaftlicher Fragen. Wir wollen uns zeigen, uns engagieren. „Engaging SSH“ ist daher der bessere Ausdruck. Wir wollen, so ein weiteres Ergebnis, auch nicht auf eine rein anwendungsorientierte Forschung reduziert werden. Für Interdisziplinarität sind wir alle offen und haben konkrete Vorschläge gemacht, welche Verfahrensbedingungen benötigt werden, um diese erfolgreich zu implementieren. Es soll ja kein Papiertiger bleiben und sich letztlich wieder nur auf Multidisziplinarität reduzieren.

Fo: Lassen sich die Reden in der Abschlusssitzung „Horizons for SSH: What follows?“ auf wenige gemeinsame Botschaften bringen?

Julia Stamm: Sicher.

1. „Take the lead.“: Die Sozial- und Geisteswissenschaften können nicht darauf warten, eingeladen zu werden. Sie müssen sich selbst an den Tisch setzen, MITreden- und gestalten – und nicht GEGENEinander.
2. Mut: Es steht die Aufforderung an sozial- und geisteswissenschaftliche Forscher, sich große, problemorientierte und interdisziplinäre Forschung zutrauen.
3. „Shared Spaces“: Jede der sieben Gesellschaftlichen Herausforderungen in Horizon 2020 sollte Raum zum gemeinsamen Kennenlernen und Austausch zwischen SSH und den Sciences und der Industrie bieten, im Rahmen gemeinsamer Projekte.

4. Repräsentanz: In allen programmspezifischen, aber auch in den Koordinations- und Advisory groups müssen VertreterInnen der SSH präsent sein, sich einbringen und als gleichwertige Partner ernst genommen werden.
5. EU als Vorbild: EU-Programme haben immer auch nationale Vorbildwirkung. Umso wichtiger ist es, hier zu zeigen, wie Interdisziplinarität gelebt werden kann, dass Forschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften hoch relevant ist – und das nicht nur für Politikberatung, sondern als Innovationsmotor. Doch auch „pure“ gesellschaftliche und kulturelle Fragen müssen ihren Platz in Horizon 2020 behalten – sie sind essentiell, um Europa aus der Krise zu helfen. Budgetkürzungen sind hier keine Lösung.

Fo: Hat der Kongress aus Ihrer Sicht einlösen können, was er sich vorgenommen hatte?

Jutta Allmendinger: Der Kongress als solcher war wichtig und überfällig. Besser wäre er wohl zu einem viel früheren Zeitpunkt. Wenn viele enttäuscht nach Hause gefahren sind, lag das wohl daran, dass es keine echte Diskussion mit den Verantwortlichen gab. Sehr viele schöne Worte wurden gesprochen, immer wieder wurde der Wert von SSH herausgestellt, irgendwie blieb aber ein schaler Geschmack zurück. Das lag auch an der Zurückhaltung der Kommissionmitglieder bei konkreten Nachfragen in den Diskussionsrunden.

Nachbereitung des Kongresses und weitere Schritte zum Ziel

Fo: Als Ergebnis wurde die Vilnius-Declaration verabschiedet (s. Extratext). Wieder eine ganz praktische Frage: Wie kam das eindrucksvolle Echo von 400 Teilnehmer/innen zustande? Wie kann man den Entwurf einer Deklaration als derart gewichtiges Votum mit 400 Teilnehmern beraten und verabschieden?

Jutta Allmendinger: Die Erklärung wurde vor der Konferenz gemeinsam erstellt und abgestimmt. Es war ein langer Prozess, mit sehr reger Beteiligung. Auf der Konferenz selbst wurde der Text dann vorgestellt und nochmals beraten.

Fo: An wen wendet sich die Deklaration, und wie wird die Zielgruppe erreicht?

Julia Stamm: Die Deklaration ist ein politisches Dokument. Am 3. Dezember berichtet der litauische Minister bei einem Treffen des Ministerrats von der Konferenz. So findet die Deklaration dann ihren offiziellen Weg in die EU. Darüber hinaus ist sie inzwischen ja bereits vielfach diskutiert und kritisiert worden, bei anderen Konferenzen und in den Medien. Sie zirkuliert also und regt zu weiteren Aktivitäten an. Auf der praktischen Ebene ist der Policy Report jedoch wesentlich wichtiger. Er wird Ende des Jahres öffentlich verfügbar sein und konkreten Empfehlungen enthalten. Auch dieser Report soll breit diskutiert werden.

Fo: Wie groß schätzen Sie die Erfolgschancen der Kongressergebnisse ein?

Jutta Allmendinger: Das hängt auch von uns selbst ab. Wir müssen am Ball bleiben, eine gemeinsame Stimme finden und diese in Brüssel zur Geltung bringen. Wenn wir nichts tun und die Kommission einfach machen lassen, brauchen wir uns hinterher nicht zu beschweren.

Fo: Sie haben nach dem Kongress mit zwei weiteren Autorinnen einen Policy Brief verfasst, den wir hier in dieser Ausgabe der Zeitschrift veröffentlichen. Was war Anlass für diesen Brief? Hatten in der Vilnius-Declaration Ihnen wichtige Aspekte nicht ausreichend (oder ausreichend klar) Aufnahme gefunden?

Jutta Allmendinger: Wir haben wichtige Ergebnisse erzielt. Diese in die Öffentlichkeit zu tragen war und ist uns ein großes Anliegen.

Fo: Der Text scheint sich in verschiedene Richtungen zu wenden. In Teilen liest sich der Brief in seinem Appell und seiner Betonung der Notwendigkeit zu interdisziplinärer Zusammenarbeit, ja erstmal zu einer gemeinsamen Sprache, wie an die Wissenschaftsdisziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften, also nach innen, in die Fachgemeinschaften gerichtet. Zum Teil wendet er sich an die politische Ebene der EU und an die Gesellschaft und Teilöffentlichkeiten und enthält 12 Empfehlungen. Was ist das Ziel dieses Briefes? Er wird ja sehr konkret in Forderungen und Vorschlägen.

Jutta Allmendinger: Genau das ist Sinn und Zweck unserer Arbeit. Uns erscheint dieses Vorgehen sinnvoller als viele adressatenspezifische Zusammenfassungen zu verfassen, die dann niemand zusammenzieht. Und konkret muss ein solches Dokument werden. Unspezifische Ausführungen gibt es viele.

Fo: Worin bestehen aus Ihrer Sicht die Hauptprobleme der Geistes- und Sozialwissenschaften in Europa?

Dagmar Simon: Ich hatte schon erwähnt, dass das Problem auch die eigene Selbstdarstellung ist. Geistes- und Sozialwissenschaften befassen sich in vielfältiger Weise mit gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemlagen, seien es Fragen der Globalisierung, der Bildung, der Arbeitsmarkts, der Integration und vieles mehr: dies geschieht durchaus grundlagen- und anwendungsorientiert. Und die Wissenschaftler/innen wollen auch zur Lösung von Problemen in der Gesellschaft beitragen, sei es nun direkt durch ihre Forschungsergebnisse, sei es durch die Mitarbeit in Kommissionen. Beispielsweise hat die Geschlechterforschung die Gleichstellungspolitik in ihren unterschiedlichen Facetten stark inspiriert. Aber die SSH benötigen – das gilt übrigens genauso andere Disziplinen – auch die Ruhe für eine Forschung, die nicht sofort nach dem gesellschaftlichen Sinn und Zweck fragt.

Manchmal gewinnt man auch den Eindruck, dass auf grundsätzliche Probleme (der SSH) immer wieder gern verwiesen wird, wo gar keine sind.

Fo: Wie wird es jetzt weiter gehen? Horizon 2020 liegt als Vorschlag der Kommission mittlerweile im Europa-Parlament. Ist geplant, sich mit den Ergebnissen des Vilnius-Kongresses direkt dorthin zu wenden?

Julia Stamm: Abgeordnete des Europa-Parlaments sind über die Ergebnisse der Konferenz im Bilde. Nun sind Parlament und Kommission und Mitgliedsstaaten aufgefordert, offen und integrativ zu sein. Die Community wird genau beobachten, was nun passiert. Bleibt es bei Lippenbekenntnissen, oder wird die Rolle und Bedeutung sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung auch in der Praxis anerkannt und ihre Beteiligung gesucht? Sehen wir die von hohen Kommissionsvertretern beschworene „steep learning curve“ seitens der Kommissionsmitarbeiter, also ein Umdenken hin zu einer tatsächlichen Akzeptanz und Wertschätzung sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung?

Vilnius war ein wichtiger Schritt, und er war nicht der letzte. Wichtig ist es, das Momentum zu halten. Andere Bereiche, wie die Lebenswissenschaften, haben es vorgemacht, wie man aktiv gemeinsame Interessen bündeln kann und eine Stimme für die eigenen Agenden in Brüssel und inzwischen auch darüber hinaus erfolgreich zu erheben.

Fo: Die Einschätzung, die zu hören ist, läuft auf eine weiter anhaltende Gefährdung der Geistes- und Sozialwissenschaften hinaus. Wie sehen Sie das, und worin kann diese Gefährdung bestehen?

Dagmar Simon: Ich kann hier nur wiederholen, was Frau Allmendinger bereits gesagt hat. Je weniger wir tun und uns wegducken, umso größer wird die Gefahr, dass wir ganz unsichtbar werden. Die weitere Entwicklung haben wir zu einem guten Teil selbst in der Hand. Wir müssen handeln und nicht abwarten, um später aufzujaulen.

Fo: Frau Allmendinger, Frau Simon, Frau Stamm, wir danken für diesen umfassenden Dialog.

Das Gespräch auf Seiten der Zeitschrift Forschung führte Wolff-Dietrich Webler.

■ **Jutta Allmendinger**, Ph.D., Präsidentin Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung, Humboldt-Universität zu Berlin

■ **Dr. Dagmar Simon**, Leiterin der Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

■ **Dr. Julia Stamm**, Beauftragte für Internationale Angelegenheiten und Leiterin des Präsidialstabs, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Gutenberg Lehrkolleg der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Hg.): Gute Lehre – von der Idee zur Realität Innovative Lehrprojekte an der JGU



Exzellenz in der Lehre ist ein Schlüsselfaktor, wenn es um die Attraktivität einer Hochschule geht. Steigende Studierendenzahlen und die Anforderungen der Wissensgesellschaft – gekennzeichnet durch Informationsflut, Globalisierung und Wettbewerb – bewirken einen Wandel an den Hochschulen und verlangen eine Neuorientierung in den Lehr- und Lernformen sowie eine Optimierung von Lernprozessen.

In diesem Sammelband werden innovative methodisch-didaktische Konzepte, die vom Gutenberg Lehrkolleg der Johannes Gutenberg-Universität Mainz gefördert wurden, vorgestellt, ihr Modellcharakter und ihre Wirkung für die Lehrpraxis evaluiert: von der Trainingsapotheke am Institut für Pharmazie und Biochemie über die Konzeption neuartiger E-Übungsaufgaben für mathematische Service-Lehrveranstaltungen bis hin zur Entwicklung eines Klang-Licht-Bootes für die Luminale 2012 in Frankfurt. So entsteht ein Überblick über die Vielfältigkeit kreativer Lehrideen sowie deren Nachhaltigkeit, Übertragbarkeit und Potential für hochschulweite Strukturveränderungen.

Motivierendes Lehren und Lernen in
Hochschulen: Praxisanregungen

Bielefeld 2013, ISBN 13: 978-3-937026-86-2, 205 Seiten, 38.60 € zzgl. Versandkosten

Erhältlich nur im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – nicht im Versandbuchhandel (z.B. Amazon).
Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Vilnius Declaration – Horizons for Social Sciences and Humanities September 24th, 2013. Vilnius, Lithuania

Europe will benefit from wise investment in research and innovation and Social Sciences and Humanities, SSH, are ready to contribute. European societies expect research and innovation to be the foundation for growth. Horizon 2020 aims to implement inter-disciplinarity and an integrated scientific approach. If research is to serve society, a resilient partnership with all relevant actors is required. A wide variety of perspectives will provide critical insights to help achieve the benefits of innovation. The effective integration of SSH requires that they are valued, researched and taught in their own right as well as in partnership with other disciplinary approaches.

The value and benefits of integrating Social Sciences and Humanities

European Social Sciences and Humanities are world class, especially considering their diversity. They are indispensable in generating knowledge about the dynamic changes in human values, identities and citizenship that transform our societies. They are engaged in research, design and transfer of practical solutions for a better and sustainable functioning of democracy. Their integration into Horizon 2020 offers a unique opportunity to broaden our understanding of innovation, realigning science with ongoing changes in the ways in which society operates.

1. **Innovation is a matter of change in organisations and institutions as well as technologies.** It is driven not only by technological advances, but also by societal expectations, values and demands. Making use of the wide range of knowledge, capabilities, skills and experiences readily available in SSH will enable innovation to become embedded in society and is necessary to realise the policy aims predefined in the „Societal Challenges”.
2. **Fostering the reflective capacity of society is crucial for sustaining a vital democracy.** This can be achieved through innovative participatory approaches, empowering European citizens in diverse arenas, be it through participation as consumers in the marketplace, as producers of culture, as agents in endangered environments, and/or as voters in European democracies.
3. **Policy-making and research policy have much to gain from SSH knowledge and methodologies.** The latter lead to new perspectives on identifying and tackling societal problems. SSH can be instrumental in bringing societal values and scientific evaluation into closer convergence.
4. **Drawing on Europe's most precious cultural assets,** SSH play a vital role in redefining Europe in a globalising world and enhancing its attractiveness.
5. **Pluralistic SSH thinking is a precious resource for all of Europe's future research and innovation trajectories,** if it can be genuinely integrated. H2020 offers this opportunity for the first time.

Conditions for the successful integration of Social Sciences and Humanities into Horizon 2020

6. **Recognising knowledge diversity:** Solving the most pressing societal challenges requires the appropriate inclusion of SSH. This can only succeed on a basis of mutual intellectual and professional respect and in genuine partnership. Efficient integration will require novel ways of defining research problems, aligned with an appropriate array of interdisciplinary methods and theoretical approaches. SSH approaches continue to foster practical applications that enhance the effectiveness of technical solutions.
7. **Collaborating effectively:** The working conditions of all research partners must be carefully considered from the beginning and appropriately aligned to set up efficient collaboration across different disciplines and research fields. This includes adequate organisational and infrastructural arrangements, as well as ties to other stakeholders in civil society and business. Budgetary provisions must be appropriate to achieve this goal.
8. **Fostering interdisciplinary training and research:** Integrating SSH with the natural and technical sciences must begin with fitting approaches in post-graduate education and training. Innovative curricula foster a deepened understanding of the value of different disciplinary approaches, and how they relate to real world problems.
9. **Connecting social values and research evaluation:** Policy-makers rightly insist that the impact of publicly funded research and its benefits for society and the economy should be assessed. Accurate research evaluation that values the breadth of disciplinary and interdisciplinary approaches is required to tackle the most pressing societal challenges.

Agreement with the principles of the Vilnius Declaration should be made the basis for the integration of the SSH into H2020.

September 24th, 2013
Vilnius, Lithuania

Quelle: <http://horizons.mruni.eu>

Laying the Ground for True Interdisciplinarity – Engaging the Social Sciences and Humanities across Horizon 2020¹

*Jutta Allmendinger (WZB), Julia Stamm (WZB)
and Sally Wyatt (Maastricht University)*

Horizon 2020 aims to implement interdisciplinarity and an integrated scientific approach. If research is to serve society, a resilient partnership with all relevant actors is required. A wide variety of perspectives will provide critical insights to help achieve the benefits of innovation. Recognizing that innovation and societal progress cannot be thought in technical terms alone, it has been repeatedly stated that research on each of the challenges has to fully integrate the Social Sciences and Humanities (SSH). As rightly underlined by the Vilnius Declaration adopted at the end of the Vilnius conference, „the effective integration of SSH requires that they are valued, researched and taught in their own right as well as in partnership with other disciplinary approaches.”

The Policy Brief addresses the crucial issue of achieving true interdisciplinarity across all seven challenges, postulating that only true interdisciplinary research – within and across SSH disciplines as well as in the interaction between the SSH and the other sciences – will lead to significant or even groundbreaking advances and findings in contemporary and future research.

It provides practical advice on the issues that are to be tackled in order to sincerely and profoundly address the issue of interdisciplinarity in EU research – in order to ensure that research conducted under the umbrella of Horizon 2020 will be able to live up to its promises.

How can research in the Social Sciences and Humanities (SSH) contribute best to Horizon 2020?

In order for researchers in the social sciences and humanities to be able to contribute to Horizon on equal footing, it is crucial for them to have more confidence in their own contributions to all of the societal challenges identified in Horizon 2020. The role of SSH is not simply to help science and business to reduce public resistance or increase acceptance of scientific and technological innovations. SSH should not marginalize themselves from the debates and challenges facing Europe in a changing world. The social sciences and humanities contribute substantially to the development of the human spirit, and to critical reflection and debate. They also make more practical contributions to culture, media, education, tourism, etc. through university-level education and training. For their part, SSH need to develop a common language in order to communicate better amongst themselves, and with other disciplines and other societal actors. This will increase their effectiveness in addressing the challenges posed by Horizon 2020.

In this context the term ‘embedding SSH’ is not appropriate, as it suggests at best an asymmetric relationship with what is already defined by others, whether that is the STEM (science, technology, engineering and mathematics) disciplines or policy makers. ‘Engagement’ captures the desired relationship much better.

In order for SSH research to make a true difference across all societal challenges, it needs to engage at three levels:

- I. With the STEM disciplines in all of the societal challenges.
- II. With the European Commission, to define research questions and instruments.
- III. With society and a range of publics to strengthen democratic participation in addressing the challenges.

Some practical recommendations on how to make Horizon 2020, with SSH as crucial component, a success

Eleven practical recommendations are listed below. They are addressed to the SSH research community, to the European Commission, to research policy-makers and to funders alike. Implementing them would be a substantial step towards a holistic integration of SSH research in Horizon 2020 and to fostering true interdisciplinarity.

i. Interdisciplinarity across all societal challenges:

The social sciences and humanities have to cooperate with the sciences and engineering – and vice versa. But we have to go beyond cooperation; what we should foster is the genuine integration of other disciplines into SSH as well as the genuine integration of SSH research into the other scientific disciplines. Only if this is achieved can research in the Societal Challenges be truly holistic and contribute to advancing society. The major difference is

¹ This policy brief results from the conference „Horizons for Social Sciences and Humanities” which took place in September 2013 in Vilnius under the patronage of the President of the Lithuanian Republic Dalia Grybauskaitė. The conference focused on the role social sciences and humanities will play in the new European Framework Programme for Research and Innovation „Horizon 2020”. Within Horizon 2020, approximately 28 billion EUR will be put at the disposal of the European academic scientific community to address seven societal challenges identified by the European Commission, the Member States and the European Parliament.

that in Societal Challenge Six it is up to us – the SSH community - to set the agenda, to identify the obstacles to be overcome, and to engage with the stakeholders who can contribute to these topics and to their integration.

ii. Integrating internally and externally:

The above task is not easy since SSH is characterized by a high degree of internal heterogeneity. Regarding methods and the theoretical approaches used, SSH are very diverse. Thus, for all Societal Challenges to be successful and to be able to integrate others, we have to overcome internal tensions, agree internally on common themes and together identify partners. Again, this is something that WE, the SSH community, has to do. Integrating others also means to be willing to integrate ourselves, and to present our internal diversity as a source of strength. The fact that SSH is characterized by multiple methods and approaches means it can tackle a great variety of research questions.

iii. Find ways to attract the best researchers to contribute to EU projects:

We have to ensure that the best researchers participate in EU-funded research projects. This is not easy since many institutes and scientists still refrain from applying for EU funds, as bureaucratic requirements are seen to be a burden. Money is not the appropriate way to motivate them. Very often, EU funds do not enjoy a high reputation. Hence, the real currency that we need to offer is the possibility to cooperate with other excellent researchers. Beyond that, there is a need to increase awareness amongst the SSH community of the whole research funding ecology. EU, national and local funding agencies often have different, complementary mechanisms and goals that are appropriate for different types of research.

iv. Simplify procedures and enhance flexibility:

Applying for funding has become highly specialized work, taking months of preparation. This is highly ineffective and a waste of resources. Possibly, a two-step procedure, with the first one being very quick and concise, could prove effective. Furthermore, the existing range of research instruments should be extended, to support not only large consortia of research groups but also to support smaller groups and experimental projects, recognizing the latter may be higher risk.

v. The importance of interdisciplinary education:

So far, we have identified three obstacles: 1. Internal integration of SSH; 2. Engaging with STEM disciplines; and 3. Motivating excellent researchers in all disciplines to work together. In order to live up to this threefold challenge, we have to start with the education of our researchers, and this very early on. We want to add the benefits of a „studium generale“, as implemented in „arts and sciences“ classes in the anglo-saxon countries. We could also work on the doctoral programmes. What we favour, though, is a postdoctoral period, clearly dedicated to working with the other sciences within one's own thematic area. That way, researchers can learn from each other's methods and theories to develop a joint understanding.

vi. Tailor European funding programmes differently:

We should not only implement this joint learning experience during the education phase. From an EU funding perspective, programmes could be tailored in such a way that they would allow for a preparatory phase before the start of the actual research project. In this model, the identification of possible partners would be the first step. Here, one could set a first funding barrier. Once this first and rather modest barrier has been surmounted, the research partners would get funds for organizing two or three short preparatory workshops. This would have the advantage of being able to already jointly draft the proposals, within but also beyond the SSH.

vii. Connect to a broad variety of societal actors:

In addition to preparing differently for interdisciplinarity, both in the education of researchers as well as in the conceptualization and drafting of funding programmes, we also have to face the necessity of connecting different societal sectors. In practice that means that we have to identify stakeholders working on the big societal challenges in other sectors. They can come from government, from administration, from business, from media, etc. All of them confront societal problems daily. And they also need incentives to participate. This does not require a lot of money – but it does require some money. If one would be able to better tackle societal phenomena and to set a clearer focus, this would help many sciences, and also many social sciences. It would also help to bring the research results into society and to show that SSH can indeed be applied.

viii. Showcase best practice:

In order to stimulate better integration, successful interdisciplinary and intersectoral projects should be showcased and rewarded. This could take different forms, such as awarding individual prizes both for projects that have successfully integrated SSH and researcher pairings from the sciences, and for SSH communities who have „re-imagined“ their research or roles through collaboration. We should also improve our readiness to learn from

fields with experience of interdisciplinary research and teaching, such as science and technology studies, classics, archaeology.

ix. Develop common and valid evaluation criteria:

We have to discuss – and to agree upon – the evaluation criteria for interdisciplinarity. This is not an easy task. It cannot suffice to just „tick a box“ when interdisciplinarity within SSH and between SSH and engineering is indicated in the project proposal. Rather, we need to rework the evaluation criteria in order to ensure that the selection of projects to be supported is transparent – and researchers, university administrators, Commission services, funders, etc. have to make sure that these criteria are applied.

x. Develop a range of topics cutting across the societal challenges:

A broad range of issues are relevant to all seven societal challenges and to all scientific disciplines. Evaluation and ethical aspects are just some of them. Others include understanding behavioural change and resource allocation. They need to be identified and be taken into consideration across all topics.

xi. Provide room for experiments and accept failures as part of the road to success:

In order to enhance innovation and creativity, there is a need to provide room for experimentation and laboratory processes AND adequate funding for them. One tool could be investment in „pilot“ scale activities designed to foster truly innovative and interdisciplinary working. But there is a crucial prerequisite to it: there needs to be a broad and general acceptance that exploratory work of this kind is likely to be higher risk and as a result may lead to learning about what does not work: We have to learn to embrace failures as part of the road to success.

demnächst erhältlich im UVW:

Gefährdungssituationen in der Beratungspraxis

Amok – Gewalt – Suizidalität – Stalking

**Eine Handlungsempfehlung für Mitarbeitende in Hochschulen und Schulen,
Einrichtungen der Jugendhilfe, in Behörden und in Beratungsstellen allgemein**

Autor/innen: Thea Rau, Andrea Kliemann, Jörg M. Fegert, Marc Allroggen

Die Handlungsempfehlung soll sowohl „Neulingen“ in der Beratungstätigkeit als auch pädagogisch oder psychologisch gebildeten Fachkräften aus verschiedenen Beratungsfeldern helfen, mit solchen oder ähnlichen schwierigen Situationen besser umgehen zu können. Nach kurzen theoretischen Einführungen zu den Themen Aggression – Amok - Suizidalität – Stalking und Sexuelle Gewalt werden praxisnahe Informationen beispielsweise zur Gesprächsführung in schwierigen Beratungen, zur Beurteilung von gefährlichen Situationen oder zum Umgang mit suizidgefährdeten Klienten geboten. Weiterhin beinhaltet die Handlungsempfehlung Informationen zur Schweigepflicht, Hinweise zum Arbeitsschutz und Informationen zum Verhalten nach einem Vorfall.

Die umfassende und praxisorientierte Broschüre sollte in keinem Beratungsbüro fehlen.

Erhältlich im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – nicht überall im Versandbuchhandel (z.B. nicht bei Amazon).

Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22



Factsheet: Horizon 2020 budget

25 November 2013

What is the total budget in Horizon 2020 (EU+EURATOM)?

The total budget in current prices is nearly €80 billion and in constant prices €70.2 billion.

[...]

So, what is the budget breakdown for Horizon 2020 in current prices?

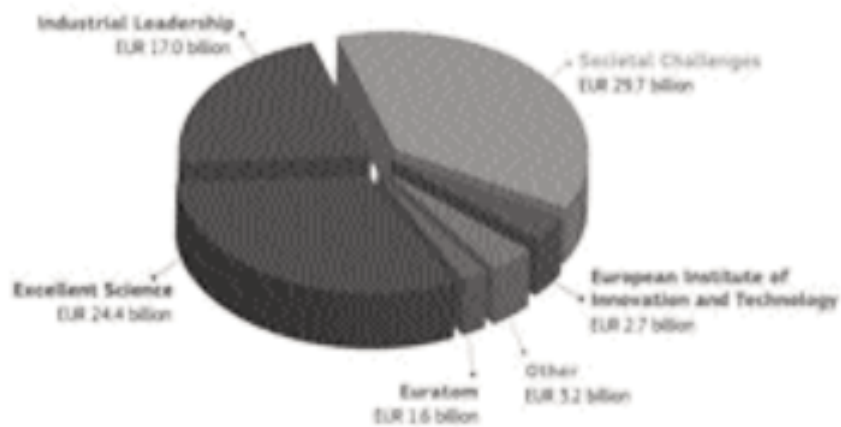
See below the budget breakdown and a graph with the overall figures:

Horizon 2020 (2014-2020)		
	Final breakdown	Estimated final amount in million euro (in current prices)
I Excellent science, of which:	31.73%	24 441
1. The European Research Council	17%	13 095
2. Future and Emerging Technologies	3.50%	2 696
3. Marie-Sklodowska-Curie Actions	8%	6 162
4. European research infrastructures (including einfrastructures)	3.23%	2 488
II Industrial leadership, of which:	22.09%	17 016
1. Leadership in enabling and industrial technologies	17.60%	13 557
2. Access to risk finance	3.69%	2 842
3. Innovation in SMEs	0.80%	616
III Societal challenges, of which	38.53%	29 679
1. Health, demographic change and wellbeing;	9.70%	7 472
2. Food security, sustainable agriculture and forestry, marine maritime and inland water research and the Bioeconomy;	5%	3 851
3. Secure, clean and efficient energy	7.70%	5 931

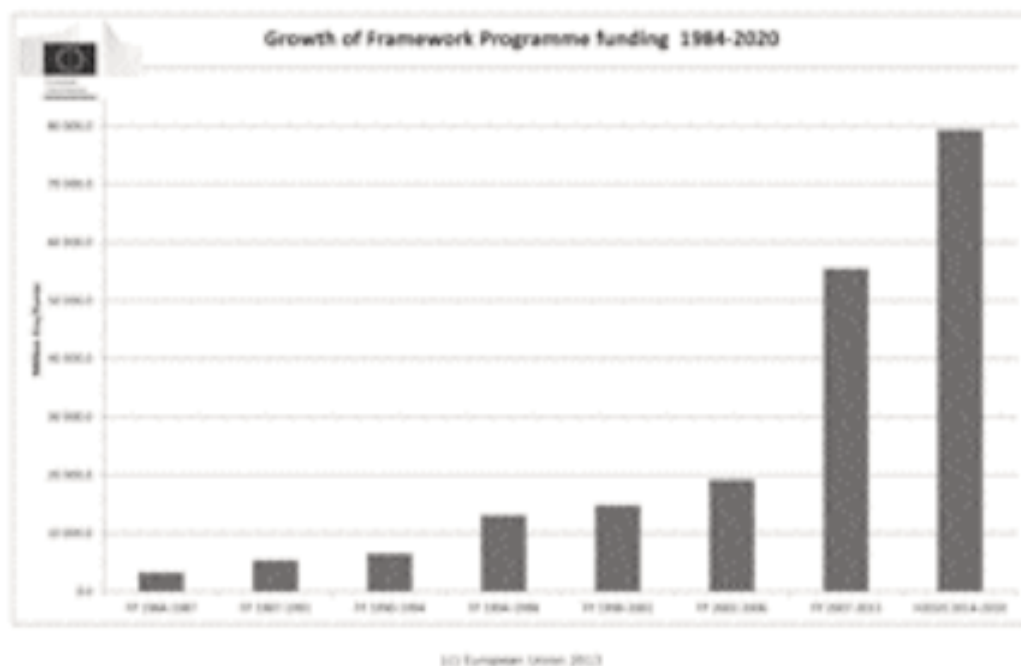
4. Smart, green and integrated transport	8.23%	6 339
5. Climate action, environment resource efficiency and raw materials	4%	3 081
6. Europe in a changing world - Inclusive innovative and reflective societies	1.70%	1 309
7. Secure societies – Protecting freedom and security of Europe and its citizens	2.20%	1 695
Science with and for society	0.60%	462
Spreading excellence and widening participation	1.06%	816
European Institute of Innovation and Technology (EIT)	3.52%	2 711
Non-nuclear direct actions of the JRC	2.47%	1 903
TOTAL EU REGULATION	100%	77 028

Fusion indirect actions	45.42%	728
Fission indirect actions	19.68%	316
Nuclear direct actions of the JRC	34.90%	560
TOTAL EURATOM REGULATION 2014-2018	100%	1 603

HORIZON 2020 BUDGET (EUR 78.6 billion, current prices)



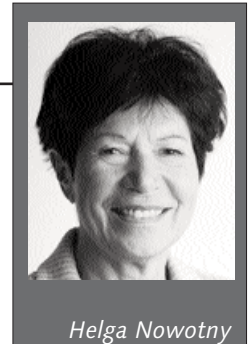
How has EU Research and Innovation funding evolved over recent years?



Helga Nowotny

Don't just complain, take the lead!

Social Sciences and Humanities must look to integrate into Horizon 2020 targets.



Helga Nowotny

It is a crucial point in time for the Social Sciences and Humanities (SSH) to demonstrate their value and relevance. Nothing would be more fatal than to fall back to the „complaining mode“, argues Helga Nowotny, President of the European Research Council. Rather, SSH must accept the fact that integration into policy research programmes is necessary and beneficial. Furthermore, disciplines themselves must take the lead to ensure this integration doesn't turn into box-ticking, empty rhetoric.

As has been noted elsewhere, we currently see two radically different approaches in research policy towards the Social Sciences and Humanities (commonly referred to as SSH). In the United States, SSH are under attack, whereas in Europe this wide and diverse field research and scholarship is embraced. Certainly, the latter is more preferable, at least as long as embracing does not mean to crush the SSH or to ritualize this caressing into irrelevance. But: if we are not careful, this is exactly what may happen.

Three weeks ago, more than 400 representatives of SSH and policy makers from across Europe attended the conference „Horizons for Social Sciences and Humanities“ under the Lithuanian EU Presidency. Since I was involved in setting up and carrying through this major event, I would like to use this spot to reflect on the objectives of this conference. Together with my colleagues from the conference steering committee I put enormous energy into this project for two reasons. One, we felt uncomfortable with the old and widespread habit within SSH, namely the „complaining mode“. This mode is reactive because it responds only to developments in research policy, it is shortsighted because it does not look at the larger picture of contributing to societal problems, but claims separate funding silos, and it is counterproductive because it reinforces the public – though wrong – image that SSH are more the object of public benevolence than serious contributors to the production of new knowledge.

Two, we realized that the new European research-funding program „Horizon 2020“ to start in 2014 would be the ideal opportunity to change from the „complaining mode“ to a „taking the lead mode“. This plies to gain initiative for the SSH by changing old habits, and to vigorously contribute to the challenges ahead. The European Commission has allocated more than 28 billion Euros in its research funding programme to a „pillar“ cal-

led „Societal Challenges“ – challenges to society, but also challenges that await new answers from society. Who else would be better suited to contribute by co-shaping and tackling them than SSH? In that sense, we wholeheartedly supported, and continue to support, what Commissioner Máire Geoghegan-Quinn repeatedly said before and during the Vilnius event, namely that the Social Sciences and Humanities will be needed and should be integrated on equal footing with the other science domains in the Societal Challenges.

We fully endorse the European Commission's ambitious goal of integration. But let us be clear: This integration comes along with big changes that many of us may not have realized yet. These changes offer new opportunities for SSH, but if not properly anticipated and attended to, the opportunities may turn into serious perils. Let us turn to the perils first. It is important to recognize that, so far, the Commission has set the conditions for the integration in a one-sided way. After negotiating the budget of „Horizon 2020“ with European Member States and with European Parliament, it has considerably narrowed the budget of the one part that clearly is „SSH“-related. This part – the sixth Societal Challenge called „Europe in a changing world: Inclusive, innovative and reflective societies“ – is the smallest of all the seven challenges (with approximately 1.2 billion Euros over the next seven years). Persistent rumours in Brussels have it that this budget will be further diminished by several „cross-funding“ programs, such as COST, that are not at all related to the topic of this stream. Thus, the silo still exists somehow, but it is much smaller than previous ones.

At the same time, the Commission has not yet answered the most pressing question for successfully integrating SSH into the other challenges: how this will be done operationally. In Vilnius, the Commissioner frankly pointed out that it might take a while to make „integration“ happen and warned that „mistakes will be made“, asking for patience. We are grateful for this open and honest statement, but we also have to acknowledge that, for the next two years, the Work Programme establishing the content of research has already been set, without significant changes to accommodate the fresh perspectives to be brought in from the SSH. One big risk therefore which we see is that „integration“ will remain on the rhetorical level for six of the seven societal challenges, while the budget line for the concentrated SSH-

related challenge is further reduced. In addition, with a success rate of 10%, the European Research Council that is often mentioned as an additional resource for funding remains extremely competitive and only attractive to the best researchers in Europe.

Nothing would be more fatal at this crucial point in time if we would fall back to the comfortable „complaining mode“. Instead, we have to accept the fact that SSH, as a diverse field of scientific practices, needs to change in two regards, and to do so quickly. One, we will have to remain vigilant and proactive in order to prevent that all the talk about „embedding“ and „integrating“ the SSH into research programs on societal challenges remains empty rhetoric. In other words, SSH needs to get involved in the procedural processes of establishing „work programmes“, „focal areas“, and whatever other termini technici the Commission uses to process from formulating a policy question to setting up funding programmes. In other words, the SSH community must commit itself to become research policy entrepreneurs.

The second change concerns our willingness and ability to reach across the aisle and to take the lead in formulating research questions ourselves, questions that are of relevance to the societies in which we live. If we are not able to achieve a profound change in this respect, we may face an even more fatal danger: the purely formal integration of the SSH and thus their opportunistic or ignorant instrumentalisation. The history of research funding is full of fads with research proposals having been subject to fulfil politically imposed categories. They range from having to include project partners from under-performing countries to imposing preordained quotas of various kinds, irrespective of the question whether such an inclusion made any sense in the con-

text of the proposed research. To put it bluntly: SSH must not become the latest box to tick in EU research funding.

These real dangers can be avoided only if we shift gear and do so swiftly. In order to get into the „taking the lead mode“, the Vilnius Declaration contains several good suggestions; for example, developing research question in line with „Horizon 2020“ in open forums and in exchange with researchers from other fields; and creating new forms of interdisciplinary cooperation. In the global competition of research policy regimes, the European way of dealing with SSH is definitely more promising and more ambitious. But it is not a convenient way in the sense that we as representatives from the SSH can expect to continue with business as usual. Even though the size of European funding in itself is almost negligible in comparison to national budgets in many, but by far not all member states, we must be aware of the normative signals sent by H2020. Many member states as well as associated countries regard the European programmes as a blue print for their own national funding schemes. In that sense, the success of integrating the SSH at European level may indeed be decisive for the future prosperity of the Social Sciences and Humanities in Europe.

■ **Helga Nowotny**, president of the European Research Council and professor emerita of social studies of science at ETH Zurich (Swiss Federal Institute of Technology).

im Verlagsprogramm erhältlich:

Wim Görts (Hg.): Projektveranstaltungen in Mathematik, Informatik und Ingenieurwissenschaften

ISBN 3-937026-00-2, Bielefeld 2003, 142 Seiten, 18.70 Euro

Wim Görts (Hg.): Projektveranstaltungen in den Sozialwissenschaften

ISBN 3-937026-01-0, Bielefeld 2003, 98 Seiten, 14.00 Euro

Wim Görts (Hg.): Projektveranstaltungen - und wie man sie richtig macht

ISBN 3-937026-60-6, Bielefeld 2009, 138 Seiten, 19.80 Euro

Erhältlich im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – nicht überall im Versandbuchhandel (z.B. nicht bei Amazon).
Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Hochschulwesen:
Wissenschaft und Praxis

Full text of letter sent to the EU Commissioner for Research and Innovation 6 November 2013

„Towards Europe 2020: integrating the Social Sciences and Humanities“ Letter from the European Alliance for the Social Sciences and Humanities¹

Dear Commissioner Geoghegan-Quinn,

We were delighted to participate in the recent EU Presidency conference „Horizons for Social Sciences and Humanities“ in Vilnius and we enthusiastically support the Vilnius Declaration. We were much encouraged by your strong words of support for mainstreaming Social Science and Humanities (SSH) research in Horizon 2020, and we took note of your pledge to see words turned into action.

We understand that things will take time and we want to offer our co-operation in mobilizing the interest and commitment of SSH researchers for the research agenda of Horizon 2020.

We are, however, deeply concerned by the low profile given to the SSH in the first draft of the work programme for the first 25% of H2020 (2014-2015). We urge the European Commission not to gamble away the willingness of the SSH community to contribute to research into all Societal Challenges.

So far, we see that the Calls for research envisaged under the Social Challenge approach will have, despite all good intentions, an overriding focus on technology-based solutions, based on outdated linear innovation models and implemented in the traditional silo-like approach.

In order to overcome this deplorable impasse, and building on recommendations made by delegates to the Vilnius conference, we submit the following suggestion:

The Commission should consider support for synthesis centres, that will allow stakeholders and researchers from across all relevant areas to reflect on how Societal Challenge research can best integrate all necessary and innovative approaches, including a broader inclusion of SSH insights into the European agenda.

We propose the environmental and educational fields as early candidate areas.

As you know, European Social Science and Humanities research is very competitive in the global market place of knowledge and ideas. Europe as a whole would benefit from tapping more decisively into these rich resources. Conversely, if Horizon 2020 should fail to properly integrate the broad areas of competence of SSH research, substantial opportunity costs for the European Union are likely to occur.

We are particularly concerned that Social Challenge 6 (SC6), which is intended to have a particular focus on generating new insights and evidence through SSH research, risks being skewed heavily towards ICT-related applications research and on structural investments unrelated to any specific research needs.

It is important that future SC6 Calls are formulated in such a way that projects can draw on the best of relevant SSH research. This means being explicit about the

allocation of funds for research, as opposed to funding currently foreseen for other activities.

In this context, it would be beneficial if approvals of the Work Programmes were limited to just 1-year-periods each: the Commission and the communities can then monitor the implementation of the programme and the successful embedding of SSH.

By the same token, we feel we need to reiterate the importance and urgent need for Advisory Groups to be appointed in an inclusive and transparent manner.

The undersigned members of the EASSH Core Group, leaders from some of the premier research institutes in the fields of SSH, are looking forward to exchanges aimed at making Horizon 2020 a success.

Best Regards,

EASSH Core Group members and representatives

Ms Angela Schindler-Daniels, Programme Coordinator NET4SOCIETY, Project Management Agency, German Aerospace Center, Bonn

Leif Moos, Professor at Aarhus University, Denmark, and President, European Educational Research Association

Milena Zic-Fuchs, Professor at University of Zagreb, Croatian Academy of Sciences and Arts, and Chair of the Science Review Group for the Humanities (ESF), ALLEA Working Group Social Sciences and Humanities

Poul Holm, Professor at Trinity College Dublin, Ireland, and Chair „European Consortium for Humanities Institutes and Centres“ (ECHIC)

Sean Ryder, Professor at NUI Galway, Ireland, and Chair, HERA Network Board (Humanities in the European Research Area)

Thomas Risse, Professor of International Relations, Free University Berlin, and Chair Scientific Committee for the Social Sciences, Science Europe

Wolfgang Mackiewicz, President, Conseil européen pour les langues / European Language Council (CEL/ELC)

Contact:

Dr Rüdiger Klein, Founding Chair, European Alliance for the Social Sciences & Humanities (EASSH), kleinrudiger@gmail.com.

¹ Quelle: <http://poulholm.blogspot.de/2013/11/full-text-of-letter-sent-to-eu.html>, 06.12.2013

Mehr Geld für Identitäten und Kulturen – EU-Förderung für Geistes- und Sozialwissenschaften¹

Jutta Allmendinger

Die Geistes- und Sozialwissenschaften drohen, im EU-Forschungsetat benachteiligt zu werden. Dabei ist Forschung zu Identitäten oder sozialer Ungleichheit unerlässlich, meint Jutta Allmendinger, Präsidentin des WZB Berlin.

Finanz- und Haushaltskrise, Armut und soziale Ungleichheit, Bildungsherausforderungen, Mobilität und Umwelt, supranationale Legitimität. Oder auch: Identitäten, Sprachen und Kulturen, Europas Platz in der globalisierten Welt. Es ist wohl nicht ganz abwegig, solche Themen als relevant für Europa zu erachten, Themen, deren systematische Erforschung uns hilft, größere Zusammenhänge zu erfassen und Politik besser zu gestalten. Es sind Themen der Sozial- und Geisteswissenschaften, die sich Fragen widmen, deren Beantwortung zukunftsentscheidend sein können.

Was finanzielle Ausstattung, Wertschätzung und Unabhängigkeit dieser wissenschaftlichen Disziplinen betrifft, scheint Europa blendend dazustehen – wenn man sich die Situation in den USA vergegenwärtigt.

Dort hat der Kongress beschlossen, fast die gesamte Förderung für die politische Wissenschaft durch die National Science Foundation zu streichen. Es sollen nur noch Projekte gefördert werden, die der nationalen Sicherheit oder der Wirtschaftsentwicklung dienlich sind. Und ein vorzeitig bekannt gewordener Gesetzentwurf sieht vor, der Politik bei der Vergabe einzelner Forschungsvorhaben Einfluss zu gewähren.

Rosig sind die Zeiten für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Europa dabei keineswegs. Das gilt für einzelne Länder, in denen krisenbedingt Hochschulen und Forschung bluten; gerade die Fächer ohne offenkundiges Sofortverwertungspotenzial stehen oben auf der Streichliste. Nun gibt es ja noch die Europäische Union. Diese regt an, fördert und eröffnet Chancen für grundlegende Forschung. Einer noch recht jungen Einrichtung wie dem European Research Council (ERC) ist es zum Beispiel gelungen, mit flexiblen Fördermodellen Forschung über Disziplinen und Ländergrenzen hinweg starke Impulse zu geben. Das Exzellente, Besondere und Innovative wird belohnt.

Aber die EU steht am Scheideweg, was die Förderung sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung angeht. Während der Budgetverhandlungen um Horizon 2020, dem EU-Forschungsförderprogramm für die Jahre 2014 bis 2020, konnte nur ein Aufschrei aus der Wissenschaft noch das Schlimmste verhindern. 25.000 Forscherinnen und Forscher appellierten an die Kommission, den Ingenieur-, Natur- und Lebenswissenschaftlichen Disziplinen nicht in dem Maße Vorrang zu gewähren, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften (in Brüsseler Jargon SSH – Social Sciences and Humanities) nur noch die Krümel abbekommen. Den bis dahin formulierten Großkategorien

(challenges) wurde daraufhin eine speziell für die Geistes- und Sozialwissenschaften passende „Herausforderung“ hinzugefügt: „Europa in einer sich wandelnden Welt“.

Verschiebungen im Etat der Geistes- und Sozialwissenschaften

Nun steht der Rahmen für den Sieben-Jahres-Haushalt. Auf den ersten Blick scheinen die Sozial- und Geisteswissenschaften nicht so schlecht davonzukommen. Aber das Problem steckt in den Details der jetzt laufenden Abschlussverhandlungen über Horizon 2020. Es mehren sich Anzeichen, dass die dafür vorgesehenen Mittel durch einen Verschiebevorgang massiv reduziert werden: Dem Teilhaushalt für diese „Herausforderung“ wurden Technologiethemen und eine Reihe von Querschnittsprogrammen untergejubelt, die sich anderswo in Horizon 2020 nicht richtig einordnen ließen. Das Budget für die Geistes- und Sozialwissenschaften würde dadurch massiv dezimiert, und die „Gesellschaftliche Herausforderung“ ist zum Waisenhaus für heimatlose EU-Programme mutiert.

Dahinter steckt die virulente Tendenz der Kommission, die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht in ihrer Autonomie wahrzunehmen. Diese Disziplinen werden trotz mancher Lippenbekenntnisse eher als Hilfs- und Begleitwissenschaften für die Technik- und Naturwissenschaften gesehen. Dies steht im krassen Gegensatz zur Politik der Kommission, die wichtige Initiativen zu Fragen von Armut, Beschäftigung und Wettbewerb auf den Weg bringt. Da sollen die Disziplinen, die dazu systematisch forschen, vernachlässigt werden?

Noch gibt es eine Chance, die Marginalisierung zu verhindern

Zeugt diese Sorge von einer Überbewertung der Geistes- und Sozialwissenschaften angesichts der realen Herausforderungen für die EU? Wohl kaum. Wir reden hier über 400 Millionen Euro für die Sozial- und Geisteswissenschaften in einer Challenge mit einem Budget von 1,15 Milliarden Euro – bei einem Gesamtbudget für die Forschung von 71 Milliarden Euro. Noch ist nicht zu Ende verhandelt, noch gibt es die Chance, die Marginalisierung der Sozial- und Geisteswissenschaften zu verhindern.

¹ Ursprünglich erschienen im Tagesspiegel (06.11.2013), <http://www.tagesspiegel.de/9032952.html>

Andreas Baumert & Beate A. Schücking

Strategien und Herausforderungen der Forschungsprofilbildung aus Sicht der Universitäten: Hochschulleitungen im Spannungsfeld von externen Ansprüchen und internen Handlungsmöglichkeiten¹



Beate A. Schücking



Andreas Baumert

Foto: Pressestelle Universität
Leipzig/Michael Muench

Die zunehmende Abhängigkeit der deutschen Universitäten von externer Drittmittelförderung und ein in absehbarer Zeit nicht geringer werdender Legitimationsdruck für Universitäten gegenüber Landesregierungen und Wissenschaftsministerien erfordert seitens der Hochschulen Strategiefähigkeit und eine klare Darstellung von Leistungen und Alleinstellungen.

Dabei ist die Definition und Kommunikation eines „Profils“ sowohl Voraussetzung für externe Forschungsförderung und Unterstützung durch Landesmittel als auch Ergebnis eben dieser Förderung. Der Prozess der Identifikation von Stärken und ihrer Förderung – mittlerweile inflationär mit den Bezeichnungen „Profilbildung“ oder „Profilschärfung“ zusammengefasst – ist im Idealfall mit strategischem Handeln der Universitätsleitungen verbunden. Von Universitätsleitungen wird heute mehr denn je eine aktive, visionäre Gestaltung des „Universitätsprofils“ erwartet.

Mit Blick auf Forschung brauchen Universitätsleitungen Strategien für die weitere erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln. Sie brauchen aber auch Strategien für die Universität als Organisation, um mit Drittmittelabhängigkeiten, Verstetigungsproblematiken und potentiellen Strukturverwerfungen konstruktiv umzugehen.

Während die Erwartungen an Präsidien und Rektorate deutlich sind und die leitenden Personen sich zu allermeist ihrer Rolle entsprechend verhalten, wird doch eine an sich banal klingende Einschränkung gerade von den Forschungsförderern und Landesregierungen kaum thematisiert: Die Freiheitsgrade bei der Profilentwicklung sind eingeschränkt.

Universitätsleitungen stehen im Spannungsfeld zwischen externen Ansprüchen – wie sie zum Beispiel in Hochschulentwicklungsplänen der Länder formuliert werden, wie sie Budgetzwänge der Länder darstellen oder wie sie die Förderbedingungen der Drittmittelgeber vorgeben – und begrenzten internen Gestaltungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten.

Da so gut wie alle Hochschulen vor diesen Herausforderungen stehen und sich viele der eingesetzten Strategien im Mainstream der Hochschulpolitik und des modernen Hochschulmanagements ähneln, sind die hier aufgeführten, zum Teil am Beispiel einer großen deutschen Traditionsuniversität, der Universität Leipzig, generierten Ausführungen in vielerlei Hinsicht exemplarisch zu verstehen.

I. Externe Ansprüche

I.1 Hochschulpolitischer Mainstream und Anspruchsinflation: Der Sächsische Hochschulentwicklungsplan

Der „Sächsische Hochschulentwicklungsplan bis 2020“ ist getragen von der Vision, dass die sächsischen Hochschulen „entscheidend zur Fortentwicklung des vielfältigen Kultur- und Wissensraums des Freistaates, zur Sicherung des Bedarfs an hochqualifizierten Fachkräften und zum Ausbau des Innovationspotenzials bei[tragen]“, „aktiv den Wandel zur Wissensgesellschaft“ gestalten, ihre „fachlichen Profile“ schärfen, „Anziehungspunkte für Studierende und Wissenschaftler aus aller Welt“ sind und „zunehmend an internationaler Bedeutung“ gewinnen (SMWK 2011, S. 11). Der Anspruch ist „Exzellenz in Forschung, Lehre und Wissenstransfer“ (ebd.). Die Universitäten sollen also (Verbund-)Forschung auf internationalem Niveau betreiben, die Qualität der Lehre steigern und neue Studierendengruppen erschließen, „die Verantwortung für die exzellente Ausbildung eines hochqualifizierten Nachwuchses der Forschung und der Wirtschaft“ (ebd., S. 20) wahrnehmen, ihre internationale Sichtbarkeit erhöhen, die Kooperation mit der Wirtschaft verstärken, mehr Weiterbildungsangebote einrichten und Verwaltungsabläufe modernisieren.

Der zentrale Zielkonflikt der sächsischen Hochschulentwicklungsplanung besteht in der kontradiktorischen Verknüpfung der Forderung nach Steigerung der Leistungen und Qualität auf der einen Seite bei gleichzeitigem Gebot zur Reduzierung der Ressourcen auf der anderen Seite (Lenk 2012, S. 60). Diesen Zielkonflikt können die Hochschulen nicht auflösen – die Realisierungschancen hochschulspezifischer Entwicklungsplanung hängt entscheidend von einer verlässlichen, aufgabenadäquaten Grundfinanzierung durch den Freistaat Sachsen ab.

I.2 „Profilschärfung“: Sinkende Grundmittel und Stellenstreichungen

Der Sächsische Hochschulentwicklungsplan 2020, mit

¹ Der vorliegende Artikel ist eine erweiterte und überarbeitete Fassung des Vortrags „Forschung und Entwicklung an Universitäten“ von Prof. Dr. med. Beate A. Schücking, gehalten am 26. August 2012 auf dem 6. Hochschulforum Syll zu „Entwicklungspotentiale des gegenwärtigen Wissenschaftssystems“.

Vorabdruck aus dem Band: Webler, W.-D. (Hg.) (2014): Ausdifferenzierung oder Konvergenz? Entwicklungspotentiale des gegenwärtigen Systems von Bildung und Wissenschaft in Deutschland. Bielefeld. (In Vorbereitung)

dem durch „eine klare Profilbildung der einzelnen Hochschule“ eine „leistungsstarke Hochschullandschaft und die innovative Vielfalt in Sachsen unter den gegebenen Rahmenbedingungen“ (SMWK 2011, S. 7) erhalten werden soll, wurde bereits vor seiner Verabschiedung vor allem als „Hochschulkürzungsplan“ wahrgenommen.

Der Plan selbst führt zwar nicht die zukünftigen Profile oder die zu streichenden Bereiche auf, mit ihm wurden aber auch nicht vorher getroffene Einsparungsentscheidungen der Landesregierung korrigiert: Bis 2020 sollen sachsenweit 700 Haushaltsstellen im Hochschulbereich wegfallen. Diese weitere Reduktion um gut 8% folgt dem Verlust von fast 1000 Stellen seit 2002 bei gleichzeitiger Erhöhung der Studierendenzahl um über 20% auf fast 105.000 (SMWK 2011, S. 147; Lenk 2012, S. 60f.). Für die Universität Leipzig bedeutet dies beispielsweise den Zwang zur Abgabe von mindestens 72 Stellen innerhalb von drei Jahren. Dass die Aufforderung zur Benennung von zu streichenden Stellen für 2013 und 2014 knapp einen Monat vor Verabschiedung des Sächsischen Hochschulentwicklungsplans und knapp zwei Monate vor geplanter Einreichung des Entwicklungsplans der Universität Leipzig erging, wirft ein Schlaglicht auf die Möglichkeiten strategischer Profilbildung und zur Nutzung der Hochschulautonomie.

Erinnert sei an die Entschließung der Hochschulrektorenkonferenz von 2011 zur rechtlichen und finanziellen Autonomie: „Gleichwohl muss der rechtlichen Autonomie auch die Autonomie in Finanzangelegenheiten folgen. Aber auch mit diesem zweiten Schritt sind die Hochschulen noch nicht tatsächlich autonom. Unerlässlich ist eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen, um diese in die Lage zu versetzen, ihren umfangreichen Aufgaben in einem Umfeld wachsenden nationalen und internationalen Wettbewerbs gerecht zu werden.“ (HRK 2011).

Leider gilt für den Freistaat Sachsen entgegen dem Bundestrend nicht, dass sich trotz rasanten und politisch gewollten Anstiegs der Studierendenzahlen die Schere zwischen Studierendenzahlen und Personalstellen hat schließen lassen (vgl. SMWK 2011, S. 146ff.). Hinsichtlich der Grundausrüstung der Hochschulen rangiert Sachsen im bundesweiten Vergleich im unteren Drittel. Im Jahr 2010 wendete beispielsweise nur Brandenburg weniger Grundmittel pro Studierenden auf als Sachsen, das um 2.050 Euro pro Studierenden unter dem Bundesdurchschnitt von 8.650 Euro lag. Die laufenden Ausgaben je ProfessorIn gingen in Sachsen von 2000 bis 2010 um nominal 18.000 Euro auf 443.000 Euro zurück und liegen damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 572.000 Euro (Lenk 2012, 64f.). Der einhergehende Investitionsstau für die Bereiche Großgeräte, große und kleine Baumaßnahmen sowie Bauunterhalt machen die Lage nicht einfacher. Ein tiefgreifender Strukturwandel der Hochschulen und des Hochschulsystems insgesamt wird in Sachsen mit im Vergleich deutlich sinkender Personal- und Grundmittelausstattung betrieben. Es versteht sich, dass auch diese strukturelle Unterfinanzierung den Gestaltungsspielraum für das Gewinnen und Halten exzellenter Wissenschaftler nicht eben vergrößert.

Sicherlich haben diejenigen Recht, die die „Verwaltung des Mangels“ als nicht neuen Teil von Universitätsrea-

lität und eben genuine Aufgabe des Managements sehen. Ob in der Übertragung der Verantwortung zur effektiveren und gerechteren Verwaltung des Mangels auf die Universitäten mit der formalen Steigerung der Hochschulautonomie auch konstruktive Handlungschancen stecken (vgl. Vobruba 2009), mag von Optimismus, Gestaltungswillen und Durchsetzungskraft abhängen.

Natürlich erhöhen Sparvorgaben den Anreiz (oder negativ: den Zwang) zur Profilbildung. Jedoch machen diese Rahmenbedingungen strategische Profilbildung unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten im Sinne der Zuführung von Ressourcen für exzellente Forschungsbereiche nicht leichter. Notgedrungen erliegen Hochschulleitungen damit auch dem politischen Euphemismus, welcher „Profilschärfung“ (durch Abbau vermeintlich randständiger Bereiche) als Profilbildung auszugeben versucht. Dies wiederum steht nicht selten im Widerspruch zu den Interessen und Förderbedingungen der Drittmittelgeber, die doch hinreichend klare Aussagen zur derzeitigen Stärke und Förderberechtigung sowie zur strukturellen Perspektive des entsprechenden Bereichs und zum Eigenanteil der Universität verlangen.

1.3 Drittmittelstärke: Förderbedingungen und Struktureingriffe

Während die laufenden Grundmittel stagnierend oder gar rückläufig sind, sind die Drittmiteleinnahmen seit Mitte des letzten Jahrzehnts deutlich angestiegen. So wurden die Haushalte der staatlichen Universitäten in Sachsen allein im Jahr 2010 zu rund 45 Prozent aus Drittmitteln finanziert. Im Ländervergleich liegt Sachsen damit mit Abstand vorn; der Bundesdurchschnitt liegt hier bei rund 30 Prozent (Statistisches Bundesamt 2012, Tabelle 2.1.3.).² Hinzu kommt: Das Verhältnis von haushalts- zu drittmittelfinanzierten Personalstellen liegt in Sachsen mittlerweile bei nur noch 1,5 zu 1 (Lenk 2012, S. 65). Positiv betrachtet deutet dies auf einen effizienten Mitteleinsatz hin, negativ betrachtet bestätigt es den Rückzug des Freistaats aus der aufgabenadäquaten Finanzierung seiner Hochschulen – mit offensichtlichen Auswirkungen auf das Potential für weitere Steigerungen der Drittmiteleinnahmen. Während nicht unbedingt von „zu Tode siegen“ (Wissenschaftsrat 2011a, S. 3) gesprochen werden muss, so stehen doch bei geringer Grundausrüstung und einer wachsenden Zahl von Verstetigungszusagen nur begrenzt Mittel für die Förderung prospektiver Forschungsbereiche zur Verfügung – als Stichworte seien hier Dynamik versus Nachhaltigkeit und Umgang mit Themenkonjunkturen genannt.

Mit der gestiegenen Bedeutung externer wettbewerblicher Forschungsfinanzierung geht die Ausrichtung von Leitungsentscheidungen und Profilentwicklung auf Förderbedingungen sowie die Abhängigkeit eines Universitätsprofils (bzw. dessen Vulnerabilität) von Förderzusagen einher.

Die Auswirkungen externer Anreizsetzung sowohl auf die Veränderung von Organisationsstrukturen als auch auf das Verhältnis von Wissenschaftlern zu „ihrer“ Orga-

² Während die sächsischen Hochschulen im Jahr 2010 Drittmittel in Höhe von rund EUR 402 Mio. einwarben, betrugen die Zuweisungen des Freistaats für die laufenden Grundmittel knapp EUR 500 Mio.

nisation Universität werden seit mehreren Jahren, wenn auch in verhältnismäßig geringer Zahl, vor allem deskriptiv im Rahmen der „Suche nach der optimalen Organisationsstruktur“ (Nickel/Zechlin 2005) von der Hochschulforschung in den Blick genommen (vgl. bspw. ebd.; Webler 2010; Wilkesmann/Schmid 2012; Reichert et al. 2012).

Neue Organisationsstrukturen und -einheiten, die durch hochschulpolitische Förderprogramme initiiert und durch Drittmittelinwerbungen ermöglicht werden, haben unter anderem in Reaktion auf die oben am Beispiel des Sächsischen Hochschulentwicklungsplans skizzierten disparaten Anforderungen an Hochschulen die Hochschulentwicklung der letzten Jahre geprägt. Eine umfassende Studie zur Hochschuldifferenzierung durch neue Organisationseinheiten für Forschung und Lehre „jenseits der Fakultäten“, etwa Graduiertenschulen, DFG-Forschungszentren, Public-Private-Partnerships, Weiterbildungs- und Lehrerbildungszentren, hat jüngst der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft vorgelegt (Reichert et al. 2012).

Die mit ihnen einhergehenden Stärken und Chancen sind kaum umstritten (u.a. strukturelle Verortung interdisziplinärer Zusammenarbeit, Ressourcenbündelung und Erzeugung kritischer Masse, Beitrag zur Profilbildung). Für die Hochschulentwicklungsplanung und Strategien der (Forschungs-)Profilbildung lohnt sich aber eine Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die mit dem Strukturwandel einhergehen.

Die strukturbildenden und thematisch-inhaltlichen Programme führen zu einer verstärkt extrinsischen Wissenschafts- (und Profil-)entwicklung: Externe Akteure (Politik, Forschungsförderer, Unternehmen), die ihren eigenen Logiken und Diskursen folgen, forcieren Hochschulentwicklung und bedingen die Möglichkeiten strategischer Planungen. Folglich stehen „der Autonomiegrundsatz in der Hochschulsteuerung und das gesamtinstitutionelle Erscheinungsbild [...] im Konflikt mit anderen Steuerungs- und Kommunikationsansprüchen, wenn die vielen neuen kooperativen Organisationseinheiten mithilfe ihrer externen Partner und Geldgeber eine weitgehende Eigendynamik entwickeln, bei deren Weiterentwicklung die Hochschule (zum Beispiel mangels Ressourcen oder Infrastruktur) nur noch eine untergeordnete Rolle spielt“ (Reichert et al. 2012, S. 14).³

Diese Entwicklungen haben Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Zentrale und Dezentrale, zwischen der wissenschaftlichen Arbeitsebene und der Ebene der Gesamtuniversität. Die wissenschaftliche Arbeitsebene steht den Anforderungen durch Hochschulpolitik, Hochschulleitungen und externe Forschungsförderer gegenüber, sich selbst zu organisieren und herausragende Forschungsleistungen zu erbringen und sich gleichzeitig in die (Profil-)Entwicklung der Gesamtorganisation einzubinden (Nickel/Zechlin 2005, S. 4; Webler 2010). Andererseits sind die Wissenschaftler durch externe Ressourcen unabhängiger von lokalen Zuweisungen. Sie können sich der Zentrale entziehen, und brauchen diese nur punktuell für die Zusage von Eigenanteilen und Verstärkungsperspektiven, für die Einordnung in das Profil und die Entwicklungsplanung sowie für die Gewährleistung von „Sichtbarkeit“.⁴

Durch die eigene Ressourcenbasis, die strategische Relevanz und die Bedeutung für das Profil der Gesamtorganisation verändern sich graduell auch die institutionellen Machtstrukturen. Reichert et al. (2012) konstatieren, dass die Trends zur strategisch handlungsfähigen Hochschule, zum themenbasierten Hochschulorganisationsmodell und zu ziel- und leistungsorientierten Finanzierungsmodellen die Hochschule als kohärenten Akteur zwar zunächst stärken. „Diese Kohärenz wird jedoch gleichzeitig unterlaufen durch die Tatsache, dass unter dem Dach der Gesamtinstitution eine Reihe von mehr oder weniger unabhängigen Subakteuren entsteht, die sich durch eine hohe Eigenständigkeit für die Steuerung und Ausgestaltung von Forschung und Lehre und eine große Diversität an unterschiedlichen öffentlichen und privaten Finanzierungsquellen auszeichnet. Diese Einheiten gewinnen innerhalb der Gesamtorganisation Hochschule direkten Einfluss auf die strategische Entwicklung und das Profil der Gesamtinstitution und damit auch an Macht auf Kosten der Fakultäten und Fachbereiche.“ (ebd., S. 16).

Neben den Herausforderungen, forschungsstarke Bereiche zu identifizieren und zu fördern, Forschungsinfrastrukturen zu optimieren, und somit die Chancen für Drittmittelinwerbungen stetig zu erhöhen, müssen sich nun Präsidien bzw. Rektorate und das Hochschulmanagement mehr denn je mit der Frage auseinandersetzen: „Was bedeutet der Strukturwandel für Governance und Steuerung einer Hochschule und ihrer Teileinheiten“ (ebd., S. 5).

II. Interne Handlungsmöglichkeiten

Die vorstehenden Ausführungen, die einige Argumente für die These liefern, dass die Freiheitsgrade bei der Profilentwicklung eingeschränkt sind, sollen keineswegs den Eindruck erzeugen, Hochschulleitungen könnten nur nach mehr öffentlichen Mitteln rufen. Im bestehenden Rahmen sind derzeit besonders Strategien zur Vernetzung, zur Binnendifferenzierung und zur Identifikation von Forschungsstärken und ihrer inneruniversitären

³ Die Einschätzungen zu einer weitgehenden Eigendynamik, bei der die Hochschule nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, scheinen vor allem für finanziell, infrastrukturell und personell deutlich über dem Niveau von Einrichtungen der traditionellen Struktur (wie Fakultäten oder Fachbereiche und Institute) ausgestattete Einheiten zu gelten, die noch dazu nur eine geringe Verbindung zur grundständigen Lehre aufweisen. Einen Überblick über (auch extern angeregte) neue Organisationsformen, denen nicht unbedingt eine hohe zusätzliche Finanzierung zu Grunde liegt, sondern deren Entstehung entweder wissenschaftsintrinsisch oder als Reaktion auf die Unsicherheit des Erhalts eines Faches motiviert ist, bieten beispielsweise die Kapitel „Kleine Fächer in der Profilbildung der Universitäten“ (HRK 2012) und „Kleine Fächer im Strukturwandel der Universitäten“ (Arbeitsstelle Kleine Fächer 2012) im Rahmen der Berichte zur Kartierung Kleiner Fächer.

⁴ Vobruba (2009) beispieleweise konstatiert mit Blick auf die politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Universitäten und die wissenschaftspolitische Exzellenzheterotopie eine „zunehmende Verlagerung der individuellen Aufmerksamkeit von den Belangen der eigenen Universität zu den Belangen der eigenen Disziplin und Profession“. Hechler/Pastermack (2012, S. 9) merken mit Blick auf Steuerungsmuster und Kontrollprobleme in Hochschulen an, „dass die Loyalität der Wissenschaftler/innen gegenüber der Hochschule geringer ist als gegenüber ihrer jeweiligen Fachcommunity: Die Fachkollegen verteilen überlokale Reputation, die Hochschule lediglich lokale“. Diese Rationalität ist gerade auch mit Blick auf die Generierung von Forschungsmitteln durch wettbewerbliche Begutachtungsverfahren der Fachkollegien nachvollziehbar.

Förderung im Fokus der Forschungsprofilbildung und Universitätsentwicklung.⁵ Dabei ist es einhergehend mit der hochschulrechtlichen Stärkung der Präsidien bzw. Rektorate besonders wichtig für Universitätsleitungen, neben der weisen Wahl formaler Instrumente und der Suche nach der Antwort auf die Frage, in welcher Organisationsform sich Forschung und Lehre am besten entwickeln können, die „weichen“ (Management-)Faktoren zu beachten. Gerade in Wandlungsprozessen (und das ist kaum neu, da sich Universitäten seit ihrer Gründung im Wandel befinden und dies auch müssen) – und angesichts unter anderem durch Drittmiteleinwerbungen zunehmend von inneruniversitären Zuweisungen unabhängigen Wissenschaftlern, die sich der Universität als Organisation nur partiell verpflichtet fühlen und die die Leitung vor allem mit dem Wunsch nach „commitments“ anrufen – gilt es, die Balance zwischen top-down initiierten Initiativen und der Unterstützung von bottom-up Prozessen zu finden, Partikularinteressen konstruktiv für die Gesamtorganisation zu vermitteln, Perspektiven aufzuzeigen, Stimmungen aufzunehmen und doch „Leitplanken“ zu setzen und engagierte Überzeugungsarbeit zu leisten.

II.1 Vernetzung: „Inseln zu Kontinenten“ und Umgang mit regionalen Bedingungen

Vernetzung und Kooperation sind sowohl wesentliche Ziele der Hochschulentwicklung als auch wesentliche Maßnahmen der Strategien der Forschungsprofilbildung. Erreicht werden soll das Heben von Synergien und Ressourceneffizienz, interdisziplinäre Vernetzung und kritische Masse für umfassende Problemlösungskompetenz und Steigerung der Innovationskraft sowie internationale Sichtbarkeit. Dabei sind die inneruniversitäre Vernetzung, die Vernetzung am Standort und die Vernetzung in der Region zwar von ihren Maßnahmen und Prozessen her unterschiedlich, können bzw. sollten jedoch nie getrennt voneinander behandelt werden.

Es ist keine einfache Aufgabe, aus Inseln möglichst große Kontinente zu bilden bzw. zu deren Bildung anzuregen, denn wer die Struktur von Universitäten kennt, weiß, dass top-down-Strategien nur begrenzt erfolgreich einsetzbar sind. Dies zeigt beispielsweise die Benennung und Unterstützung von „Wachstumszonen“ in der jüngsten Vergangenheit. Seit dem Jahr 2004 schärfte die Universität Leipzig ihre Profilbildung in der Forschung durch besondere Unterstützung fakultätsübergreifender Vorhaben. In den sogenannten Profilbildenden Forschungsbereichen (PbF)⁶, die durch Mittel für wissenschaftliche Koordinatoren und eine jährliche Grundfinanzierung für Vernetzungsaktivitäten unterstützt werden, arbeiten Wissenschaftler verschiedener Fakultäten der Universität mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen. Hiervon profitierten zwar die strukturierte Doktorandenqualifizierung und die Sichtbarkeit im Sinne des Marketings. Die Weiterentwicklung hin zu größeren Förderinstrumenten erwies sich aber in wesentlich größerem Ausmaß als abhängig von der Gewinnung und dem Engagement herausragender Wissenschaftler, als von der Existenz dieser auf die Universität zentrierten Strukturen. Entsprechend erscheinen strategische Berufungen und in Einzelfällen außerordentliche

Berufungsverfahren mit aktivem Headhunting als Basis für erfolgreiche Forschungsprofilbildung.

Diese Erfahrung sollte auch einfließen in die weitere Entwicklung des Forschungsgeschehens am Standort Leipzig: Besondere Erfolge – gerade auch in der Exzellenz-Initiative – haben diejenigen deutschen Universitäten verbuchen können, die die strukturellen Vorteile einer Nachbarschaft zu großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit eigenen Förderinstrumenten und dazu passenden Möglichkeiten zu Verbundforschung zusammenführen konnten.

Wichtig für die Realisierung von Vorhaben sind die Synergie-Effekte, die vor allem im Bereich der intensiv auf Großgeräte angewiesenen Forschung durch die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Instituten entstehen. Bei stagnierenden oder sogar sinkenden Ausgaben der Landeshaushalte für Hochschulen im Vergleich zur ansteigenden Bundesfinanzierung für die MPG etc. ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

„Belohnt“ worden sind durch Erfolge in der Drittmiteleinwerbung aus nationalen Quellen entsprechend diejenigen Universitäten, die frühzeitig diese Zeichen der Zeit erkannt haben, und deren geographische Lage es ermöglichte, rechtzeitig entscheidende Weichen zu stellen. Günstig waren bereits bestehende, gute Kooperationen in das außeruniversitäre Umfeld; ungünstig große Distanzen, oder mangelnde Passfähigkeit. Nach dem im Sächsischen Hochschulentwicklungsplan dokumentierten Willen der Landesregierung soll das Profil der Universität Leipzig künftig maßgeblich durch den Forschungskontext der Leipziger „Wissenschaftsregion“ bestimmt werden. Während klar sein muss, dass wissenschaftliche Vernetzung nicht von geographischen Grenzen determiniert werden kann, erscheint das Konzept der Wissenschaftsregion, verstanden als verstärkte Kooperation der Hochschulen untereinander und mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und das Nutzen von räumlicher Nähe zur Weiterentwicklung und Stärkung der Kompetenzen in Forschung, Lehre und Transfer, durchaus zielführend. Bereits 2008 wurde auf Initiative der Universität Leipzig hin das Leipziger Forschungsforum gegründet, um bestehende Kooperationen zu verankern und langfristige Kooperationen bei Forschungsaktivitäten und Graduiertenförderung der im Leipziger Forschungsforum gemeinsam tagenden Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu koordinieren.⁷ Dieses Forum gilt es weiterzuentwickeln.

Zur Einbindung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in die Profilbildung und Forschungsstrategie sind, basierend auf Kooperationsverträgen, vor allem gemeinsame Berufungen (im Idealfall auch bereits für Juni-

⁵ Besonders durch die Exzellenzinitiative angeregt bzw. befördert wurden Maßnahmen in den strategischen Handlungsfeldern: Entwicklung neuer Strukturen, Organisationsformen und Steuerungsinstrumente; Personalrekrutierung; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Interdisziplinarität; Kooperation. Für eine Übersicht der eingesetzten Maßnahmen siehe beispielsweise Sondermann et al. 2008.

⁶ Die derzeitigen sechs „Profilbildenden Forschungsbereiche“ der Universität Leipzig: Von Molekülen und Nanoobjekten zu multifunktionalen Materialien und Prozessen; Mathematik in den Naturwissenschaften; Molekulare und zelluläre Kommunikation: Biotechnologie, Bioinformatik und Biomedizin in Therapie und Diagnostik; Gehirn, Kognition und Sprache; Riskante Ordnungen; Veränderte Umwelt und Krankheit (www.zv.uni-leipzig.de/forschung/pbf.html; letzter Aufruf 1.2.2013).

orprofessuren) zu verstärken und die Anknüpfungspunkte, die sich aus gemeinsamer Nachwuchsförderung, wie sie beispielsweise an der Universität Leipzig mit den Max-Planck-Instituten durch die Integrated Max Planck Research Schools (IMPRS) in der Research Academy Leipzig angesiedelt ist, für gemeinsame Verbundforschung zu nutzen.

Über den Standort hinaus engagiert sich die Universität Leipzig seit den 1990er Jahren in einem weiteren räumlich orientierten Kooperationsvorhaben, dem Universitätsverbund Mitteldeutschland der Universitäten Leipzig, Halle-Wittenberg und Jena. 2011 hat der Wissenschaftsrat (2011b) festgestellt, dass in der Bildung und Stärkung von Hochschulverbünden ein an Bedeutung gewinnendes Differenzierungselement des Hochschulsystems liegt. „Voraussetzungen dafür sind eine kohärente Beschreibung von Gemeinsamkeiten der beteiligten Hochschulen, eine Festlegung gemeinsam verfolgter strategischer Ziele, ein Mehrwert in der Zusammenarbeit, der über die Bildung eines Reputationsverbundes hinausgeht, und der Wille, einander wechselseitig als Maßstab für Leistungsvergleiche anzuerkennen“ (ebd., S. 8). Das gemeinsam von den Universitäten Leipzig, Halle-Wittenberg und Jena eingeworbene, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte und an der Universität Leipzig angesiedelte, Nationale Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) steht exemplarisch für das Potential von Hochschulverbünden, zumal über Landesgrenzen hinweg. Die Ähnlichkeit der Fächerstruktur bei jeweils spezifischer Schwerpunktsetzung in den Disziplinen an den drei Universitäten war eine der Bedingungen für diese erfolgreiche Verbindung der drei „Inseln“ zu einem „Kontinent“ der Biodiversitätsforschung. Eine weniger wissenschaftliche als vielmehr hochschulpolitische Herausforderung der regionalen Nähe und Überschneidung ist die vermeintliche „Dopplung“ von Fächern an den drei Universitäten, die jeweils die Breite der Geistes- und Sozialwissenschaft abdecken, jedoch keine ingenieurwissenschaftlichen Fächer haben. Die Universität Leipzig steht nun vor der Herausforderung, gegenüber den ansonsten Technischen Universitäten in Sachsen ihre Alleinstellung als Volluniversität zu bewahren bzw. im Rahmen der Profilbildung zu nutzen – und gleichzeitig das Fächerangebot vor dem Hintergrund der Einsparvorgaben auch mit den beiden ähnlich aufgestellten benachbarten Universitäten im Universitätsverbund Mitteldeutschland abzustimmen. Ohne dabei jedoch wiederum die wichtigen Anknüpfungspunkte (zumal mit komplementären Spezialisierungen in den Fächern an den jeweiligen Universitäten) für Vernetzung und Verbundforschung zu verlieren.

Gehen aus der Vernetzung bzw. „Kontinentbildung“ neue Organisationseinheiten hervor, die zudem „jenseits der Fakultäten“ stattfinden, also beispielsweise Graduiertenschulen, Sonderforschungsbereiche, Nationale Forschungszentren oder Integrierte Forschungs- und Behandlungs- sowie Translationszentren in der Medizin, erscheinen folgende Faktoren entscheidend für den nachhaltigen Erfolg: der wissenschaftliche und finanzielle Mehrwert muss für die beteiligten Wissenschaftler deutlich werden; die Einrichtung muss den strategischen

Prioritäten der Gesamtorganisation entsprechen; es muss eine Balance gefunden werden zwischen der relativen Ferne zu den klassischen akademischen Gremien, die als effizienzsteigernd angesehen wird, und der Rückbindung an die traditionelle Struktur von Fakultäten und Instituten, die für die Gewährleistung der Nachhaltigkeit wichtig ist; der Komplexität der Ansprüche interner und externer Partner muss durch einen gewissen Grad an Flexibilität und Entbürokratisierung entsprochen werden; und es braucht gestalterische Kompetenzen und Freiheitsgrade der Hochschulleitungen sowie unternehmerischen Geist der Leiter der neuen Einheiten (vgl. Reichert et al. 2012, S. 17).

II.2 Binnendifferenzierung und die Verbindung von Forschung und Lehre

Der Wissenschaftsrat führt in seinen Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen auf, dass die Hochschulen „die innere Ausdifferenzierung einzelner Leistungsbereiche gezielt vorantreiben und entsprechend unterschiedliche Strukturbedingungen (z.B. bei der Personalstruktur) etablieren“ sollen und dass „eine stärkere Binnendifferenzierung auch zu Gunsten lehrorientierter Bereiche“ entwickelt werden soll (Wissenschaftsrat 2011b, S. 9).

Ein Beispiel für die Herausforderung, lehrorientierte Bereiche zu stärken, ohne aber vom Selbstverständnis als forschungsorientierte Universität abzurücken, ist der Ausbau der Lehrerbildung im Zuge der Sächsischen Hochschulentwicklungsplanung. Mit ihrem Hochschulspezifischen Entwicklungsplan hat sich die Universität Leipzig als Kompetenzzentrum für Lehrerbildung in Sachsen und Mitteldeutschland aufgestellt, stellt dabei aber nicht ihr grundsätzliches Bekenntnis zu forschungsorientierter Lehre in Frage. Mithin ist es Ziel, zumindest Teile der an der Lehrerbildung Beteiligten in das (Forschungs-)Profil einzubinden und gerade den Erziehungswissenschaften neue Forschungs- und Vernetzungsperspektiven, auch im Sinne des Leitbilds der „integrierten Volluniversität“, zu eröffnen. Eine an der Universität Leipzig verfolgte Maßnahme ist der Aufbau eines „Zentrums für die Entwicklung in der frühen Kindheit“. Durch dieses werden die Breite interner Kooperationsmöglichkeiten und die Anknüpfungspunkte zum außeruniversitären Forschungsumfeld genutzt, positioniert sich die Universität in einem weiteren Feld von hohem gesellschaftlichen Interesse und es wird, und das ist für die Lehrerbildung relevant, die bisher wenig beachtete kognitive, emotionale und soziale Entwicklung für den gesamten Altersbereich der ersten sechs Lebensjahre, von der die schulische Leistungsfähigkeit abhängt, fokussiert. Im Zentrum sollen Grundlagen- und Anwendungsforschung sowohl mit neuro- und kognitionswis-

⁷ In den vergangenen Jahren haben sich um die Universität Leipzig insgesamt 17 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gruppiert – u.a. drei Max-Planck-Institute (MPI für evolutionäre Anthropologie, MPI für Kognition- und Neurowissenschaften, MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften), zwei Institute der Fraunhofer-Gesellschaft (Institut für Zelltherapie und Immunologie, Zentrum für Mittel- und Osteuropa, drei Leibniz-Institute (Institut für Länderkunde, Institut für Oberflächenmodifizierung, Institut für Troposphärenforschung) und das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – und das Forschungspotenzial am Standort Leipzig mit neun An-Instituten sowie fünf weiteren Hochschulen nachhaltig verstärkt.

senschaftlichen als auch mit erziehungswissenschaftlichen und kulturanthropologischen Ansätzen betrieben werden. Diese thematisch fokussierte interdisziplinäre Kooperation der universitären Erziehungswissenschaften, der Psychologie und der Kulturwissenschaften sowie der Max-Planck-Institute für Kognitions- und Neurowissenschaften und evolutionäre Anthropologie vereint mit Blick auf Strategien der Forschungsprofilbildung potentiell neben der Vernetzung und Einbindung der in der Lehrerbildung stark beanspruchten Erziehungswissenschaften auch das Potential der an der Universität Leipzig vorhandenen Area Studies für kulturspezifische und kulturvergleichende Ansätze. Im Sinne eines synergetischen Ansatzes, der die sogenannten ‚Kleinen Fächer‘ als Ergänzungen für die systematischen Disziplinen auffasst, könnten beide profitieren. Auch bisher eher isolierte Fächer werden angeregt, Schnittstellen zu bilden und zu nutzen.⁸

Insofern ist das „Zentrum für die Entwicklung in der frühen Kindheit“ bzw. dessen Konzeption auch ein gutes Beispiel dafür, wie einerseits das Potential einer Volluniversität genutzt werden kann, wie jedoch die Beteiligung von Fächern, so strategisch sinnvoll sie aus Perspektive der Universitätsleitung auch sein mag, nicht top-down verordnet werden kann und kaum ohne die Einwerbung von Drittmitteln zu realisieren ist. Gerade da dieses Vorhaben im Rahmen der strategischen Hochschulentwicklungsplanung durch die Universitätsleitung initiiert ist, gilt es besonders, die wissenschaftliche Arbeitsebene und die beteiligten Fakultäten „mitzunehmen“.

II.3 „Zukunftsfähigkeit“: Identifikation und Einrichtung von Schwerpunkten

Seit vielen Jahren diskutiert und ohne dass Hochschulberatung und -forschung bisher den „Königsweg“ aufgezeigt haben, ist die Frage: „Können und sollen wissenschaftliche Arbeitsprozesse, die von der ‚unberechenbaren geistigen Produktivität‘ ihrer Produzentinnen abhängen, stärker gesteuert werden?“ (Nickel/Zechlin 2005, S. 5). In der Strategie- und Organisationsentwicklung (und täglichen Praxis) stehen Universitätsleitungen vor der Herausforderung, die Anforderungen an ihre Wissenschaftler, sich sowohl in die gesamtuniversitäre Entwicklung einzubringen als auch sich selbst innerhalb von Forschungsk Kooperationen zu managen und herausragende Forschungsleistungen zu erbringen, zu balancieren und abzuwägen.⁹

Insofern ist im Prozess der Forschungsprofilbildung die Perspektive auf die Gesamtorganisation mit der Frage nach den optimalen Bedingungen für Forschung (Infrastruktur, Organisationsform, System der Mittelzuweisung etc.) zu verbinden. Die Universitätsleitung steht dabei naturgemäß stärker als die wissenschaftliche Arbeitsebene in der Verantwortung für die Gesamtuniversität, wobei nochmals zu unterscheiden ist zwischen der Beachtung externer Adressaten (Was leistet die Universität, wofür steht sie, was ist ihre Alleinstellung, wie sind Forschungsstärken prägnant zu kommunizieren?) und interner Gestaltung (Wie können Stärken gestärkt werden, Schwächen abgebaut werden, bisher nicht im Forschungsprofil abgebildete oder gar nicht Beteiligte ein-

gebunden oder aber zu Gunsten der weiteren Stärkung starker Bereiche reduziert werden?).

Wie unterschiedlich „Forschungsprofil“ definiert und kommuniziert wird, zeigt sich bereits bei einem kursorischen Vergleich der Universitäten in Sachsen und im Universitätsverbund Mitteldeutschland. Die Spanne reicht von sehr allgemein, auf der Ebene beteiligter Fächer bleibend, wie an der TU Dresden¹⁰, über auf beteiligte Disziplinen deutende Themennennung wie an der Universität Jena¹¹ oder Interdisziplinarität vermittelnde Themennennung wie an der TU Chemnitz¹² bis hin zu einer auf den Forschungsbereich bzw. das Forschungsprogramm deutenden Betitelung, wie an den Universitäten Halle-Wittenberg¹³ und Leipzig¹⁴.

Im Rahmen ihrer hochschulspezifischen Entwicklungsplanung hat sich die Universität Leipzig für die Neudefinition ihres Forschungsprofils und Weiterentwicklung ihrer Profilbildenden Forschungsbereiche zu einem durch die Universitätsleitung initiierten, vorschlagsbasierten, wettbewerblichen und extern begutachteten Prozess entschieden. Dabei haben sich Universitätsleitung und zentrale Gremien bewusst gegen eine top-down Definition von Schwerpunkten aufgrund wahrgenommener Stärke entschieden und für eine externe Sicht, um einen (unbewussten) Binnen-Bias zu vermeiden und eine Orientierung an internationalen Benchmarks durchzusetzen. Hauptkriterien für die Bewertung im Rahmen des Prozesses zur Identifikation der Forschungsprofillinien der Universität Leipzig sind Vernetzung, Generierung drittmittelgeförderter Verbundprojekte und Gewinnung exzellenter (Nachwuchs-)Wissen-

⁸ Als Instrument sind beispielsweise gemeinsam betreute Promotionen zwischen Erziehungswissenschaften oder Psychologie und Area Studies als Vorstufe zu Nachwuchsforschergruppen oder spezifischen Graduiertenkollegs vorstellbar.

⁹ Siehe auch die Ausführungen oben zu Förderbedingungen und Strukturgriffen. Nickel/Zechlin (2005) beispielsweise haben diese Punkte mit Blick auf das Verhältnis zwischen zentraler und dezentraler Ebene (wissenschaftliche Arbeitsebene in Fakultäten/Fachbereichen) aufgeführt. Die gleichen Fragen stellen sich unserer Ansicht nach speziell auch für Forschungsorganisation „jenseits der Fakultäten“.

¹⁰ Die fünf „Forschungsprofillinien“ der TU Dresden: Gesundheitswissenschaften, Biomedizin und Bioengineering; Informationstechnologien und Mikroelektronik; Intelligente Werkstoffe und Strukturen; Kultur und Wissen; Energie und Umwelt (www.tu-dresden.de/forschung; letzter Aufruf 1.2.2013).

¹¹ Die fünf „Schwerpunktgebiete“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Optik, Photonik und photonische Technologien; Innovative Materialien und Technologien; Dynamik komplexer biologischer Systeme; Laboratorium Aufklärung; Menschen im sozialen Wandel (www.uni-jena.de/forschungsschwerpunkte.html; letzter Aufruf 1.2.2013).

¹² Die drei „Schwerpunkte“ der TU Chemnitz: Energieeffiziente Produktionsprozesse; Faktor Mensch in der Technik; Intelligente Systeme und Materialien (www.tu-chemnitz.de/forschung; letzter Aufruf 1.2.2013).

¹³ Die vier „Forschungsschwerpunkte“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Materialwissenschaften – Nanostrukturierte Materialien; Biowissenschaften – Makromolekulare Strukturen und biologische Informationsverarbeitung; Aufklärung – Religion – Wissen; Gesellschaft und Kultur in Bewegung. Diffusion – Experiment – Institution (www.uni-halle.de/forschung/forschungsschwerpunkte; letzter Aufruf 1.2.2013).

¹⁴ Die oben bereits genannten derzeitigen sechs „Profilbildenden Forschungsbereiche“ der Universität Leipzig: Von Molekülen und Nanoobjekten zu multifunktionalen Materialien und Prozessen; Mathematik in den Naturwissenschaften; Molekulare und zelluläre Kommunikation: Biotechnologie, Bioinformatik und Biomedizin in Therapie und Diagnostik; Gehirn, Kognition und Sprache; Riskante Ordnungen; Veränderte Umwelt und Krankheit (www.zv.uni-leipzig.de/forschung/pbf.html; letzter Aufruf 1.2.2013).

schaftler. Im Antragsprozess zielt der Begriff der Profillinien zunächst auf die Benennung inhaltlich starker und gut vernetzter Forschungsbereiche der Universität – unabhängig davon, ob sie bereits entsprechend organisiert sind. Die bereits institutionell aufgestellten Bereiche (beispielsweise durch SFBs oder geförderte Zentren) sollten sich innerhalb einer Profillinie, im Sinne der „Kontinentbildung“ idealerweise gemeinsam mit anderen Verbundprojekten, darstellen.

Gerade mit Blick auf solche neu bewilligten Großförderungen, die in wesentlich größerem Ausmaß auf die Gewinnung, das Engagement und die Etablierung herausragender Wissenschaftler als auf die Existenz eines einstmals festgelegten gesamtuniversitären Forschungsprofils zurückzuführen waren (und entsprechend in den Profilibildenden Forschungsbereichen keine Sichtbarkeit erfahren), gehört zum erfolgreichen Ausbau des Profils die An- und Einpassung der weiteren Forschung der Universität an das gewonnene „Herzstück“, das hoffentlich genug Schnittstellen aufweist, um eine solche „Kontinentbildung“ zu ermöglichen.

Daneben geht der Blick auch auf die mögliche Konkurrenz, von der es sich zu unterscheiden gilt auf dem Weg zum unverwechselbaren Profil. Alleinstellungsmerkmale sind günstig. Für die natur- und lebenswissenschaftlichen Felder an der Universität Leipzig ist dies bereits gelungen bzw. auf einem klaren Weg. So bietet beispielsweise der Einwerbungserfolg der Universität Leipzig, gemeinsam mit den Universitäten Jena und Halle, das einzige deutsche Biodiversitätszentrum aufzubauen, eine hervorragende Basis, dieses Zentrum auch inhaltlich mit der bestehenden großen Kohortenforschung in der Medizin, die sich den Zivilisationserkrankungen, aber auch dem Gesundheitspotential einer Bevölkerung widmet, zu verknüpfen. Auch bereits bestehende und in Beantragung befindliche Förderprogramme zur Adipositasforschung passen in dieses Bild. Und als ein weiteres, naheliegendes Thema an diesen Schnittstellen wird bereits der Fokus auf die menschliche Evolution und Krankheit/Gesundheit sichtbar, getragen von Universität und dem thematisch einschlägigen Leipziger Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie.

Weniger klar scheint es in den Bereichen, die aus Sicht vieler das traditionelle Profil einer der ältesten deutschen Universitäten ausmachen und ihr Selbstverständnis prägen: den Geistes- und Sozialwissenschaften, die zudem in der Fächerstruktur die Alleinstellung gegenüber den sonst Technischen Universitäten in Sachsen ausmachen. Gerade in den Bereichen, die durch hohe Expertise von Wissenschaftlern der Universität wahrgenommen werden, wie Psychologie, Linguistik, Area Studies oder Digital Humanities, muss besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, zum Beispiel durch strategische Berufungen, eine kritische Masse von zu einem übergreifenden Thema arbeitenden Wissenschaftlern zusammenzubringen, oder aber im Gegenstromprinzip zwischen Universitätsleitung, Fakultäten und einzelnen Wissenschaftlern zukunftsweisende Profillinien basierend auf vorhandenen Stärken zu definieren.

Bei allem Streben nach Festlegung von umfassenden Schwerpunkten zur Steigerung von Innovationskraft, Drittmittelfähigkeit und Sichtbarkeit muss die Entwick-

lungsplanung auch auf die individuelle Förderung wie das DFG-Normalverfahren und – von zunehmender Bedeutung – ERC-Grants abzielen. Die Bedeutung der Individualität des einzelnen Forschers, wie sie sich besonders in der fundamentalen Rolle erfolgreicher Berufungen zeigt, und durch welche sich letztendlich das Profil der Universitäten konstituiert, darf nicht vernachlässigt werden. Strategien der Forschungsprofilierung und deren Umsetzung hin zu organisierten Kooperationen sollten also so gestaltet werden, dass sich die Schöpferkraft für wissenschaftlichen Fortschritt noch frei und selbstbestimmt entfalten kann. Und sowohl hinsichtlich des individuellen Wissenschaftlers als auch hinsichtlich der akademischen Gremien ist nicht zu vergessen: „Bei der Obstruktion empfundener Zumutungen sind Professoren besonders virtuos“ (Hechler/Pasternack 2012, S. 9).

Während die Profilibereiche beispielsweise über Zielvereinbarungen oder Ausschüttungen aus Leistungs- und Innovationsbudgets gefördert werden können, sind für den Aufbau neuer Strukturen zusätzlich extramurale Ressourcen nötig. Auch muss den Hauptakteuren Entlastung durch z.B. Supportservices und Deputatsreduktionen geschaffen werden. Die obigen Ausführungen zu Grundmitteln und dem Verhältnis von Haushalts- zu Drittmittelstellen belegen dagegen, wie wichtig die intrinsische Motivation der Wissenschaftler bleibt und wie eingeschränkt wiederum der Handlungsspielraum für eine zentrale Unterstützung in der Breite ist.

Daher erscheint ein Erfolgsfaktor für die erfolgreiche Etablierung sowohl der universitären Profilibereiche als auch neuer Organisationseinheiten in der Forschung zwar fast banal, aber in der gesamtuniversitären Abstimmung doch herausfordernd: So wie Forschungsverbünde und neue Organisationseinheiten „jenseits der Fakultäten“ einen Profilibereich konstituieren oder das Profil prägen, „muss die neue Organisationseinheit die Profillinien und strategischen Prioritäten der Hochschule und ihrer Leitung entsprechen“ (Reichert et al. 2012, S. 15). Es gilt also, mit der Wechselwirkung zwischen bestehenden bzw. eingeworbenen Forschungsverbünden und „dem Profil“ mit Weitblick umzugehen. Anders ausgedrückt: Damit Profilibereiche ihre strategische Funktion erfüllen können und „Profil“ nicht zur Leerformel wird, müssen Universitätsleitungen, gerade unter Bedingungen der Mittelknappheit, auch bereit sein, Drittmittelanträge nicht zu befürworten bzw. nicht mit den für eine potentielle Bewilligung nötigen Zusagen zu versehen. Oder sie müssen bereit sein, die Profillinien kurzfristig anzupassen mit den entsprechenden potentiell negativen Konsequenzen für andere Einheiten und Profillinien (beispielsweise durch dann unwirksame strategische Berufungen) – von der ungewissen Gremienzustimmung einmal ganz abgesehen. Anknüpfend an den oben aufgeführten Punkt zu den Auswirkungen von Verstetigungszusagen sind also die Fragen relevant, wie das Verhältnis zwischen Flexibilität und Nachhaltigkeit abgewogen wird, inwieweit sich auf Forschungstrends und externe Bedarfe reagieren lässt und inwieweit sich die Universität „in Abhängigkeit von Themenkonjunkturen [beigibt], die nicht wissenschaftlichen, sondern anderen (zum Beispiel politischen) Logiken folgen“ (ebd., S. 17).

III. Ausblick

Die großen Herausforderungen der Strategieentwicklung, Profilbildung und Steuerung sollten mit Sicherheit auch für die Hochschulforschung und -beratung in nächster Zeit weiter bzw. verstärkt Beachtung finden. Vor dem Hintergrund, dass die Fragen nach dem „Profil“ und den „Strategien der Profilbildung“ zum Mainstream der Hochschulpolitik und des Hochschulmanagements geworden sind – extern gefordert und intern gestaltet – gab der vorliegende Artikel einige Anregungen für die Auseinandersetzung mit der Frage, wie groß die Freiheitsgrade bei der Profilentwicklung überhaupt sind. Kann es angesichts (noch) steigender Studierendenzahlen bei relativ und absolut sinkenden Grundmitteln „autonome“ Profilentscheidungen geben – autonom nicht nur von Wissenschaftsministerien, sondern auch autonom vom Forschungsfördersystem? Oder sind es eben die angestrebten und erfolgreichen Einwerbungen, die Strukturen bestimmen und Profile definieren?

Über deskriptive Bestandsaufnahmen und die Sammlung von sogenannten best practices hinausgehend erscheint die Prozessbegleitung und Systematisierung des Umgangs mit den dynamischen Spannungsfeldern der institutionellen Entwicklung der Hochschulen und des Hochschulsystems, wie sie zum Beispiel die zitierte Studie „Jenseits der Fakultäten“ (Reichert et al. 2012) zusammenfasst, besonders reizvoll: intrinsische vs. extrinsische Wissenschaftsentwicklung, institutionelle Identität vs. Entgrenzung, Forschungsfreiheit vs. Kooperationszwang, Nachhaltigkeit vs. Dynamik, Profilierung vs. Standardisierung, internationale vs. regionale Ansprüche, um nur einige aufzuführen.

Folgt man der These, dass Profil- und Strukturentwicklung maßgeblich durch Drittmiteleinwerbungen bestimmt wird und die Freiheitsgrade für Universitätsleitungen bei der Profilentwicklung eingeschränkt sind, und hält die Hochschulpolitik an der Vielzahl teilweise unvereinbarer Ansprüche an Hochschulen fest, wird es besonders spannend sein, von welchem Akteur und durch welche Art der Steuerung die „Differenzierung des Hochschulsystems“ als verbreitetste Antwort auf die Anspruchsinflation und die vermeintlichen Restriktionen der öffentlichen Haushalte gestaltet wird. Im Sinne der Forschungsorientierung ist zu hoffen, dass dies nicht allein durch das weitere Absenken von Grundmitteln geschieht. Vor allem angesichts der sich in Zukunft weiter europäisierenden (Forschungs-)Finanzierung werden für die oben genannte Prozessbegleitung und Systematisierung auch die Konsequenzen bzw. der Umgang mit stärkerer EU-Finanzierung zu behandeln sein: Während derzeit „Profil“ und „Differenzierung“ noch vorrangig innerhalb des nationalen Referenzrahmens diskutiert und ausgerichtet werden, wird nicht zuletzt durch die wachsende Bedeutung der durch EU/ERC ausgereichten

Drittmittel eine weitere Dimension der Profil-, Alleinstellungs-, Differenzierungsdebatte an Raum gewinnen. Von Förderbedingungen (inklusive der Ausgestaltung leistungsabhängiger Zuweisungen durch die Länder) hängt auch ab, wann und ob eine deutsche, ihrem Anspruch nach forschungsorientierte Universität in ihren Entwicklungsplänen und Eigendarstellungen von „Profilbildung jenseits der [Forschungs-]Exzellenz“ (Borgwardt 2013) im Kontext von Leistungsfähigkeit und Alleinstellungsmerkmalen sprechen wird.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsstelle Kleine Fächer (2012): Abschlussbericht des Projekts Kartierung der sog. Kleinen Fächer mit den Statements der Internationalen Tagung „Kleine Fächer in Deutschland, Europa und in den USA“ vom 2. Dezember 2011. Potsdam.
- Borgwardt, A. (2013): Profilbildung jenseits der Exzellenz: Neue Leitbilder für Hochschulen. Berlin.
- Hechler, D./Pasternack, P. (2012): Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung. Halle-Wittenberg.
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (2011): Zur Hochschulautonomie. Entschließung der 10. Mitgliederversammlung am 03.05.2011. Bonn.
- Lenk, T. (2012): Fiskalische Argumente in der Hochschulentwicklungsplanung der Länder. In: Syncwork (Hg.): Vollkosten- und Trennungsrechnung – Chancen und Risiken für die Steuerung der Hochschulen. Berlin. (unter Mitarbeit von Mathias Lauke).
- Nickel, S./Zechlin, L. (2005): Die Suche nach der optimalen Organisationsstruktur. In: Welte, H. et al. (Hg.): Management von Universitäten. München.
- Reichert, S. et al. (2012): Jenseits der Fakultäten: Hochschuldifferenzierung durch neue Organisationseinheiten für Forschung und Lehre. Edition Stifterverband: Essen.
- Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) (2011): Der Sächsische Hochschulentwicklungsplan bis 2020. Dresden.
- Sondermann, M. et al. (2008): Die Exzellenzinitiative: Beobachtungen aus der Implementierungsphase. iFQ-Working Paper No.5. Bonn.
- Statistisches Bundesamt (2012): Bildung und Kultur. Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen. Wiesbaden.
- Vobruba, G. (2009): Die Struktur der Verantwortungsfreiheit: Thesen zur Hochschulpolitik. http://www.denkstroeme.de/heft-2/s_209-214_vobruba (letzter Aufruf: 2.2.2013).
- Webler, W.-D. (2011): Fakultäten, Fachbereiche oder Departments? Organisationsformen und universitäre Herausforderungen. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Universitäre Bildung von Humboldt bis Bologna“ an der Universität Osnabrück.
- Wilkesmann, U./Schmid, Ch. J. (Hg.) (2012): Hochschule als Organisation. Wiesbaden.
- Wissenschaftsrat (WR) (2011a): Neue Entwicklungen der Hochschulfinanzierung. Bericht des Vorsitzenden zu aktuellen Tendenzen im Wissenschaftssystem. Berlin.
- Wissenschaftsrat (WR) (2011b): Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen. Bonn.

■ **Andreas Baumert, M.A.**, wissenschaftlicher Referent des Prorektors für Entwicklung und Transfer, E-Mail: baumert@uni-leipzig.de
 ■ **Prof. Dr. med. Beate A. Schücking**, Rektorin der Universität Leipzig, E-Mail: rektorin@uni-leipzig.de

Dietrich v. Engelhardt



*Dietrich
v. Engelhardt*

Alexander von Humboldt oder: Wissenschaft, Philosophie und Kunst im Dialog

„Man meidet gewöhnlich einander, wenn man verschiedene Beschäftigungen hat, weil man sich gegenseitig langweilt. Der Gelehrte hat dem Dichter, der Dichter dem Physiker nichts zu sagen, und selbst die Vertreter verschiedener Wissenschaften interessieren sich selten für die jeweiligen Arbeitsbereiche.“ Dieses pessimistische Urteil stammt weder von Alexander von Humboldt (1769-1859) noch von Goethe (1749-1832), auch nicht von Charles Percy Snow (1905-1980) aus seinem Essay *The two cultures and the scientific revolution* (1959-1963), sondern aus Madame de Staëls (1766-1817) zu ihrer Zeit sehr beachteter und auch heute noch anregender Studie über Deutschland (*De l'Allemagne*) aus dem Jahre 1810. Unter dem Einfluss der zeitgenössischen Philosophie hätte sich in Deutschland, so die französische Schriftstellerin und engagierte Napoleongegnerin, diese bedauerliche Situation allerdings grundlegend und zum Positiven verändert: „Die Gelehrten ergründen die Natur mit Hilfe der Einbildungskraft, die Poeten finden in den Wissenschaften die wahren Schönheiten der Natur; und die Unterrichteten sowohl als die Gelehrten bereichern die Dichter, jene durch Erinnerungen, diese durch Analogien.“

I. Kontext und Anlass

Der Erfolg dieser neuen und von Madame de Staël sehr begrüßten Entwicklung blieb allerdings zeitlich und räumlich recht begrenzt, was den englischen Physiker und Essayisten Snow dann im 20. Jahrhundert zu seiner provozierenden Diagnose – ohne therapeutische Vorschläge – der fundamentalen Trennung der Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften verleitete; die Naturwissenschaftler hielten die Geisteswissenschaften für belanglos, umgekehrt erschienen den Geisteswissenschaftlern die Naturwissenschaften als kulturlos. „Between the two a gulf of mutual incomprehension – sometimes (particularly among the young) hostility and dislike, but most of all lack of understanding.“

Die Wurzeln dieser Kluft, die zu einem durchgängigen Charakteristikum der modernen Kultur- und Wissenschaftssituation bis in die Gegenwart wurde, liegen bereits in der Renaissance mit der Säkularisierung und der Emanzipation der Naturwissenschaften und Medizin. Immer wieder kommt es während der Neuzeit zu Versuchen der Verbindung und Integration – in den Naturwissenschaften wie Geisteswissenschaften, vor allem aber auch in der Medizin, die unaufhebbar aus Objektivität

und Subjektivität besteht, aus der Krankheit und dem Kranken, aus der Therapie und dem Arzt. „Wir kennen nicht Krankheiten, sondern nur kranke Menschen“, stellt mit Recht der Internist Rudolf von Krehl (1861-1937) zu Beginn des 20. Jahrhunderts fest. Der Psychiater und Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) sieht in dieser Perspektive im naturwissenschaftlichen Erklären und geisteswissenschaftlichen Verstehen einen grundsätzlichen Methodendualismus der Medizin, der zuvor von dem Philosophen und Pädagogen Wilhelm Dilthey (1833-1911) auf die klassische Formel gebracht wurde: „Die Natur erklären wir, das Seelenleben verstehen wir.“

Anne Louise Germaine de Staël, die in ihren Kenntnissen über Deutschland auch von Wilhelm von Humboldt (1767-1835) angeregt wurde, hält seinen Bruder Alexander von Humboldt wie vor ihm Albrecht von Haller (1708-1777) und Johannes Kepler (1571-1630) für herausragende Beispiele dieser ganzheitlichen oder interdisziplinären Einstellung unter deutschen Naturwissenschaftlern und Medizinern. Im übrigen hätten auch die Naturphilosophen Friedrich Wilhelm Joseph von Schelling (175-1854), Franz von Baader (1765-1841) und Gotthilf Heinrich von Schubert (1780-1860) Schriften veröffentlicht, „in welchen die Wissenschaften in einen Gesichtspunkt gestellt sind, der Reflexion und Einbildungskraft zugleich beansprucht.“

Keine Epoche der neuzeitlichen Wissenschaftsgeschichte ist so intensiv und so vielfältig in den Beziehungen zwischen Philosophie, Naturwissenschaft und Medizin wie die Zeit der Romantik und des Deutschen Idealismus um 1800. Philosophen besitzen naturwissenschaftliche Kenntnisse, sind über empirische Beobachtungen, Erklärungen und Theorien informiert, beteiligen sich an Experimenten, nehmen an Exkursionen teil, besuchen naturwissenschaftliche und medizinische Vorlesungen; der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831) bewirbt sich um eine Botanikprofessur in Heidelberg und soll sogar einen Anatomiekurs in Tübingen absolviert haben. Umgekehrt verfolgen Naturforscher und Mediziner die philosophischen Diskussionen, legen selbst philosophische Entwürfe vor, verfassen belletristische Texte oder malen. Dichter, Maler und Musiker wenden sich ihrerseits der Philosophie, den Naturwissenschaften und der Medizin zu, stellen empirische Forschungen an, über deren Ergebnisse sie auch publizieren. Goethe und Novalis (1772-1801) sind die großen Beispiele für diese weitgespannten Interessen und Aktivitäten in jener Zeit, die heute weltweit Seltenheitswert besitzen.

Verschiedene Positionen der Naturphilosophie und Naturwissenschaft lassen sich in jenen Jahrzehnten des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts unterscheiden. Der transzendentalen Naturphilosophie Immanuel Kants (1724-1804) stehen die metaphysische Naturphilosophie Schellings und Hegels und die romantische Naturforschung und Medizin gegenüber, die selbst wieder sehr unterschiedlich ausfallen. Eine besondere Stellung besitzt der Philosoph Arthur Schopenhauer (1788-1860) mit seiner Nähe zu Kant, seiner Distanz gegenüber Schelling und Hegel und seiner Ablehnung der romantischen wie aber ebenfalls der empirisch-positivistischen Naturforschung in der Tradition des Philosophen und Politikers Francis Bacon (1561-1626). Ebenso spezifisch sind die Standpunkte von Goethe und Alexander von Humboldt.

Keineswegs sind aber Naturwissenschaften und Medizin insgesamt in Europa durch eine Phase des Idealismus und der Romantik hindurchgegangen, auch in Deutschland nicht. Andererseits haben sich auch später wiederholt Naturwissenschaftler und Mediziner auf diese Epoche und ihre Vertreter bezogen und von ihnen anregen lassen, allerdings keineswegs immer in ihrem Sinn. Geschichte dient offensichtlich nicht selten als ein recht beliebig abzubauender Steinbruch für die jeweilige Gegenwart, ihre Aktivitäten, Motive und Legitimationen. Geschichte ist stets Wandel und Dauer – partiell vergangen, partiell aktualisierbar, partiell auch zeitlos.

II. Empirie – Theorie

Alexander von Humboldt, der Mathematik, Physik, Chemie, Botanik, Zoologie, Anatomie, Physiologie, Geologie und Bergbau studiert, in allen diesen Bereichen wissenschaftliche Studien anstellt und entsprechende Publikationen vorlegt, umfangreiche Forschungsreisen durch Südamerika und Russland durchführt und mit zahlreichen Naturwissenschaftlern der Zeit in persönlichem und brieflichem Kontakt steht, nimmt im Spektrum dieser Positionen einen prominenten Platz ein. Mit seinen empirischen Veröffentlichungen und theoretischen Überlegungen wird er nicht nur von Naturforschern, sondern auch von Naturphilosophen und ebenfalls Dichtern und Malern aufgegriffen, wie umgekehrt Naturphilosophie, Dichtung und Kunst in seinem Werk eine Rolle spielen. An oberster Stelle seiner Werke stehen die südamerikanischen Reiseberichte (34 Bde., 1805-39), die Ideen zu einer Geographie der Pflanzen (2 Bde., 1805/07), die Ansichten der Natur (1808, 31849) und der Kosmos (5 Bde., 1845-62).

Seine eigene Art der Naturforschung möchte Alexander von Humboldt von metaphysischen Grundlegungen wie romantischen Darstellungen unterschieden wissen wie ebenfalls von einem positivistischen Wissenschaftsverständnis. Sein Ziel bei der Niederschrift des Kosmos sei weder eine „rationelle Wissenschaft der Natur“ noch eine enzyklopädische Wiedergabe der Natur, ihrer Erscheinungen, Prozesse und Gesetze, auch nicht nur die Zusammenstellung isolierter Beobachtungen einer spezialisierten und experimentellen Forschung. Das Ziel – und das markiert unübersehbar die Differenz zur modernen Naturwissenschaft – sei für ihn vielmehr und vor

allem die „Einheit in der Vielheit“ der Naturerscheinungen oder das „Ganze der Natur.“

Das „wichtigste Resultat des sinnigen Forschens“ liegt für Humboldt darin, „in der Mannigfaltigkeit die Einheit zu erkennen, von dem Individuellen alles zu umfassen, was die Entdeckungen der letzteren Zeitalter uns darbieten, die Einzelheiten prüfend zu sondern und doch nicht ihrer Masse zu unterliegen: der erhabenen Bestimmung des Menschen eingedenk, den Geist der Natur zu ergreifen, welcher unter der Decke der Erscheinungen verhüllt liegt. Auf diesem Wege reicht unser Bestreben über die enge Grenze der Sinnenwelt hinaus; und es kann uns gelingen, die Natur begreifend, den rohen Stoff empirischer Anschauung gleichsam durch Ideen zu beherrschen.“

Mit „sinniger Naturbetrachtung“ – im Unterschied zum „begreifenden Erkennen“ der Naturphilosophie – charakterisiert Hegel Goethes Naturforschung und stellt damit eine Nähe zwischen ihm und Humboldt her. Goethe als Naturforscher wird von Alexander von Humboldt auch sehr geschätzt, allerdings nicht uneingeschränkt; Anerkennung findet Goethes „geistreiche Pflanzenmetamorphose“, von der „arroganten und recht albernem Farbenlehre“ sei dagegen nichts zu halten. Diese negative Einschätzung habe er allerdings verborgen gehalten, da er sich „zum unverbrüchlichen Gesetz gemacht habe, nie ein unfreundliches Wort über Goethes naturwissenschaftliche Arbeiten zu veröffentlichen.“

Goethe äußert sich seinerseits zustimmend über Humboldt; vor allem werden von ihm Humboldts immense empirische Kenntnisse und seine geistige Durchdringung der einzelnen Naturphänomene bewundert, so

Abb. 1: Alexander von Humboldt 1806 (Friedrich Georg Weitsch)



Abb. 2: Der Chimborazo (Jean-Thomas Thibaut nach einer Skizze von Alexander von Humboldt, um 1810-13)



Naturphilosophie könne nicht angelastet werden, wenn Forscher es für bequemer hielten, „die Chemie durch die Kraft des Hirnes zu treiben, als sich die Hände zu benetzen.“ Er selbst habe sich, angeregt vom „Geiste des Schelling’schen Systems“, von beschränkten Auffassungen über die Materie, die anorganische und organische Natur befreien können. „Wer kann daher auch froheren und innigeren Anteil als ich an einem System nehmen, das, die Atomistik untergrabend, und von der auch von mir einst befolgten einseitigen Vorstellungsart, alle Differenz der Materie auf bloße Differenz der Raumer-

auch nach einem Besuch von Humboldt am 11. Dezember 1826 gegenüber Johann Peter Eckermann (1792-1854): „Was ist das für ein Mann! Ich kenne ihn so lange, und doch bin ich von neuem über ihn in Erstaunen. Man kann sagen, er hat an Kenntnissen und lebendigem Wissen nicht seinesgleichen. Und eine Vielseitigkeit, wie sie mir gleichfalls noch nicht vorgekommen ist! Wohin man rührt, er ist überall zu Hause und überschüttet uns mit geistigen Schätzen.“

Noch gegen Ende seines Lebens erinnert sich Goethe dankbar der Gespräche und Kontakte mit Alexander von Humboldt und hebt ausdrücklich das ihm so ausschlaggebend erscheinende Gewicht der Persönlichkeit für die Naturforschung hervor: „Denn obgleich seine Ansicht der geologischen Gegenstände aufzunehmen und darnach zu operieren meinem Zerebralsystem ganz unmöglich wird; so hab ich mit wahrem Anteil und Bewunderung gesehen, wie dasjenige wovon ich mich nicht überzeugen kann, bei ihm folgerecht zusammenhängt und mit der ungeheuren Masse seiner Kenntnisse in eins greift, wo es denn durch seinen unschätzbaren Charakter zusammengehalten wird.“

Eine wahre Naturphilosophie kann nach Alexander von Humboldt mit exakter Naturwissenschaft nicht im Widerspruch stehen. Schelling, der sich wie Hegel leider nicht entschieden genug von falschen Anhängern und Nachfolgern distanziert habe, gilt ihm als einer der „tiefsinnigsten Männer“ der Gegenwart. Ein „Naturgemälde ganz anderer und gleichsam höherer Art naturphilosophisch“ zu entwerfen, werde gewiss einmal in der Zukunft gelingen, keineswegs müssten sich „Empiriker und Naturphilosophen als streitende Pole“ ewig gegenseitig abstoßen, nie werde das „echte naturphilosophische Studium den empirischen Untersuchungen schaden.“ Schellings

füllung und Dichtigkeit zurückzuführen, entfernt, helles Licht über Organismus, Wärme, magnetische und elektrische, der bisherigen Naturkunde so unzugängliche Erscheinungen zu verbreiten verheißt?“

Schelling und Hegel halten ihrerseits Humboldt für einen großen Naturforscher und greifen mehrfach spezifische Ergebnisse und Analysen seiner physikalischen, chemischen, physiologischen und geographischen Forschungen in ihren eigenen naturphilosophischen Texten auf. Bei romantischen Naturforschern und Medizinern findet Humboldt ebenfalls positive Resonanz. Lorenz Oken (1779-1851) rühmt an ihm „geistige Kraft wie Fleiß seinen Verstand zu brauchen, und Geschicklichkeit ihn auf das rechte Räderwerk zu lenken.“ Ungeachtet mancher Fehler und Irrtümer müsse man ihn achten und ehren, „weil er zu den wenigen Männern Deutschlands gehört, auf die das literarisch unglückliche Land stolz sein darf.“ Carl Gustav Carus (1789-1869) wird von Humboldt im Kosmos mit Bewunderung erwähnt, „die

Abb. 3: Alexander von Humboldt und Aimé Bonpland in der Ebene von Tapi am Fuß des Chimborazo 1810 (Friedrich Georg Weitsch)



dem gebührt, in dem das Wissen mit echt dichterischer Naturgabe harmonisch verschmolzen ist." Henrik Steffens (1773-1845), der den persönlichen Kontakt mit Humboldt für eine „Epoche“ seines Lebens bezeichnet, erkennt in ihm „einen der ersten und bedeutenden Geister seiner Zeit.“ Diese Anerkennung verdienten fast alle seine Veröffentlichungen; selbst seine „eudiometrischen Versuche, die freilich zu einem Resultat führten, welches verworfen werden mußte“, hätten zum wissenschaftlichen Fortschritt entscheidend beigetragen. „Unendliche Mannigfaltigkeit der Gegenstände“ und „großartige Kombination“ seien die herausragenden Charakteristika der Humboldtschen Naturforschung.

III. Lehre – Forschung – Bildung

Die Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt stehen in ihrer Zeit für eingreifende institutionelle Innovationen des Universitätsstudiums und der naturwissenschaftlich-medizinischen Forschung, deren Fortwirkungen bis in die Gegenwart anhalten und zugleich kontrovers diskutiert werden.

Beide Brüder verbindet und trennt der Gedanke der Bildung – Wilhelm von Humboldt in der Entwicklung des Menschen, Alexander von Humboldt in der Entwicklung der Natur.

Von weitreichender Real- und Symbolwirkung erweist sich die Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810, die wesentlich auf Wilhelm von Humboldt und seine Idee einer Verbindung von Lehre und Forschung sowie Einsamkeit und Freiheit zurückgeht (Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, 1809/10). Die Universität verändert in dieser Zeit die Bedeutung ihres Namens von einer Einheit der Lehrenden und Lernenden (*universitas*

magistrorum et studiorum) zu einer Einheit der Wissenschaften (*universitas litterarum*), ohne das Prinzip der Verbindung von Studierenden und Professoren aufzugeben. Weitere herausragende Universitätsentwürfe stammen in jenen Jahren von Kant, Schelling, Steffens, Fichte (1762-1814) und Schleiermacher (1768-1834), die auch heute noch in verschiedenen Aspekten nicht überholt sind.

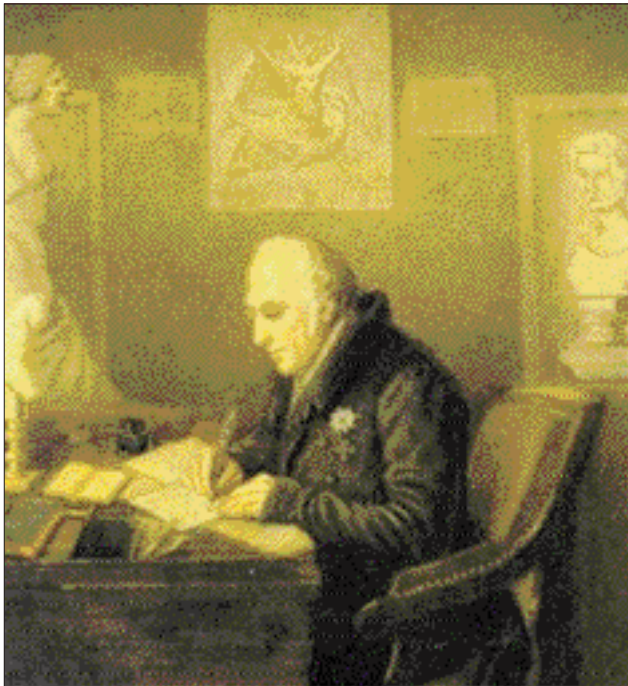
Universitäten sollen nach Wilhelm von Humboldt Einrichtungen der Wissenschaft wie auch der Kultur sein. „Der Begriff der höheren wissenschaftlichen Anstalten, als des Gipfels, in dem alles, was unmittelbar für die moralische Kultur der Nation geschieht, zusammenkommt, beruht darauf, daß dieselben bestimmt sind, die Wissenschaft im tiefsten und weitesten Sinne des Wortes zu bearbeiten.“ Lehre und Forschung sind an Universitäten im Unterschied zu Fachhochschulen essentiell einander zugeordnet und sollten ständig offen für Veränderungen im wissenschaftlichen Fortschritt sein: „Es ist ferner eine Eigentümlichkeit der höheren wissenschaftlichen Anstalten, daß sie die Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem behandeln und daher immer im Forschen bleiben, da die Schule es nur mit fertigen und abgemachten Kenntnissen zu tun hat und lernt.“ Lehre muss auf Forschung bezogen sein, Forschung auf Lehre. Nicht nur in der Lehre, sondern vor allem in der Forschung sind an Universitäten Studenten und Professoren miteinander verbunden; Studenten sind für Humboldt „geleitete Forscher“ und Professoren „selbständige Forscher“.

Universitäten verlangen neben der Einheit von Lehre und Forschung die Einheit von Einsamkeit und Freiheit. „Da diese Anstalten ihren Zweck indes nur erreichen können, wenn jede, soviel als immer möglich, der reinen Idee der Wissenschaft gegenübersteht, so sind Einsamkeit und Freiheit die in ihrem Kreise vorwaltenden Prinzipien.“ Autonomie und Unabhängigkeit gelten für Professoren und Studenten. Theoretische Wissensvermittlung kann und soll aber nicht das einzige oder oberste Ziel des Universitätsstudiums sein. Es kommt zwar auf Beherrschung des Stoffes, der Methoden und Begriffe, der Sprachen, der Natur- wie der Geisteswissenschaften an, es kommt ebenso auf Neugier, Phantasie und Freude an Erkenntnis an, zugleich sollte es im universitären Studium aber nicht nur „um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln“ gehen. Wissenschaft an der Universität als Forschung und Lehre zu verwirklichen, in den universitären Unterricht Forschung zu integrieren, den

Abb. 4: Wilhelm von Humboldt in seinem Arbeitszimmer im Schloss Tegel um 1830 (anonym)



Abb. 5: Alexander von Humboldt in seinem Arbeitszimmer bei der Niederschrift des „Kosmos“ 1845 (Eduard Hildebrandt)



Studierenden nicht nur Lehrbuchwissen zu vermitteln, sondern in ihnen Begeisterung für die Forschung und Sinn für ethische Orientierungen zu entwickeln, ihnen Einsamkeit und Freiheit zu gewährleisten, werden weiterhin zu den Grundvoraussetzungen der Universitäten und des wissenschaftlichen Fortschritts gehören. Für Forschung kann allerdings nur begeistern, wer Forschung selbst betreibt.

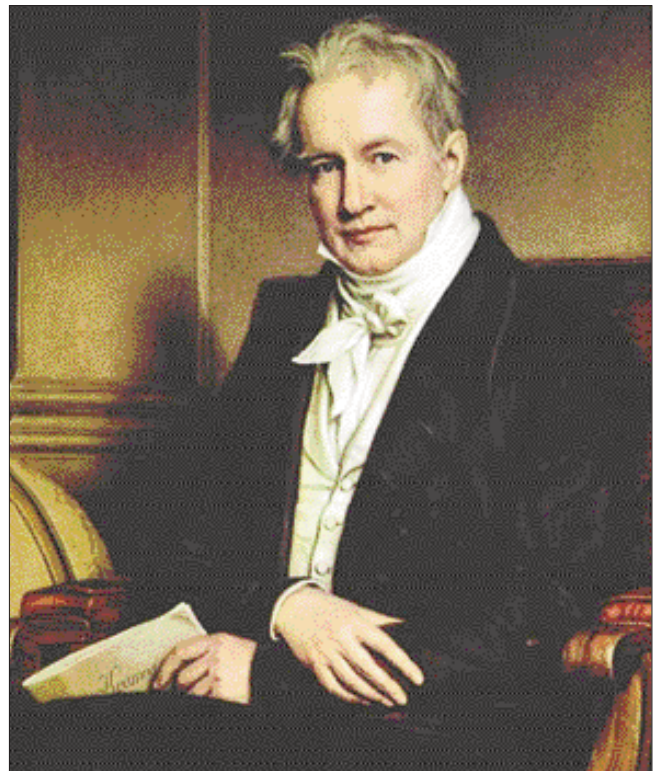
Wilhelm von Humboldts Engagement für die Universität entspricht Alexander von Humboldts Engagement für die naturwissenschaftlich-medizinische Forschung – in der ideellen und praktischen Förderung zahlreicher Wissenschaftler, in den Vorschlägen zur Struktur und den äußeren Bedingungen der Forschung, in den Forderungen nach Spezialisierung neben der Beachtung allgemeiner Zusammenhänge. In dieser Hinsicht ist Humboldts Plädoyer 1828 für die Einrichtung von Sektionen auf den Versammlungen der 1822 im Geist der Romantik gegründeten und auch heute noch existierenden Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte besonders hervorzuheben.

Der Hauptzweck dieser Gesellschaft besteht nach Alexander von Humboldt, der ihr auch als Mitglied angehört, nicht wie bei den Akademien des 17. und 18. Jahrhunderts „in gegenseitiger Mitteilung von Abhandlungen, in zahlreichen Vorlesungen, die alle zum Drucke bestimmt, nach mehr als Jahresfrist in eignen Sammlungen erscheinen“, sondern sei „die persönliche Annäherung derer, welche dasselbe Feld der Wissenschaften bearbeiten; die mündliche und darum mehr anregende Auswechslung von Ideen, sie mögen sich als Tatsachen, Meinungen oder Zweifel darstellen; die Gründung freundschaftlicher Verhältnisse, welche den Wissenschaften Licht, dem Leben heitere Anmut, den Sitten Duldsamkeit und Milde gewähren.“

Unmittelbarer Kontakt, Gespräch, Kritik, Auseinandersetzung machen den entscheidenden Charakter dieser wissenschaftlichen Sozietät aus, die wie die Universität in ihrem Wesen auf Forschung und Fortschritt angelegt ist. „Entschleierung der Wahrheit ist ohne Divergenz der Meinungen nicht denkbar, weil die Wahrheit nicht in ihrem ganzen Umfang, auf einmal, und von allen zugleich, erkannt wird. Jeder Schritt, der den Naturforscher seinem Ziele zu nähern scheint, führt ihn an den Eingang neuer Labyrinth. Die Masse der Zweifel wird nicht gemindert, sie verbreitet sich nur, wie ein beweglicher Nebelduft, über andre und andre Gebiete. Wer golden die Zeit nennt, wo Verschiedenheit der Ansichten, oder wie man sich wohl auszudrücken pflegt, der Zwist der Gelehrten, geschlichtet sein wird, hat von den Bedürfnissen der Wissenschaft, von ihrem rastlosen Fortschreiten, eben so wenig einen klaren Begriff, als derjenige, welcher, in träger Selbstzufriedenheit, sich rühmt, in der Geognosie, Chemie oder Physiologie, seit mehreren Jahrzehnten, dieselben Meinungen zu verteidigen.“

Naturwissenschaftlich-medizinischer Fortschritt ist ohne ständig neue strukturelle Reformen nicht denkbar. Die Gründer dieser Gesellschaft haben, so Humboldt, überzeugt von der Einheit der Natur, alle naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen zusammengeführt und damit auch die trennenden Bezeichnungen des Naturforschers und Arztes überwunden. So unabdingbar diese Verbindung für eine gleichmäßige und miteinander verbundene Erforschung der anorganischen und organischen Natur auch sei, so notwendig sei nun aber für den weiteren Progress – additiv, nicht alternativ – eine disziplinäre Spezialisierung geworden. Neben „den gemeinschaftlichen öffentlichen“ Sitzungen sollten auf den

Abb. 6: Alexander von Humboldt 1843 (Josef Stieler)



Tagungen „sektionsweise ausführlichere Vorträge über einzelne Disziplinen“ von Fachkennern gehalten und zur Diskussion gestellt werden. „Nur in solchen engeren Kreisen, nur unter Männern, welche Gleichheit der Studien zu einander hinzieht, sind mündliche Diskussionen möglich. Ohne diese Art der Erörterung, ohne Ansicht der gesammelten, oft schwer zu bestimmenden, und darum streitigen Naturkörper, würde der freimütige Verkehr wahrheitssuchender Männer eines belebenden Prinzips beraubt sein.“

Die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte folgt diesem Plädoyer von Alexander von Humboldt und wird zum strukturellen Vorbild zahlreicher naturwissenschaftlich-medizinischer Gesellschaften auch des Auslands: der British Association for the Advancement of Science (1831) in England, der Riunione degli Scienziati Italiani (1839) in Italien, der Congrès Scientifiques (1833) in Frankreich, der Skandinaviska Naturforskare och Läkare (1839) in den skandinavischen Ländern. Die Mehrzahl naturwissenschaftlicher und medizinischer Fachgesellschaften geht im Übrigen während des 19. Jahrhunderts aus der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte hervor.

IV. Wissenschaft – Kunst

Das Verhältnis von Wissenschaft und Kunst ist ein zentrales Thema um 1800. Wissenschaft soll Kunstmomente enthalten, Kunst sich aber auch auf Wissenschaft beziehen. Vor allem soll Medizin Wissenschaft (*scientia*) und zugleich Kunst (*ars*) sein – in der Diagnostik und Therapie, in der Beziehung zum Kranken, besonders in der Kommunikation. Lebenskunst (*ars vivendi*) soll die Kunst des Krankseins (*ars aegrotandi*), des Beistands (*ars assistendi*) und des Sterbens (*ars moriendi*) umfassen. Der Mediziner, Philosoph und Maler Carus spricht von „gesunden Krankheiten“ und der „Kunst des Krankseins.“ Die Kunst, „zur rechten Zeit zu sterben, ist auch ein Teil der rechten Lebenskunst.“ Novalis fordert: „Die vollendete Form der Wissenschaften muß poetisch sein.“ Medizinische und literarische Bildung sollten nach ihm nicht nur auf Mediziner und Dichter begrenzt werden: „Der allgemeinen Forderung der Vernunft zufolge sollten auch alle Menschen Ärzte, Dichter, und so fort, sein.“

Alexander von Humboldt bringt ebenfalls Wissenschaft, Philosophie und Kunst in einen inneren Zusammenhang, wenn er für den Kosmos als zentrales Ziel eine „empirische Ansicht des Natur-Ganzen in der wissenschaftlichen Form eines Natur-Gemäldes“ aufstellt. Bereits 1794 will er, wie er an Friedrich Schiller (1759-1805) schreibt, „den ästhetischen Sinn des Menschen und dessen Ausbildung in der Kunstliebe mit in die Naturbeschreibung“ einbeziehen. Zu den Aufgaben der Botanik solle auch gehören, „die verschiedenen Eindrücke der Fröhlichkeit und Melancholie, welche die Pflanzenwelt im sinnlichen Menschen hervorbringt“, zu untersuchen. Goethes Naturbetrachtung sei Naturästhetik, die ein „Anregungsmittel zum Naturstudium“ darstelle, sein Engagement für die Einheit der Wissenschaften und der Kultur verdiene höchste Anerkennung: „Wer hat bereiteter seine Zeitgenossen angeregt des ‚Weltalls heilige Rätsel zu lösen‘, das Bündnis zu erneuern, welches im

Jugendalter der Menschheit Philosophie, Physik und Dichtung mit einem Band umschlang?“

Die ästhetische Dimension von Humboldts Forschungen wird auch von den Zeitgenossen bemerkt. Für Madame de Staël besitzen Humboldts Reiseberichte über Südamerika einen wissenschaftlichen und zugleich poetischen Rang: „Als genauer Beobachter erzählt Humboldt die Reisen, deren Gefahren er als ein tapferer Ritter getrotzt hat, und seine Schriften ziehen die Dichter ebenso sehr an als die Physiker.“ Der einzige Naturforscher, der in Goethes Roman *Die Wahlverwandtschaften* (1809) namentlich angeführt und gepriesen wird, ist Alexander von Humboldt mit seiner unglaublichen Fähigkeit, „das Fremdeste, Seltsamste mit seiner Lokalität, mit aller Nachbarschaft“ zu schildern. An seinem Bruder bewundert auch Wilhelm von Humboldt vor allem die Fähigkeit, das „Studium der physischen Natur nun mit dem der moralischen zu verknüpfen, und in das Universum, wie wir es erkennen, eigentlich erst die wahre Harmonie zu bringen.“

Kunst zeigt sich im Werk Humboldts auf mehreren Ebenen – in der Form wie im Inhalt, im Stil wie in der Präsentation, in der Aufnahme und Integration von Kunst und Literatur. An dem Reisebericht über Südamerika beteiligen sich neben den Wissenschaftlern aus den verschiedensten Disziplinen fünfzig künstlerische Spezialisten mit bildlichen und graphischen Darstellungen, zu denen etwa 1450 Kupferstiche gehören. Zugleich vergisst Humboldt nicht die Mahnung des Physikers Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799), bei dem er in Göttingen studiert hat, dass eine Naturforschung, die sich über Beobachtungen und Experimente zu sehr mit Mutmaßungen hinwegsetze, „statt einer realen Geschichte einen bloßen Roman zu schreiben“ riskiere.

Wissenschaftler sollten – auch das ist eine Frage der Kunst – nach Humboldt verpflichtet sein, die Ergebnisse ihrer Forschungen der Allgemeinheit auf verständliche Weise nahezubringen. Seit der Epoche der Aufklärung wird diese Funktion wiederholt von den Wissenschaftlern gefordert und auch realisiert. Gesellschaftsspiele über naturwissenschaftliche Themen werden entwickelt, in öffentlichen Vorträgen wird – so auch von Alexander von Humboldt – über neueste Entdeckungen und Erfindungen berichtet. Diese Tradition wird im 19. und 20. Jahrhundert von vielen Naturwissenschaftlern und Medizinern fortgesetzt. In der Gegenwart übernehmen Sachbuch und Wissenschaftsjournalismus diese notwendige und verantwortungsvolle Aufgabe, wenn auch keineswegs immer auf angemessen objektive und differenzierte Weise. Nicht selten treten darüber hinaus heute Naturwissenschaftler im Alter nach ihrer eigenen aktiven Forschungszeit mit fortschrittskeptischen und wissenschaftskritischen Beiträgen an die Öffentlichkeit und finden jetzt eine Beachtung, die ihnen zuvor mit ihren Spezialstudien versagt geblieben ist.

Ein bemerkenswertes Dokument der Verbindung von Wissenschaft, Philosophie und Kunst ist Alexander von Humboldts Allegorie *Die Lebenskraft oder der rhodische Genius*, die er bereits 1795 in Schillers allgemeinbildenden, Kunst und Wissenschaft vereinigenden Zeitschrift *Die Horen* veröffentlicht hat und erneut 1826 in die zweite Auflage der *Ansichten von der Natur* einfügt. Mit

diesem poetisch-philosophischen Text erinnert Humboldt an die lebhaften Diskussionen der Zeit über das Wesen des Lebens und die Entwicklung der organischen Natur, ohne explizit als Naturwissenschaftler Stellung zu beziehen. Die letzten Gedanken des Philosophen Epimarchus, der sich gerne mit dem einfachen Volk verbindet und dem tyrannischen Herrscher entzieht, kreisen kurz vor seinem Tod um die evolutionäre Kontinuität der Natur von der Materie bis zum Menschen als Idealgenese und nicht im Sinne der späteren darwinistischen Real-deszendenz: „So ging die tote Materie von Lebenskraft beseelt durch eine zahllose Reihe von Geschlechtern; und derselbe Stoff umhüllte vielleicht den göttlichen Geist des Pythagoras, in welchem vormals ein dürrtätiger Wurm im augenblicklichen Genuß sich seines Daseins erfreute.“

V. Perspektiven

Institutionen, Orte und Positionen beziehen sich heute und nicht nur in Deutschland auf Alexander von Humboldt – wie auch auf Goethe –, die mit seinem Naturbegriff und seinem Wissenschaftsverständnis nicht unbedingt übereinstimmen oder viel im Sinn haben; auch werden die beiden Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt keineswegs immer zutreffend auseinandergehalten. Übereinstimmungen stehen neben Unterschieden.

Der Sprachforscher, Philosoph und Wissenschaftspolitiker Wilhelm von Humboldt nimmt an anatomischen Sektionen teil, sammelt Schädel, plant eine vergleichende Arbeit über das Keilbein und publiziert über die physiologische-anthropologische Differenz der Geschlechterdifferenz. Alexander von Humboldt integriert Ästhetik und Ethik in sein naturwissenschaftliches Werk, versteht sich als Kosmopolit, während sein Bruder sich für die Einheit Deutschlands einsetzt. Pointiert urteilt Wilhelm von Humboldt: „Seit unserer Kindheit sind wir wie zwei entgegengesetzte Pole auseinandergegangen, obgleich wir uns immer geliebt haben und sogar vertraut miteinander gewesen sind. Er hat von früh nach außen gestrebt, und ich habe mir ganz früh schon nur ein inneres Leben erwählt.“

Rezeption und Resonanz sind gegeben, nachzuvollziehen und auch legitim. Anknüpfung in einzelnen Momenten ist ohne Zweifel möglich und sinnvoll; Abweichungen und Gegensätze sind ebenso offensichtlich. Ideelle Auffassungen und konzeptionelle Innovationen der Epoche um 1800 haben aber ihren Sinn heute keineswegs vollkommen verloren. Madame de Staëls Hoffnung auf eine allgemeine Bildung und umfassende Kultur sollte nicht aufgegeben werden. „Der Mensch ist, was er ist, wie er als Mensch sein soll, erst durch Bildung“ (Hegel). Bildung kann nur in der Verbindung von Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften überzeugen, als „weltbildende Selbstdarstellung“ (Schleiermacher). „Es ist eine bekannte Bemerkung, dass bisher auf Universitäten, die in einer kleinen Stadt errichtet waren, bei einigem Talente der Lehrer, sehr leicht ein allgemeiner wissenschaftlicher Geist und Ton unter den Studierenden sich erzeugt haben, was in größeren Städten selten oder niemals also geschieht“ (Fichte).

Wissenschaft, Philosophie und Kunst bleiben für sich und in ihrer Beziehung, für die Alexander von Humboldt ein faszinierendes Beispiel darstellt, eine weiterhin ebenso stimulierende Herausforderung wie Wilhelm von Humboldts Universitätsideal mit der Verbindung von Lehre und Forschung, Einsamkeit und Freiheit. Was ist das Ziel des Universitätsstudiums? Worum geht es in der Forschung? Was heißt Wissenschaft? Schiller stellt dem ‚Brotgelehrten‘, der sich nur für den Erwerb beruflicher Fähigkeiten interessiert, den ‚philosophischen Kopf‘ gegenüber, auf den auch die naturwissenschaftliche und medizinische Ausbildung gerichtet sein sollte: „Neue Entdeckungen im Kreise seiner Tätigkeit, die den Brotgelehrten niederschlagen, entzücken den philosophischen Geist.“

Nicht minder wichtig ist der immer wieder von neuem zu leistende Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, der allerdings Interesse und Bereitschaft auf beiden Seiten voraussetzt, auch die Einsicht in die Grenzen jeder Popularisierung. Wissenschaft muss bezahlt werden und sollte sich auch rechtfertigen und ihre Ergebnisse der Allgemeinheit zugänglich machen. Politiker müssen aber auch die Notwendigkeit der Grundlagenforschung akzeptieren, deren praktischer Nutzen weder prinzipiell zu garantieren noch zeitlich genau vorherzusagen ist. Andere Gesetze herrschen, wie der Physiologe Claude Bernard (1813-1878) beobachtet und selbst erlebt hat, in den „stillen Räumen der Wissenschaft“ als auf dem „offenen Markt des Lebens“. Charles Percy Snows Essay von 1959 über die Trennung der zwei Kulturen der Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften trifft partiell die heutige Wirklichkeit, wird ihr in mancherlei Hinsicht aber auch nicht gerecht. Für die Trennung der Wissenschaften sind die Vertreter beider Kulturen verantwortlich: Naturwissenschaftler wie Geisteswissenschaftler, aber auch der gesellschaftliche Kontext wirkt sich aus. Es stehen einander in Wirklichkeit allerdings nicht nur zwei, sondern vier Kulturen gegenüber: neben der Kultur der Naturwissenschaften und der Geisteswissenschaften gibt es die Kultur der Künste und Literatur sowie die Kultur des Verhaltens (Herzensbildung). Wer in den Natur- oder Geisteswissenschaften tätig oder bewandert ist, muss sich nicht in den Künsten und der Literatur auskennen; hervorragende Wissenschaftler wie Künstler imponieren keineswegs immer in ihren sozialen, empathischen und ethischen Kompetenzen.

Die Trennung der Wissenschaften und Künste hat tief liegende Voraussetzungen – eine Rolle spielen kulturhistorische, sozialpolitische wie psychologische Voraussetzungen. Nicht jeder Mensch wird emotional in gleichem Maße von der Natur wie von der Kultur berührt, so auch nicht von den Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften, Künsten und Literatur. Verständnis und Zustimmung in der Öffentlichkeit und bei Politikern hängen allerdings nicht nur von Wissen und Kenntnissen ab. Bei der Premiere der Lichter der Großstadt am 30. Januar 1931 in Los Angeles amüsiert Charlie Chaplin (1889-1977) Albert Einstein (1879-1955) mit dem Bonmot: „Die Leute verehren mich, weil sie Alles von mir verstehen. Und sie verehren Sie, weil sie Nichts von Ihnen verstehen.“



Literaturverzeichnis

- Beck, H. (1959/1961): Alexander von Humboldt, 2 Bde., Wiesbaden.
 Engelhardt, D. v. (2008): Naturwissenschaft und Medizin im romantischen Umfeld, in: Friedrich Strack, Hg.: 200 Jahre Heidelberger Romantik (= Heidelberger Jahrbücher, Bd. 51), Heidelberg, S. 499-516.

- Ette, O./Hermanns U./Scherer (B. M.)/Suckow, C. (Hg.) (2011): Alexander von Humboldt. Aufbruch in die Moderne, Berlin.
 Geier, M. (2010): Die Brüder Humboldt. Eine Biographie, Hamburg.
 Jahn, I., Kleinert, A. (Hg.) (2003): Das Allgemeine und das Besondere. Johann Wolfgang von Goethe und Alexander von Humboldt im Gespräch, Halle.
 Lindgren, U. (Hg.) (1990): Alexander von Humboldt. Weltbild und Wirkung auf die Wissenschaften, Köln.
 Rupke, N. A. (2005): Alexander von Humboldt. A metabiography, Frankfurt a.M.
 Werner, P. (2004): Himmel und Erde: Alexander von Humboldt und sein Kosmos (= Schriftenreihe der Alexander-von-Humboldt-Forschungsstelle, 24), Berlin.

■ **Dietrich v. Engelhardt**, Prof. em. Dr. phil.,
 ehem. Direktor des Instituts für Medizin- und
 Wissenschaftsgeschichte der Medizinischen Uni-
 versität in Lübeck,
 E-Mail: v.e@imgwf.uni-luebeck.de

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur in dieser lesenden Eigenschaft (und natürlich für künftige Abonnements) sind Sie uns willkommen. Wir begrüßen Sie im Spektrum von Forschungs- bis Erfahrungsberichten auch gerne als Autorin und Autor. Der UVW trägt mit seinen Zeitschriften bei jahresdurchschnittlich etwa 130 veröffentlichten Aufsätzen erheblich dazu bei, Artikeln in einem breiten Spektrum der Hochschulforschung und Hochschulentwicklung eine Öffentlichkeit zu verschaffen.

Wenn das Konzept dieser Zeitschrift Sie anspricht - wovon wir natürlich überzeugt sind - dann freuen wir uns über Beiträge von Ihnen in den ständigen Sparten

- Forschung über Forschung,
- Entwicklung/politische Gestaltung/Strategie,
- Anregungen für die Praxis/Erfahrungsberichte, aber ebenso
- Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews oder im besonders streitfreudigen Meinungsforum.

Die Hinweise für Autorinnen und Autoren finden Sie unter: www.universitaetsverlagwebler.de.

Preisinformation:

Wir haben die Abo-Preise geringfügig um 1€/Ausgabe anheben müssen.

Fo-Abonnement/Bezugspreis ab 2014:

- Jahresabonnement: 92 Euro zzgl. Versandkosten
- Einzelpreis: 23 Euro zzgl. Versandkosten

Anzeigenannahme für die Zeitschrift „Forschung“

Die Anzeigenpreise: können Sie einsehen unter: <http://www.universitaetsverlagwebler.de/Forschung.html>

Format der Anzeige: JPeG- oder EPS-Format, mindestens 300dpi Auflösung, schwarz-weiß

Kontakt: UVW UniversitätsVerlagWebler - Der Fachverlag für Hochschulthemen

Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld,

Fax: 0521 - 92 36 10-22, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte HSW, HM, P-OE, ZBS und QiW

Auf unserer Homepage www.universitaetsverlagwebler.de erhalten Sie Einblick in das Editorial und Inhaltsverzeichnis aller bisher erschienenen Ausgaben.

HSW

Das Hochschulwesen

Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

HSW 6/2013

Hochschulentwicklung

Olga Wälder

Back to the roots: Kopfrechnen reaktivieren?

André Albrecht & Hilde Köster

„Frühe Bildung“ – Ergebnisse einer längsschnittlichen Befragung

Hannah Dürnberger

Sozialkompetenzen an der Hochschule fördern

Hochschulforschung

Thomas Gaens

Von einem, der auszog, einen Leistungsindikator zu erheben: Durchfallquoten und die Problematik ihrer Bildung

Daniela Wagner

Innovative Lehr- und Lernkulturen an Universitäten

Rezension

Heinz Bachmann (Hg.):
Hochschullehre variantenreich gestalten
(Roger Johnner)

HM

Hochschulmanagement

Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen

HM 4/2013

Zukunftsperspektiven der Hochschulen auf diversen Feldern

HM-Gespräch mit Rainer Ambrosy über die Zukunft der Software-Entwicklung in gemeinschaftlicher Trägerschaft von Hochschulen

Entwicklung/Politik

Roland Königsgruber

Strukturentwicklungen des internationalen tertiären Bildungssektors

Forschung

Marcel de Schrevel/Ewald Scherm

Controlling an Universitäten: Entwicklungsstand und Entwicklungsbedarf

Marcel Schütz & Heinke Rübken

Kontinuität und Wandel: Die Organisation der Personalwirtschaft im Hochschulmanagement – Explorative Befunde einer Dezernenten-Befragung

P-OE

Personal- und Organisationsentwicklung in Einrichtungen der Lehre und Forschung

Ein Forum für Führungskräfte, Moderatoren, Trainer, Programm-Organisatoren

POE 4/2013

PE-Initiativen

Personal- und Organisationsentwicklung/-politik

Dieter Frey, Tanja Peter & Silke Weisweiler

Personalentwicklung für Wissenschaftler/innen zur Verbesserung von Forschung und Lehre am Beispiel des LMU Center for Leadership and People Management

Katharina Hörner, Sibylla Krane, Jörg Schelling, Susanne Braun & Dieter Frey

Eine fächerübergreifende Kooperation zur Führungskräfte- und Teamentwicklung an der LMU München

Cornelia Rövekamp & Anja Freifrau von Richthofen

Integration der Lehrbeauftragten in eine langfristige Personalentwicklung Teilprojekt des Verbundprojektes „Servicestelle Lehrbeauftragtenpool“

Anregungen für die Praxis/ Erfahrungsberichte

Marion Degenhardt, Camilla Granzin, Doris Schreck

Betreuungskultur – Qualität und Praxis der Nachwuchsförderung Konzept und Ergebnisse eines Tages zur Nachwuchsförderung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Personal- und Organisationsforschung

Wolff-Dietrich Webler
Methodenprobleme der empirischen Erhebung der Nachfrage nach hochschuldidaktischer Aus- und Weiterbildung

ZBS**Zeitschrift für
Beratung und Studium**

Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte

ZBS 4/2013
Peer-to-Peer in der
Allgemeinen Studienberatung

Beratungsentwicklung/-politik

Dirk Rohr
Beratung durch Peers: Theorie,
Praxis und Evaluation
der Studienberatung durch
Studentische Hilfskräfte

Daniel Wilhelm
Möglichkeiten und Grenzen von Peer-
Angeboten in der
Studieneingangsphase –
Herausforderungen der
studentischen Lebensphase und
Reaktionen der Beratungsinstitutionen
an Hochschulen

*Foteini Lekka, Georgios Efstathiou
& Anastasia Kalantzi-Azizi*
„Student to Student“:
The application of a web-based
peer support program in academic
settings

Martin Scholz
Studienberatung zwischen Projekt-
orientierung und Grundversorgung

Anregungen für die Praxis/
Erfahrungsberichte

*Martin Scholz, Anna-Elise Weiß
& Julia Bertuleit*
Das Anker-Peer-Programm –
Studierende beraten Studierende

Tagungsbericht

NACADA International Conference
2013 in Maastricht
Amerikanische Verbandstagung erst-
mals in Europa
(Barbara Nickels)

QiW**Qualität in der Wissenschaft**Zeitschrift für Qualitätsentwicklung in
Forschung, Studium und Administration

QiW 3+4/2013
Schwerpunkt:
Konzepte und Praxis des QM

QiW-Gespräch mit Dr. Michael
Craanen und Barbara Emmerich
Kollegiale Leitung der
Abteilung Qualitätsmanagement
im Präsidialstab des KIT

Gerald Gaberscik
Auswirkung eines Quality Audits
auf das universitäre
Qualitätsmanagement
– ein Erfahrungsbericht

Stefen Müller
Workload-Erfassung als Baustein im
universitären Qualitätsmanagement

Benjamin Ditzel
Prozessqualität an der Universität
Hildesheim: Erfahrungen mit dem
prozessorientierten Ansatz im
Bereich Studium und Lehre

Ousmane Gueye
Zur Qualitätsentwicklung in
der Hochschulausbildung im
westafrikanischen Senegal

Jochen Gläser
Die epistemische Diversität der
Forschung als theoretisches und
politisches Problem

Differenzierung des
Hochschulsystems in Deutschland
und im internationalen Vergleich aus
Sicht der Hochschulforschung –
Ein Bericht zur 8. Jahrestagung der
GfHf
(Anne Mindt)

**Für weitere
Informationen**

- zu unserem
Zeitschriftenangebot,
- zum Abonnement einer
Zeitschrift,
- zum Erwerb eines
Einzelheftes,
- zum Erwerb eines anderen
Verlagsproduktes,
- zur Einreichung eines
Artikels,
- zu den Autorenhinweisen

oder sonstigen Fragen,
besuchen Sie unsere
Verlags-Homepage:

www.universitaetsverlagweblar.de

oder wenden Sie sich direkt an
uns:

E-Mail:
info@universitaetsverlagweblar.de

Telefon:
0521/ 923 610-12

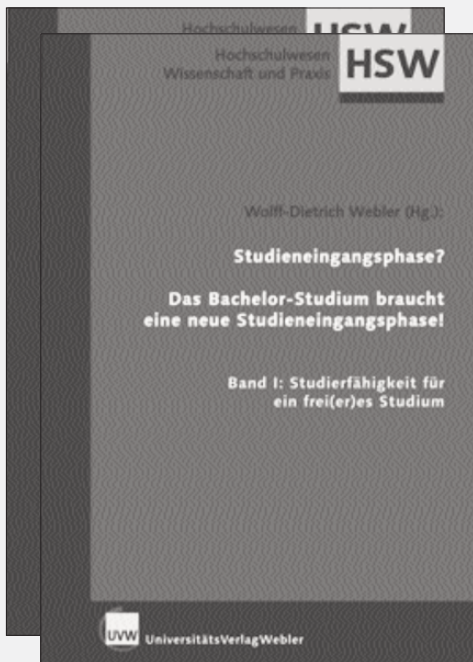
Fax:
0521/ 923 610-22

Postanschrift:
UniversitätsVerlag Weblar
Bünder Straße 1-3
Hofgebäude
33613 Bielefeld

im UniversitätsVerlagWebler erhältlich:

Reihe Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis

**Wolff-Dietrich Webler (Hg.):
Studieneingangsphase?
Das Bachelor-Studium braucht
eine neue Studieneingangsphase!**



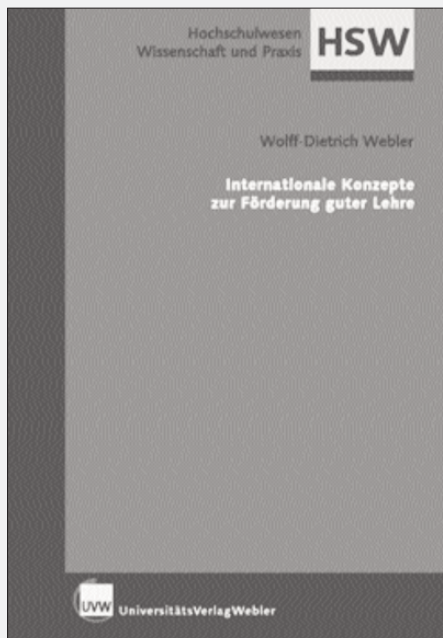
*ISBN-13: 978-3-937026-76-3,
Doppelband im Schuber, Bielefeld 2012,
Band I: 227 Seiten, Band II: 262 Seiten, 69.50 Euro*

**Peter Kossack, Uta Lehmann & Joachim Ludwig (Hg.):
Die Studieneingangsphase –
Analyse, Gestaltung und Entwicklung**



*ISBN-13: 978-3-937026-77-X,
Bielefeld 2012, 165 Seiten, 19.80 Euro*

**Wolff-Dietrich Webler:
Internationale Konzepte zur Förderung guter Lehre**



*ISBN-13: 978-3-937026-73-2,
Bielefeld 2011, 121 Seiten, 18.60 Euro*

**Heinz W. Bachmann:
Systematische Lehrveranstaltungsbeobachtungen
an einer Hochschule**



*ISBN-13: 978-3-937026-65-7,
Bielefeld 2009, 172 Seiten, 24.90 Euro*

Weitere Informationen zum Klappentext und Inhaltsverzeichnis unter: www.universitaetsverlagwebler.de

Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22